

G 3361 F

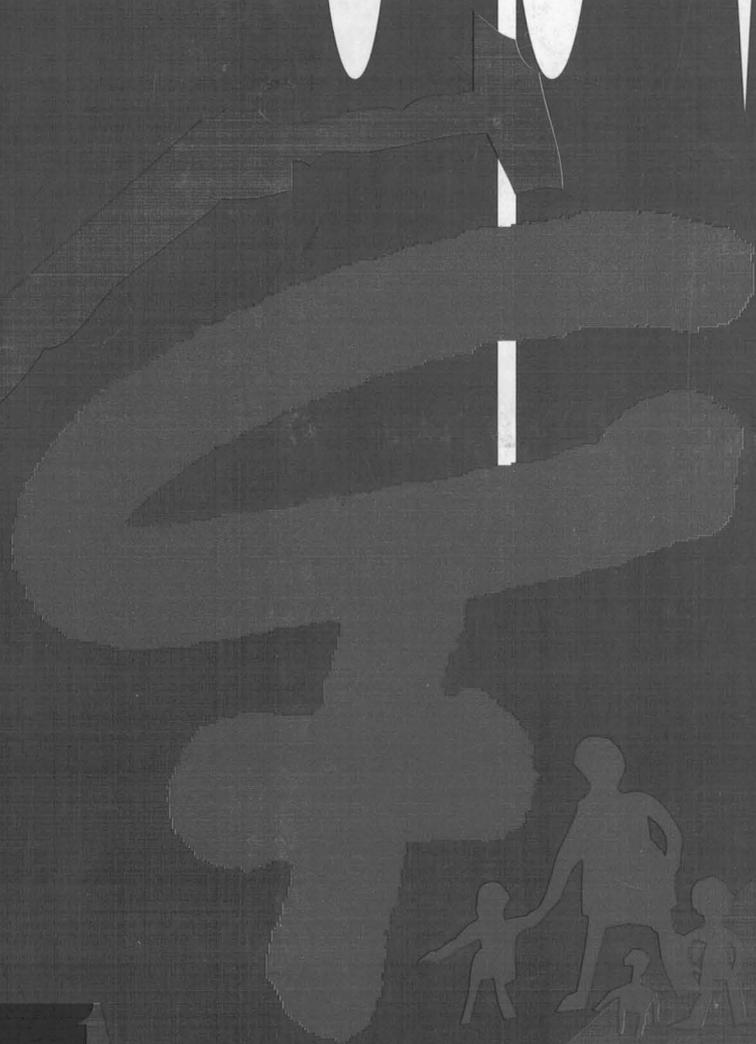
ISSN 0170-4613

**DEUTSCHE BLAUHELME AM GOLF**

**DIE FRAUENFRAGE -  
NEBENWIDERSPRUCH DER  
POSTMODERNE?**

**SABINE KEBIR, STUART HALL U.A. ZU:  
INDIVIDUALISIERUNG, IDENTITÄT UND  
LEBENSWEISE**

**SOW**



**FRAUENFRAGEN**

**ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK & WIRTSCHAFT  
AUSGABE 5/90 • HEFT 55 • September/Oktober • DM 7,-**

## DEUTSCHE BLAUHELM AM GOLF?

Seite 7

## FRAUENFRAGE - GESCHLECHTERFRAGE

Seite 23 - 43

## FESTHALTEN AN DEN TRÜMMERN

Seite 44

## KRISE DES SCHWEDISCHEN MODELLS?

Seite 50

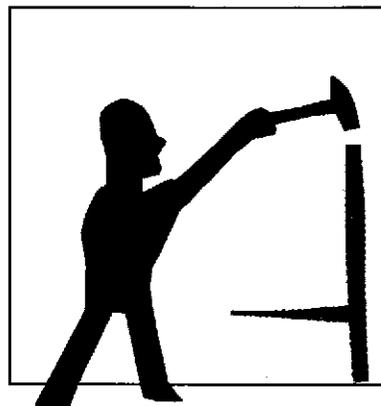
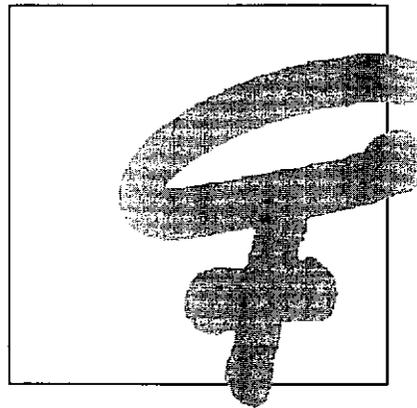
WOLF-MICHAEL CATENHUSEN plädiert für die Stärkung der UNO und ihrer Unterorganisationen, NORBERT GANSEL lenkt den Blick darauf, daß der Konflikt am Golf in erster Linie ein Konflikt ums Öl ist.

Nicht auf eine „Frauenfrage“ reduziert sehen will URSULA BEER die systematische Benachteiligung von Frauen. Vielmehr handelt es sich um eine Frauen- und eine Männerfrage, also eine „Geschlechterfrage“. Sie nimmt dabei die Definitionsmacht männlicher - Hohepriester der Wissenschaft aufs Korn: Diese produzieren Weltbilder, in die sich Frauenmangels weiblicher Weltansichten - nur ein- und damit unterordnen können. Bei ihrem Streifzug bekommen nicht nur Helmut Kohl und der in dessen Fußstapfen tretende Oskar Lafontaine ihr Fett ab, sondern auch Ulrich Beck, Shooting-star der linksbürgerlichen Soziologie: Er habe die Geschlechterfrage zum „Nebenwiderspruch der Postmoderne“ umdefiniert ... Eine Einführung zum Schwerpunktthema dieses Heftes liefert MARGRET STEFFEN, die Ursula Beers neues Buch rezensiert und ein Interview mit ihr geführt hat. SUSANNE SCHUNTER-KLEEMANN beleuchtet in einem Ländervergleich - von Dänemark bis Großbritannien - die unterschiedlichen Formen der Frauendiskriminierung durch die verschiedenen sozialstaatlichen Systeme. SABINE KEBIR untersucht die „Sucht nach Identität“ des modernen Industriemenschen, speziell die Folgen daraus für die Frauenbewegung.

An der „Großen Erzählung des Marxismus“ festhalten wollen STUART HALL und FREDERIC JAMESON auch nach den schweren Schäden, die diese 1989 erlitten hat. In ihrem Gespräch gehen sie der Frage nach, wo in der „Postmoderne“ Ansatzpunkte der Rekonstituierung eines kollektiven Subjekts der Veränderung zu finden sind.

Dieser Frage stellt sich im Interview RUDOLF MEIDNER, mehrere Jahrzehnte einer der „Cheftheoretiker“ der schwedischen Gewerkschaften. Im Interview mit spw erläutert er die Grundlagen des Schwedischen Modells sowie die Ursachen für seine gegenwärtig zu beobachtenden Krisenerscheinungen.

# DIES MAL



# INTER VIEW

### IMPRESSUM

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Redaktion:

Redaktions- und Verlagsanschrift:

Verlag:

Konto des Verlages:

ISSN 0170-4613

Satz und Gestaltung:

Druck:

### KOMMENTAR

Norbert Gansel:  
Deutsche Truppen unter UNO-Kommando? ..... 7

Wolf-Michael Catenhusen:  
Die Bestimmung der künftigen Rolle Deutschlands in der Welt ... ..... 8  
Demo in Berlin - Frauen in Aktion ..... 9  
Interessenvertretung an den Hochschulen: Zukunft gesucht ..... 10

### AUS DER PARTEI

Jusos: "Linkes Forum" ..... 12  
Jugendpolitik und Parteireform in NRW ..... 13  
Bericht vom Bezirksparteitag Mittelrhein: Sozialistische Einsprengsel ..... 15  
Was bleibt vom linken Landesverband? ..... 16  
Zum Zustand der JUSOS in der DDR ..... 16

Diether Dehm:  
Hagier: Kleine Studie über die Kapitalverwertung ..... 18

### REPORT

Stefan Lennardt: Drogensucht und Drogenpolitik in Dortmund ..... 20

### FRAUENFRAGEN

Margret Steffen: Kapitalismus und Patriarchat ..... 23

### spw special

Margret Steffen:  
Der Stand der Dinge - Aufkündigung des Geschlechtervertrages ..... 27

Ursula Beer: Der Nebenwiderspruch der Postmoderne ..... 30

Susanne Schunter-Kleemann: Sozialstaat und Patriarchat ..... 35

Sabine Kebir: Identität und Lebensweise ..... 39

### INTERVIEW

Stuart Hall und Frederic Jameson im Gespräch:  
Festhalten an den Trümmern ..... 44

Interview mit Rudolf Meidner:  
"Modell Schweden" in der Krise ..... 50

## SPENDENABO

Ich möchte **spw**-Interessierten, die z.Z. nicht über genügend Einkommen verfügen, das Abonnement vergünstigen und spende daher DM ..... (pro Abo DM 20,)

Das Geld lege ich  in bar  
 als Scheck direkt bei.

Bitte sorgt dafür, daß es entsprechend eingesetzt wird.

Name

Adresse

Unterschrift

Schicken an: spw-Verlag • Kieler Str. 13 • 5000 Köln 80

## VERTRIEBSAGENTIN

Ich möchte regelmäßig **spw** verkaufen. Bitte schickt mir weitere Unterlagen zu. Ich glaube, je etwa ..... Exemplare in Kommission verkaufen zu können.

Name

Adresse

Unterschrift

Schicken an: spw-Verlag • Kieler Str. 13 • 5000 Köln 80

## ADRESSENÄNDERUNG

Ich bin ungezogen. Bitte ändert meine Adresse in Eurer Datei.

Mein Name

Meine alte Adresse

Meine neue Adresse

Unterschrift

Schicken an: spw-Verlag • Kieler Str. 13 • 5000 Köln 80

## MITTEILUNG DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

Liebe Leserinnen und Leser,  
inzwischen hat sich die neue Geschäftsführung des **spw**-Verlages eingearbeitet. Sie besteht aus Andreas Bach (Dortmund) und Ulla Saß (Köln) und ist seit Januar bzw. Juni 1990 im Amt.

Mit dieser Ausgabe haben wir durch technische Verbesserungen die Druckqualität der Zeitschrift gesteigert. Wir hoffen, dadurch die Lesbarkeit, aber auch den Gesamteindruck, verbessert zu haben. Auf dieser Grundlage möchten wir alle Anstrengungen unternehmen, die verkaufte Auflage weiter zu steigern. Zwar haben wir seit Anfang Januar bereits knapp 300 neue Abonnentinnen gewonnen - an dieser Stelle möchten wir uns bei all denen bedanken, die zu diesem Erfolg beigetragen haben -, dennoch glauben wir, daß noch viele Kolleginnen und Kollegen **spw** gerne abonnieren möchten. So gibt es immer wieder interessierte mittellose Einzelpersonen, die auch den ermäßigten Abo-Preis von DM 42,- zur Zeit nicht zahlen können. Wir möchten daher alle Förderer von **spw** hiermit aufrufen: spendet DM 20,- pro Abo, um diesem Personenkreis ein noch günstigeres Jahresabo für DM 22,- anbieten zu können. Ihr findet hierzu links einen Coupon.

Es gibt noch andere Möglichkeiten, **spw** zu unterstützen: Abos werben mit der beiliegenden Karte oder im politischen, beruflichen und persönlichen Umfeld regelmäßig **spw** verkaufen, wie es schon 60 andere KollegInnen als VertriebsagentInnen machen.

Diejenigen, die eine neue Wohnung gefunden haben, möchten wir herzlich bitten, uns ihre neue Adresse mitzuteilen, da **spw** als Postvertriebsstück von der Post nämlich nicht nachgesendet wird. Alle, die noch nicht Ihre Abrechnung 1990 bezahlt haben, möchten wir hiermit auffordern, dies nun zu tun, da wir ansonsten Mahnungen versenden müssen.

Kürzlich tauchte in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ein Bericht auf, dessen bemerkenswerte Botschaft den Anlaß für eine Art Wirtschafts-KURZUM darstellt:

Während die meisten von uns noch auf den politischen Überbau des Weltgeschehens starren, ist an dessen Basis der Teufel los: Das realwirtschaftliche Wachstumstempo geht all- gemein zurück und tendiert in den USA und Großbritannien schon gegen den Nullstrich. Neuinvestitionen gelten als kostenräftig, ihre möglichen Renditen als unsicher. Noch bedeutsamer ist,

daß damit auch dem „Kasino-Kapitalismus“ der 80er Jahre die Luft ausgeht und den überhöhten Aktienkursen, den exorbitanten Immobilienpreisen und manch anderen windigen Geschäftemachereien der Boden Stück für Stück entzogen wird. Um die drohenden Probleme und Verluste aufzufangen, muß neues Geld beschafft werden - die Kreditnachfrage nimmt zu, die Zinsen steigen, damit wiederum die Zahlungsschwierigkeiten von Unternehmen und Normalverbrauchern, vor allem aber der hochverschuldeten Länder im Osten und im Süden der Welt, so daß die drohenden Probleme und Verluste weiterhin zunehmen...

Am deutlichsten sind die Anzeichen der bevorstehenden Rezession in den USA (jüngstes Quartalswachstum nur noch 0,4%). Dort ist die realwirtschaftliche Basis im Vergleich zu Japan und Westeuropa am schwächsten und der Finanzierungsbedarf am höchsten. Auf diesem dünnen Eis sind schon die amerikanischen Sparkassen eingebrochen. Und selbst Riesenbanken wie die Chase Manhattan melden enorme Verluste. Hinzu kommt die US-Rolle als Weltpolizist, die erhebliche Löcher in den

Staatshaushalt reißt, was sich dank der Golfkrise nun noch verschlimmern wird. Pech: Japans Banken brauchen ihr Geld derzeit selbst und ziehen es aus den USA ab, um sich angesichts zusammensackender Aktien- und Immobilienmärkte abzu-

WASHINGTON, 23. September. Eigentlich hätte auf der diesjährigen Jahrestagung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds gefeiert werden sollen. Hat doch das System der Marktwirtschaft, das von diesen beiden Institutionen empfohlen und verteidigt wird, in den vergangenen zwölf Monaten überzeugend über das sozialistische Wirtschaftssystem triumphiert. Aber von Jubelstimmung ist in diesen Tagen in Washington nichts zu spüren. Denn die Währungspolitiker, Notenbankchefs und Bankleute, die wie immer in Heerscharen angeeiert sind, plagen Sorgen über die Gesundheit des Weltfinanzsystems. „Die schwierigste Lage seit 1982“, stöhnt das Vorstandsmitglied einer deutschen Großbank. Damals hatte der Ausbruch der Schuldenkrise in Lateinamerika die Finanzwelt geschockt. Ähnlich düster schätzt auch ein hochrangiger amerikanischer Bankier die Lage ein: „Wohin man auf der Welt blickt, überall blinken die Alarmlampen.“

sichern. Deutschlands Finanzkapital wird dafür ebenfalls kaum einspringen können, denn „wir“ brauchen ja Geld für die „Einheit“. „Geld“ brauchen auch die osteuropäischen Länder - darunter die UdSSR - und die Länder der „dritten“ und „vierten Welt“. Alle Welt braucht Geld.

Während auf der einen Seite also zuviel Kapital (= Geld mit Anspruch auf Profit) angelegt worden ist, um durch die realwirtschaftlich erzeugten Profite noch länger befriedigt werden zu können, und es daher vor allem auf den Aktien- und Immobilienmärkten, aber auch bei insolventen Wirtschaftsunternehmen zu Entwertungen kommt, wird auf der anderen Seite das Geld knapp, setzt die Suche nach „neuem“ und entsprechend „teurem“ Geld ein. Und was eben noch als neues Feld realwirtschaftlicher Expansion erschien - Osteuropa nämlich - , entpuppt sich vorerst als zinstreibendes „Faß ohne Boden“, wo wirksame Nachfrage nur „auf Pump“ existiert. (Mag wohl sein, daß sich das neue Deutschland dabei noch in der komfortabelsten Situation befindet und den ganzen Schlamassel am besten überstehen wird.)

Ob die ganze Gemengelage in einem großen Krach mündet, soll hier nicht prognostiziert werden. Als sicher darf aber eine neue Qualität gesellschaftlicher und weltweiter Verteilungskonflikte gelten. Denn die hohen Zinsen werden die Umverteilung von den Arbeitseinkommen zu den Kapitalerträgen ebenso befördern wie die

# KURZ UM

immer ausweglosere Schuldensituation der „3. Welt“, deren Entwicklung ebenso blockieren wie die Lösung anderer Weltprobleme. Die kommende Rezession dürfte das Gerangel um die kapitalistische Weltordnung nach dem Ende des kalten Krieges, um die Einflusssphären und Rollen der führenden Mächte verstärken. Der 80er-Konjunktur des Weltkapitalismus ist an seinem Ende angelangt. Vergessen wir nicht: Es war eben dieser Boom, der auf Seiten des „Westens“ den Ausschlag gab für seinen historischen Sieg. Er fungierte als ökonomische Basis, wie die kapitalistische Weltökonomie überhaupt und immer mehr als „letzte Instanz“ der modernen Geschichte auftritt. Ihre Widersprüche und deren Auflösung sind es im übrigen auch, die in „letzter Instanz“ den Gang der globalen Dinge (häufig als „Gattungsfragen“ apostrophiert) bestimmen. Kurzum: Kaum haben wir uns an die neue Weltlage gewöhnt, verändern sich mit dem Ende des Booms nochmals die historisch-materiellen Geschäftsgrundlagen. Die Sache dürfte spannend werden...

UWE  
KREMER

NORBERT GANSEL

## DEUTSCHE TRUPPEN UNTER UNO-KOMMANDO?

### NUR BEI EINEM GRUNDGESETZ-DOPPELBESCHLUSS!

Wer richtig hinschaut, wird bemerken: Wir befinden uns in der historischen Situation, daß sich drei weltgeschichtliche Prozesse zusammenschließen, die alle drei mit dem Thema Waffenexportpolitik zu tun haben. Die Entspannung und die daraus folgende Abrüstung im Ost-West-Verhältnis bergen die Gefahr, daß die deutsche Industrie noch stärker - legal und illegal - in den Waffenexport ausweicht. Die Golf-Krise, die nicht nur ein arabischer Konflikt ist, sondern ihre weltpolitische Bedeutung auch deshalb hat, weil sie ein Ressourcenkonflikt um das Öl ist, macht schlaglichtartig deutlich, daß die primären Gefahren für den Weltfrieden mittlerweile im Nord-Süd-Verhältnis erwachsen. Wer den Weltfrieden befördern will, muß überall der „Logik zum Krieg“ (Mitterand) entgegenwirken. Wir brauchen vor allem eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung und eine gerechtere Ordnung in den Ländern dieser Region selbst. Und natürlich eine Politik der konsequenten Energieeinsparung in den westlichen Industriestaaten.

Die Gefahr künftiger Ressourcenkriege macht es in erster Linie notwendig, daß wir eine Politik der Nichtweitergabe von Waffen in dieser Region betreiben. In neun Monaten verfügt der Irak möglicherweise schon über Atomwaffen. Er verfügt schon jetzt über weitreichende Raketen und über chemische Waffen. Und bei allen drei Waffenentwicklungen sind deutsche Experten und deutsche Firmen mit dabei. Der Magen kann sich einem wirklich umdrehen angesichts der Perversität unserer von uns weiter verschuldeten Geschichte, wenn man im Fernsehen sieht, wie in Israel Menschen Gasmasken kaufen und sich auf einen Krieg

Norbert Gansel, MdB

mit solch schrecklichen Sachen vorbereiten. Wir müssen diese skizzierten Entwicklungen nutzen für eine grundlegende Wende. Denn die dritte weltgeschichtliche Veränderung dieser Tage ist in der Tat die deutsche Einigung. In dieser Situation müssen wir uns darüber im klaren sein, daß wir jetzt noch die Wahl haben für die Definition der künftigen Rolle Deutschlands in der Welt. Wollen wir in die Rolle einer Großmacht hereinwachsen - wirtschaftlich sind wir es schon - auch politisch, auch militärisch? Wollen wir uns die Rolle eines Hilfspolizisten oder Hilfssheriffs zuweisen lassen? Oder bestimmen wir selbst unsere zukünftige Rolle durch eine Verfassungsentscheidung von besonderer Bedeutung?

Ich gehöre nicht zu denen, die glauben, daß die Welt der Zukunft konfliktfrei sein wird, weil es jetzt die ersten Abrüstungsvereinbarungen zwischen Ost und West gibt. Die Konflikte in der Dritten Welt werden eher zunehmen und sie werden uns auch einbeziehen können. Die Verantwortung und die Macht der UNO müssen deshalb auch von uns gestärkt werden. Nur sie wird in der Lage sein, auch diese Konflikte zu verhindern. Eine mit militärischen Mitteln ausgestattete Weltorganisation, die friedensgefährdende Krisenherde in der Dritten Welt eindämmen und dem Interventionismus der Großmächte vorbeugen kann, ist jetzt keine Utopie mehr. Auch die Deutschen werden dabei der gestiegenen Bedeutung und Verantwortung ihres gemeinsamen Staates gerecht werden müssen. Für Teile der Bundeswehr werden sich neue internationale Aufgaben ergeben, die restaurativen Vorstellungen von der Rückkehr zur nationalen Sicherheitsideologie entgegenwirken können.

Ich gehöre zu denen, die dafür sind, daß bei einer Revision unseres Grundgesetzes der Einsatz deutscher Soldaten unter dem Oberkommando der UNO möglich wird. Ich sage aber auch: Das ist jetzt nicht die vordringliche Frage. Deutsche Soldaten können nicht mehr wiedergutmachen, was deutsche Waffenexporte angerichtet haben. Deutsche Soldaten dürfen auch nicht auslöffeln müssen, was deutsche Waffenexporteure noch anrichten werden. Daher müssen wir in dieser Situation zwei Überlegungen zusammenfassen: Eine entsprechende Ergänzung des Grundgesetzes für den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der UNO-Satzung und aufgrund von UNO-Beschlüssen sowie das verfassungsrechtlich abgesicherte Verbot von Waffenexporten in Staaten außerhalb unseres eigenen Bündnisses. Ein solcher Doppelbeschuß des zuständigen Verfassungsgebers wäre auch deshalb vielleicht ein Vermächtnis der vielzitierten friedlichen Revolution in der DDR, weil noch der Runde Tisch in der DDR in Artikel 45, Abs. 4 seines Verfassungsentwurfs vorgeschlagen hat: "Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Regierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden, die dem gleichen System kollektiver Sicherheit angehören."

Wir haben die Chance, aus diesen drei weltgeschichtlichen Prozessen drei vernünftige Lehren zu ziehen: Weniger Waffenexporte, eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung und, als Konsequenz der deutschen Geschichte und Gegenwart: Wir müssen nicht nur die Verfassung ändern, sondern wir müssen auch den Geist ändern, in dem sie angewendet wird.

spw.

Kapitals und durch die positive Aufhebung des Marktes entwickelbar. Beides gab es nicht. In Schublade 4 scheidet das bürokratisch-administrative System, weil es keinen Markt gegeben hat. Die staatlich-zentralistische Planung mußte zwangsläufig zu einer Verhandlungsökonomie und einem System organisierter Verantwortungslosigkeit degenerieren. Ursache sind geringe Arbeitsproduktivität, Nichterfüllung der Pläne, rückläufige Bevölkerungszahl, Staatsschulden, Primat der Politik über die Ökonomie. Aber: Diese Schubladen bringen für sich genommen und zusammen auch keinen Begriff eines modernen Sozialismus, der die Höherentwicklung der Produktivkräfte gemäß den Erhaltungs- und Entwicklungserfordernissen der menschlichen und außermenschlichen Natur zu organisieren hätte. TJADEN entwickelt im bisher wenig beachteten Buch *Mensch-Gesellschaftsformation-Biosphäre* den Begriff der Gesamtarbeit, die die Substanz einer jeden Gesellschaft ist, weil sie aus „den Beziehungen der arbeitenden Menschen zueinander und zur bearbeiteten Natur, aus den arbeitsvermittelten familialen Beziehungen der Menschen zu sich selber und aus der Arbeit der Gesamtgesellschaft im Verhältnis zur Natur an sich hervorgeht.“ Dies gestaltet das Verhältnis der menschlichen Lebewesen zur außermenschlichen Biosphäre. Zur Ermöglichung der nichtentfremdeten Verknüpfung von Gesellschafts- und Individualentwicklung muß die klassenherrschaftliche Grundlage der Beziehungen zwischen den Persönlichkeiten aufgebrochen werden. Die Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln als Quelle der Ausbeutung, Entfremdung und sozialen Existenzunsicherheit. TJADEN: "Eine Gesellschaftsformation, die in einer gemeinwirtschaftlichen Arbeits- und Eigentumsverfassung gründet, hat jedoch stets die Gesamtverantwortung für die Gestaltung aller ihrer Arbeitsverhältnisse. Immerhin werden solche Gesellschaften geschaffen, um der ökonomischen Spezifizierung der Gesamtarbeit zugunsten partikularer Interessen ein Ende zu bereiten und stattdessen die

gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zueinander und zur Natur als gemeinschaftliche Angelegenheit vernünftig zu verwalten.“ Dies kann nur als Vergesellschaftung im Sinne radikaler Verfügungserweiterung der „unmittelbaren ProduzentInnen“ in einer langen, widersprüchlichen Entwicklung vollzogen werden. Daraus gewinnt schließlich „das ideelle Bewußtsein gesamtgesellschaftlicher Rationalität und Reproduktivität wirklich materielle Gestalt, damit diese Prinzipien der Konstruktion von Gesellschaft nicht nur der Form nach da sind, sondern den Inhalt der materiell-praktischen Verhältnisse der Menschen zueinander und zur Natur bestimmen, und zwar mit Rücksicht auf deren Begabungen und Bedürfnisse. Diese Begabungen und Bedürfnisse müssen, soll die Realität die Theorie nicht blamieren, auf allen Ebenen der ökonomisch-ökologischen Beziehungen zur Geltung gebracht werden, und zwar vor allem durch öffentliche Erörterung und Entscheidung des einzuschlagenden Weges der gesellschaftlichen Gesamtarbeit.“ Eine Steuerung soll dabei die vorausdenkende Optimierung eben des entscheidenden Mensch-Natur-Verhältnisses bewirken. Die Nutzung des Marktes und der Wettbewerb kann und soll nicht den Zusammenhang der gesellschaftlichen Einheiten begründen. Die Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit ist das Kernstück einer neuen Konzeption des Sozialismus. In ihr verbinden sich Arbeitsökonomie und Bedürfnisorientierung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit mit der Demokratisierung der gesellschaftlichen Macht ausübung und mit der Ökologisierung der gesellschaftlichen Mensch-Natur-Beziehungen. Es geht nicht isoliert um die Gegensätze Markt oder Plan oder um die Dezentralisierung einzelner Funktionen oder eine bessere Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen. Sondern: Wie soll das Verhältnis von Mensch und Biosphäre im Kapitalismus gestaltet und wie soll es im Sozialismus überwunden, aufbewahrt und auf eine höhere Stufe gehoben werden?

Hans-Joachim Olczyk,  
Oldenburg

### Sozialistische Marktwirtschaft: Endstation Sehnsucht?

Statt einer wirklichen Debatte zieht die Linke bei Erklärungen zum Scheitern des Sozialismus wieder mal Schubladen auf, in die wir uns gegenseitig reinlegen. Schublade 1 heißt „Würgegriff“ des Imperialismus gegenüber dem Sozialismus und die gesellschaftliche Folge der Unterdrückung der Menschen: Politische und militärische Stabilität des Sozialismus um den Preis der Vernichtung seiner menschlichen Existenzbasis. Schublade 2 ist voll mit „Freiheit und Waren“ und einem System, das Initiative, Demokratie, freie Entfaltung durch „Tugenden“ wie Gehorsam, Ordnung, Anpassung ersetzt. Erfolge bei der Befriedigung der Grundbedürfnisse, Chancengleichheit für Benachteiligte und soziale Sicherung konnten mit Verlockungen der westlichen Warengesellschaft nicht konkurrieren, weil sie der Legitimierung des politischen Systems dienten. In Schublade 3 scheidet der Sozialismus, weil er keiner war: Sozialismus sei nur aus der Überentwicklung und Reproduktionskrise des

WOLF-MICHAEL CATENHUSEN

## DIE BESTIMMUNG DER KÜNFTIGEN ROLLE DEUTSCHLANDS IN DER WELT ...

DARF NICHT AUF DIE FRAGE DEUTSCHER BLAUHELMER VERKÜRZT WERDEN

Nach der Vereinigung wird das größere Deutschland seine internationale Rolle bestimmen müssen. Deutschland wird vorerst Mitglied des westlichen Bündnisses bleiben. Es ist aber vor allem im deutschen Interesse, daß die historisch überlebte Dualität von NATO und Warschauer Pakt durch ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem ersetzt wird, das auf einem System der politischen Zusammenarbeit aufbaut. Damit einhergehend muß schon jetzt die NATO ihre Sicherheitsdoktrin so ändern, daß die Entwicklung und Produktion neuer atomarer Waffen und Trägersysteme, die der Doktrin der flexiblen Abschreckung dienen, unterbleibt. Deutschland sollte in seiner neuen Verfassung auf die Entwicklung, Produktion und die Verfügung über ABC-Waffen, aber auch auf die Stationierung solcher Waffen auf deutschen Boden, verzichten.

Gerade das größere Deutschland muß eine aktive Rolle bei der weiteren Übertragung nationaler Rechte an die zusammenwachsende Europäische Gemeinschaft spielen und gleichzeitig dabei helfen, die EG für die neuen Demokratien Osteuropas zu öffnen. Das größere Deutschland muß aber auch seine Rolle in einer Welt bestimmen, bei der der Abbau des Ost-West-Konfliktes immer wichtiger für viele Regionen der Welt wird. Die internationale Entwicklung gibt mehr Platz für manche Völker, einen eigenen Weg der Entwicklung zu suchen. Ergebnis kann aber auch die Verschärfung regionaler Konflikte sein, wo bislang der Ost-West-Konflikt für ein Gleichgewicht der Kräfte sorgte.

Die Diskussion um Deutschlands Rolle darf nicht auf die Frage der möglichen Entsendung deutscher Truppen außer-

halb des NATO-Gebietes und die dafür nötige Änderung des Grundgesetzes verkürzt werden:

- Es könnte gerade Aufgabe eines größeren Deutschlands sein, Modelle regionaler Sicherheits- und Entwicklungskooperationen auch in anderen Teilen der Welt zu unterstützen, um den Trend zur Globalisierung von Konflikten abzubauen.
- Es könnte gerade Aufgabe eines größeren Deutschlands sein, neue Wege zum Abbau des Nord-Süd-Gefälles zu gehen. Wirkönnten etwa wirksame technologische Kooperation Entwicklungsländern und Schwellenländern auf den Gebieten der Umwelttechnologie, der Energieeinsparung und anderer angepaßter Technologien gehen, anstatt den Weg der Rüstungsexporte weiterzugehen. Die Verwirklichung der Forderungen der SPD nach Beschränkung des Rüstungsexportes wird nach dem 3. Oktober noch drängender.

Basis unserer Politik in der Welt bleibt dabei die Europäische Politische Zusammenarbeit im Rahmen der EG. Deutschland sollte nicht Mitglied irgendeines neuen, schon gar nicht eines über Europa hinausreichenden Militärbündnisses werden. Deutschland sollte es dagegen um eine Stärkung internationaler Einrichtungen, vor allem der UNO und ihrer Unterorganisationen WHO, UNIDO, UNICEF und UNESCO gehen, auch wenn dies nicht immer dem Interesse mancher Bündnispartner entspricht. Hier kann Deutschland wirksam helfen und auch dem Desinteresse anderer großer Länder entgegenwirken. Dies ist wichtiger und hilfreicher als die Frage der Entsendung einiger tausend deutscher Soldaten unter ein UN-Kommando.

Die Bundesrepublik ist gut mit dem jetzigen Zustand gefahren, daß der Einsatz deutscher Soldaten außerhalb des Einsatzgebietes der NATO durch das Grundgesetz ausgeschlossen ist. Die Regelung im Grundgesetz knüpft für viele auch an eine historische Erfahrung an, daß aufgrund der deutschen Geschichte Weltpolitik mit militärischen Mitteln nicht wieder angestrebt werden sollte. Die Beschränkung des Grundgesetzes war und ist deshalb auch für viele keine von außen erzwungene, mittlerweile lästig gewordene Einschränkung. Von daher besteht kein Grund, kurzfristig an einer Änderung des Grundgesetzes mitzuwirken. Hinzu kommt, daß vor einer Entscheidung über die Änderung des Grundgesetzes eine nüchterne Prüfung der Begrenztheit der Rolle der UNO-Friedenstruppen als „Weltpolizist“ notwendig ist. Zweifellos hat der Einsatz der UNO in Zypern, im Libanon-Konflikt oder in Namibia wertvolle Hilfe geleistet. Auf der anderen Seite besaß die UNO bisher keinen Spielraum dafür, bei Konflikten einzelner Länder mit wichtigen ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates schlichtend einzugreifen, schon gar nicht mit Blauhelmen. Die UNO fiel deshalb bislang in wichtigen Konflikten, wie um Nicaragua, Panama oder Afghanistan, als „Weltpolizist“ aus. Auch deshalb sollte die politische und finanzielle Stärkung der Arbeit der Vereinten Nationen zunächst Vorrang haben. Es gibt keinen ad-hoc-Entscheidungsbedarf für deutsche Blauhelme, die aufgrund unserer Geschichte auch nicht in jedem Land der Welt erwünscht sein dürften.

spw.

## DEMO IN BERLIN - FRAUEN IN AKTION

29.9. Berlin: Dem Einheitsjubiläum zum Trotz fanden sich mehr als 20.000 Leute zusammen, um „Gegen eine Einverleibung der DDR - Für ein selbstbestimmtes Leben“ zu demonstrieren. Initiatorinnen der Demo: der Unabhängige Frauenverband der DDR, die Frauen gegen § 218 und das Bündnis „Frauen Begehren Selbstbestimmung“. Nach dem 16.6. in Bonn handelte es sich um die zweite größere Aktion im „neuen Deutschland“ und gegen seine unsozialen und frauenfeindlichen Konsequenzen. Bemerkenswert: Denn es scheint so, als ob nur noch die Frauen in der Lage oder bereit seien, übergreifende Bündnisse und überregionale Aktionen auf den Weg zu bringen, hat doch die Linke „die Straße“ ansonsten weitgehend auf- bzw. an Weltmeister- und Einheitsfans abgegeben. Das Demonstrieren müssen wir uns wohl erst wieder angewöhnen. Daß dies geht, ist in Berlin gezeigt worden. Es gibt für uns auch noch etwas anderes an Politik als das linke Gerangel um Wahlen, Listen und Parteien.

Allerdings haben sich in dieser Fraueninitiative viele Probleme offenbart, die aufgearbeitet werden müssen, wollen wir (die Frauenbewegung) und wir (die Linke) auf diesem Wege weiterkommen. So hätte die Mobilisierung stärker, die Resonanz besser sein können. Der im Aufruf festgehaltene Versuch, den Kampf um Frauenrechte mit einem letzten, aber dafür sehr vollmundigen Aufbäumen gegen die Einverleibung der DDR zu verbinden, dabei alle Probleme vom § 218 bis zum Golfkrieg anzusprechen und immer wieder gegen „Großdeutschland“ zu wettern, war sicherlich zu viel der eigentlich guten Absicht, vor allem die Frage des § 218 in die gesamtdeutsche Gemengelage einzuordnen. In vielen Regionen läßt sich feststellen, daß

aktive Frauenbündnisse sich durch den Aufruf nicht angesprochen, teilweise auch vereinnahmt gefühlt haben. Die Anti-Einheits-Rhetorik hat desweiteren auch beim „Neuen Forum“ (mit einem in Sachen „Einheit“ bekanntermaßen sehr breiten Spektrum) zwar nicht zum völligen Absprung, aber immerhin zu einer gewissen Distanzierung geführt.

Auf der anderen Seite erhielt der AsF-Bundesvorstand damit ein prima Alibi für die eigene unrühmliche Rolle. Nachdem sich die AsF in den Bündnisgesprächen mehr oder weniger bedeckt gehalten und sogar Zustimmung signalisiert hat, agitierte sie später gegen den „Starrsinn“ der Initiatorinnen und gegen angebliche Mehrheitsentscheidungen, die ihr eine Teilnahme unmöglich gemacht hätten. Dabei war klar, daß es insbesondere der AsF-Bundesvorsitzenden Wettig-Danielmeier eigentlich nur darum ging, den Anti-PDS-Abgrenzungskampf der Parteilührung auch in der Frauenbewegung zu exekutieren - mit der Unterstellung, daß „unter dem Deckmantel der Interessenvertretung für Frauen tatsächlich gezielt bestimmte politische Richtungen, namentlich die PDS, unterstützt werden sollen.“ (Wettig-Danielmeier lt. ZW-Dienst vom 20.9.) Die PDS-Frage war aber real das geringste Problem. So blieb auch die häufig beschworene Majorisierung der Demo durch die PDS und deren „Winklemente“ aus. Und es waren nicht zuletzt die PDS-Frauen, die innerhalb ihrer

**ES SCHEINT SO, ALS OB NUR NOCH DIE FRAUEN IN DER LAGE ODER BEREIT SEIEN, ÜBERGREIFENDE BÜNDNISSE UND ÜBERREGIONALE AKTIONEN AUF DEN WEG ZU BRINGEN ...**

Partei gegen eine PDS-Sonderdemo am 2.10. (letztlich mit Erfolg) zu Felde gezogen sind. Bedauerlich war, daß das Verhalten der AsF-Spitze wohl auch zum Rückzug des gewerkschaftlichen Spektrums und speziell der vorge-

sehenen Rednerin von der ÖTV beigetragen hat (was gerade die ÖTV-Kolleginnen freilich nicht von einer starken Präsenz abhielt!). Die linken Jusos verblieben als letztes sichtbar sozialdemokratisches Element im Bündnis und setzten ihre Akzente auf die Rechte von Mädchen und jungen Frauen. Wir haben dies getan, obwohl wir die skizzierten Probleme mit dem Aufruf hatten, der genauso wie das Rednerinnenkonzept des Bündnisses natürlich auf einem Kompromiß zwischen sehr unterschiedlichen Akzentsetzungen beruhte. Allerdings: Für uns Frauen gibt es keine Alternative zu dieser Zusammenarbeit, die ihre Basis im Zusammenwirken der drei Initiatorinnen findet. Und nur in dieser Zusammenarbeit lassen sich auch unsere Fehler und Probleme aufarbeiten. Und nur so können wir Frauen auch der Linken zeigen, daß es wieder Sinn und Spaß macht, gemeinsam auf die Straße zu gehen.

spw.

Claudia Walther, stellv. Juso-Bundesvorsitzende, Aachen

# INTERESSENVERTRETUNG AN DEN HOCHSCHULEN: ZUKUNFT GESUCHT

Zwei Ereignisse machten im letzten Sommersemester das ganze Ausmaß der Krise studentischer Interessenvertretung und linker Hochschulpolitik deutlich:

1. Der schon längere Zeit darniederliegende „Marxistische StudentInnenbund Spartakus“ (MSB), einst mit 6.000 Mitgliedern die größte Studierendenorganisation der BRD, löste sich offiziell auf.

2. Auf der letzten Mitgliederversammlung der „Vereinigten Deutschen Studierendenschaften“ (VDS), des Dachverbandes der bundesdeutschen ASten, wurden der Koordinierungsausschuß und der Zentralrat nicht entlastet. Damit sind die VDS nach längerer Krise nun vollständig handlungsunfähig geworden und praktisch am Ende. Allerdings versuchen ein provisorischer „Arbeitsausschuß“ und ein „Asten-Ausschuß“ die Arbeit in Teilbereichen weiterzuführen. So laufen Vorbereitungen für ein Treffen der BRD-Asten und DDR-Studierendenräte im November in Bremen, auf dem Möglichkeiten einer „Gesamtdeutschen“ Reorganisation der Interessenvertretung diskutiert werden sollen.

Der Zerfall des MSB und der VDS sind Ausdruck der bisher kaum vollzogenen Einstellung der Interessenvertretung und der Hochschullinken auf die drastisch veränderten politischen Bedingungen in Hochschule und Gesellschaft. Von der Aufbruchstimmung der großen Protestbewegung im Wintersemester 88/89 ist nichts mehr geblieben. Die mediale Diskussion über Notprogramme, BAFöG-Novelle und Studienzeitverkürzung beherrscht Möllemann mittlerweile souverän. Studentische Forderungen spielen in der Öffentlichkeit keine Rolle.

## Diagnose und Therapie

Über die Gründe für die Handlungsunfähigkeit der Studierenden und wie ihr beizukommen sei, existieren bei den verschiedenen politischen Strömungen sehr unterschiedliche Auffassungen:

**Die Juso-Hochschulgruppen** erklären den Niedergang der VDS schlicht mit der „jahrelangen Dominanz des DKP-Studierendenverbandes MSB-Spartakus und seines Dauerbündnispartners „Sozialistischer Hochschulbund“ (SHB)“ (Presseerklärung vom 27. Mai).

Eine Besserung wollen die Juso-HSG auf zwei Wegen herbeiführen. Zum einen über eine grundlegende Veränderung der Strukturen und der Arbeitsweise eines bundesweiten ASten-Verbandes. Außer bei ihren eigenen ASten konnten sie jedoch in der Vergangenheit damit wenig Begeisterung auslösen, zu offensichtlich ging die Fixierung auf formale Aspekte am Kern des Problems vorbei. Zum anderen versuchen die Juso-Hochschulgruppen, die politische Basis eines bundesweiten Zusammenhanges zu verbreitern, indem sie bewußt rechte ASten einbeziehen und zwar nicht nur formal, sondern

auch inhaltlich. Dies korrespondiert mit der Entwicklung an einigen Hochschulen (z.B. Bonn), an denen die Juso-HSG mit rechtsliberalen Gruppierungen den AStA gegen eine sonst mögliche linke Mehrheit stellen. Eine große Ausstrahlungsfähigkeit scheint diese Variante jedoch noch nicht entwickelt zu haben: Zum Gründungstreffen des neuen „Büros der ASten und StudentInnenräte“ (BAS) der Juso-Hochschulgruppen kamen ganze 15 ASten. Einziger Erfolg war, daß sich auch der „Republiksperrherr der StudentInnenräte der DDR“ (RSR) am BAS beteiligen will - wenn dieser auch beileibe nicht die Mehrheit der StudentInnenräte in der DDR politisch repräsentiert.

**Die Basisgruppen** wollten die VDS als linken politischen Richtungsverband erhalten, u.a. auch deswegen, weil sie die VDS-Strukturen immer auch zur eigenen Formierung benutzt hatten. Das

Problem, wie denn unter der Prämisse eines Richtungsverbandes ein Zusammenhang aller ASten geschaffen werden könne, der erfolgreich in Interessenkämpfe eingreifen könne, wurde für nicht existent erklärt: Dies sei sowieso nicht wünschenswert.

Der SHB erklärte, daß sicherlich einiges an der Arbeitsweise eines bundesweiten Dachverbandes verändert werden müsse, daß jedoch mit abstrakten Strukturdebatten nichts gewonnen sei. Die Grundkonzeption eines für alle ASten offenen Dachverbandes mit Finanz- und Satzungsautonomie und politischem Mandat sei nach wie vor richtig. Wichtiger als Strukturdebatten sei die Auseinandersetzung mit den veränderten politischen und sozialen Realitäten der Interessenvertretung auf allen Ebenen nach mittlerweile sieben Jahren konservativer Gegenreform an den Hochschulen.

## Auswirkungen rechter Hochschulpolitik

Unter dem steigenden finanziellen Druck (mittlerweile müssen z.B. 62% der Studierenden neben dem Studium

jobben), dem Druck der schlechten Studienbedingungen und der in vielen Fächern ungesicherten Berufsperspektive, hat das hochschulpolitische Interesse der Studierenden weiter abgenommen (1983: 18% 1989: 14%). Die Zahl der AktivistInnen in Fachschaften und ASten sinkt z.T. dramatisch. Die Spaltungslinien und Segmentierungen in der Studierendenschaft haben sich vertieft. Dies erschwert zum einen die Entwicklung gemeinsamer Interessenkämpfe. Zum anderen führte vor allem die bewußte Demoralisierung der Sozialwissenschaften zu einer veränderten Zusammensetzung studentischer AktivistInnen. Mittlerweile sind JuristInnen genauso häufig in ASten, Fachschaften etc. vertreten wie die früher dominierenden SozialwissenschaftlerInnen. Diese Entwicklung geht einher mit einer tendenziellen Entpolitisierung der Interessenvertretung und einer Verschiebung des politischen Klimas nach rechts (Die Unterstützung für Berufsverbote stieg z.B. von 1983: 28% auf 1989: 38%).

Mit dem Anschluß der DDR spitzt sich die Situation noch weiter zu. Dies gilt

sowohl für die Entwicklung der Studienbedingungen und der sozialen Lage der Studierenden als auch für die Interessenvertretung: Seit dem 3. Oktober existieren in der BRD genauso viele Bundesländer mit Verfaßter Studierendenschaft wie ohne!

Die Krise der Interessenvertretung kann also ganz offensichtlich nicht durch Organisationsdebatten gelöst werden. Not tun programmatische und strategische Auseinandersetzungen. Diese dürfen nicht mehr nur zwischen den Strömungen stattfinden, denn die Strömungen repräsentieren heute nur noch eine Minderheit von ASten. Trotz aller Schwierigkeiten müssen die ASten selber Träger der Diskussion werden. Ansatzpunkte dafür gibt es bereits im Bereich „Fachhochschulen“ und im Bereich „Soziales“.

Das bereits erwähnte Treffen in Bremen im November bietet für längere Zeit die letzte Chance, die Auseinandersetzung um einen gemeinsamen - wie auch immer aussehenden - ASten-Verband erfolgreich zu führen. Die Chancen dafür sind allerdings recht schlecht ...

spw.

Andreas Bovenschulte, Bremen

JUSOS

„LINKES FORUM“

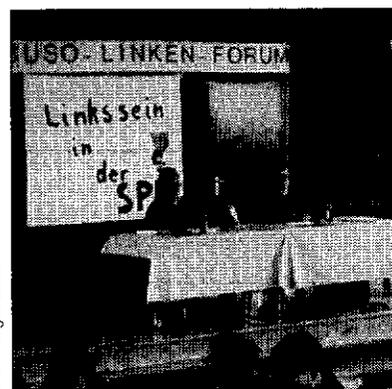


Bild: Margrit Zöllner

„Eine kleine sozialistische Linke fährt seit Jahren auf dem sozialdemokratischen Tanker und hat dabei den Kontakt zu den linken Begleitschiffen gepflegt. Nun steht sie ratlos dar: Linkssein und SPD - wie geht das noch?“

Mit dieser Fragestellung wurde ein „Juso-Linken-Forum“ angekündigt, zu dem sich am 22. und 23. September ca. 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Hannover einfanden. Die Vorbereitung erfolgte noch über den „Hannoveraner Kreis“ (der legendäre HK, ehemals als „Stamokap“-Gruppierung tituliert) - aber mit dem Ziel, einen breiteren Verständigungsprozeß über das Selbstverständnis linker Jusos einzuleiten und aus den traditionellen „Kreisgrenzen“ auszubrechen. Und um es vorweg zu sagen: diese Konferenz hat Mut gemacht, an diesem Ziel weiterzuarbeiten. Dazu haben auch anwesende Genossinnen und Genossen aus der (damaligen) DDR beigetragen, die ja ausdrücklich nicht in der Tradition irgendwelcher westlicher Juso-Strömungen, ihrer Irrtümer und Unsitten stehen und die linken West-Jusos geradezu zwingen, ihre künftige Identität jenseits dieser Traditionen und eben gemeinsam mit den linken Jusos aus der ehemaligen DDR zu finden.

Die Konferenz begann mit einem Referat von Peter von Oertzen, der über mehrere Jahrzehnte hinweg Erfahrungen als marxistischer Sozialist in der

SPD (und bis zum heutigen Tage im Parteivorstand) gesammelt hat. Viel Wert legte er dabei auf die „Erledigung“ bestimmter Fragestellungen, die das Binnenverhältnis der sozialistischen Linken in der Vergangenheit erheblich beeinträchtigt hatten: insbesondere die unterschiedlichen Einschätzungen des „Realsozialismus“, wie auch des Verhältnisses von Reformismus und revolutionärem Sozialismus seien historisch überholt, die uneingeschränkte Akzeptanz des bürgerlich-demokratischen Erbes und die Vereinbarkeit von reformistischer und antikapitalistischer Politik die wichtigsten Resultate dieses Befundes. Gleichwohl rückte mit dem notwendigen Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ umso mehr die Frage in den Mittelpunkt, wie dem nunmehr weltweit obsiegenden Kapital begegnet werden könne. Denn auch wenn „reformistisch“ Bezug genommen werden müsse auf bürgerliche Demokratie und Marktwirtschaft, führe an der Durchbrechung der Macht des international agierenden Großkapitals kein Weg vorbei.

Ohne explizit zu werden, mahnte Peter von Oertzen auch Fehleinschätzungen in Sachen „Realsozialismus“ und dogmatische Verkürzungen in strategischen Fragen an, wie sie u.a. im „Hannoveraner Kreis“ der Jusos oder auch in dieser Zeitschrift vertreten waren. Er machte aber deutlich, daß die Aufarbeitung der Vergangenheit nicht in Form von Schuldzuweisungen ablaufen könne: Im Umgang mit der **ganzen** Vergangenheit (ich interpretiere: mit der Blockkonfrontation, der Gegensätzlichkeit von Sozialdemokratie und Kommunismus, der Problematik von Opportunismus und Sektiererei) sei niemand frei von Schuld gewesen. Und in diesem Zusammenhang ist wohl auf der anderen Seite auch die später folgende Kritik zu sehen, die von Oertzen am „Renegatentum“ und Opportunismus vieler ehemals sozialistischer Linker übte - übrigens auch an den ehemaligen Juso-Bundesvorsitzenden, die in ihrer großen Mehrzahl zwar „links“ von ihm angefangen hätten, ihn aber mittlerweile rechts überholt hätten.

Das prinzipielle Festhalten an einer antikapitalistischen Position in Zeiten wie den heutigen wurde im Referat in einen biographisch gefärbten Kontext eingeordnet: in eine Darstellung des Auf- und Schwungs der sozialistischen Bewegung und ihres Einflusses. Wichtig daran die Aufforderung, sich auf eine längere Phase ohne durchbruchartige Erfolge einzustellen, gleichwohl den Status quo nicht für gegeben zu halten, sondern sich auf neue Situationen vorzubereiten. Dabei komme es in Zeiten der linken Aufschwung darauf an, realistisch zu bleiben, um spätere Desillusionierung zu verhindern. Hauptaufgaben seien heute die Verteidigung der sozialistischen Utopie, die Aufbereitung und Verbreitung sozialistischen Wissens und die Bewahrung der organisatorischen Kontinuität sozialistischer Zusammenhänge. Die Forderung, auf klein-karierte Streitereien unter den Linken zu verzichten, dürfte sich wohl auch auf vergangene und immer noch nachwirkende Ereignisse innerhalb der sozialdemokratischen Linken (Jusos inklusive) bezogen haben.

Neben den hier angesprochenen Grundsatzfragen spielte in der folgenden Diskussion die eingangs benannte Fragestellung immer mehr die Hauptrolle. Zu stark sind die Irritationen, die die politische Entwicklung der eigenen Partei ausgelöst hat - bis hin zur „Organisationsfrage“, die von manchen Genossinnen und Genossen aufgeworfen wurde. Peter von Oertzen hatte in seinem Referat die unverzichtbare Rolle der SPD als gesellschaftlich mehrheits- und kompromißfähige Massenpartei betont, die unter diesen Umständen allerdings gar keine sozialistische Partei sein könne. Überhaupt sei es eigentlich sinnvoller, von einer „sozialistischen Bewegung“ zu sprechen, die in verschiedenen Organisationszusammenhängen existiere. Die Sinnhaftigkeit, sich außerhalb der SPD zu organisieren, wurde von Peter von Oertzen gar nicht bestritten. Kritisiert wurde allerdings eine Auffassung, die meint, man könne dem in unserer Partei erlebten Frust und Opportunismus durch einen Organisationswechsel entfliehen:

die Erfahrung der Grünen zeige, daß dies nicht möglich sei (es sei denn um den Preis des Sektierertums).

In der Diskussion wurde diese Position überwiegend unterstützt. Sie reichte aber keineswegs aus, um diejenigen zufriedenzustellen, die die „Organisationsfrage“ bewegt. Dies hängt insbesondere damit zusammen, daß eine Lücke zwischen den prinzipiellen Feststellungen und den konkreten Projekten der SPD- und Juso-Linken, zwischen der politischen Rückschau und der Prognose für die 90er Jahre klafft. Sie konnte in der Diskussion nicht geschlossen werden. Und dies ist wohl auch nur dadurch möglich, daß ein Umbau und ein Klärungsprozeß innerhalb der sozialdemokratischen Linken vorangetrieben wird, wie ihn Peter von Oertzen in Aussicht gestellt hat. Denn es ist weniger die allgemeine Politik der SPD-Führung, die frustriert, sondern die mehr oder weniger klägliche Rolle, die die sogenannten Linken dabei einnehmen. Und es sind im übrigen auch die desolote Situation der Jusos und der Verschleiß der linken Kräfte in der Führung des Jugendverbandes, die hierbei eine Rolle spielen.

Um den zuletzt genannten Punkt ging es am folgenden Tag. Die Juso-Bundesvorsitzende Susi Möbbeck meldete in ihrem Eröffnungsbeitrag erhebliche Zweifel an, ob sich die Jusos als linker, sozialistischer Jugendverband noch erneuern können bzw. ob dies vom Bundesverband her noch möglich ist (vergl. den Bericht in der letzten SPW). Umso größer werde der Bedarf an einem „Linken Forum“ der Jusos bzw. einer Juso-Linken, das Bedürfnis nach einem Ort, wo frei von Fraktionsquerelen und Ausgrenzungsversuchen über unsere Rolle (einschließlich der „Ovrganisationsfrage“) diskutiert werden kann. Vor diesem Hintergrund soll ein neuer Versuch gemacht werden, der in einem Entwurf für einen späteren Aufruf anformuliert worden ist:

„... Die Jusos laufen Gefahr, zu einer halblinken, nach rechts offenen Partei Jugend zu werden, die kaum noch eine politische Bedeutung hat. Die

westlichen Erfahrungen vergangener Bewegungen und innerparteilicher Opposition verblassen und das östliche Erbe der demokratischen Revolution hat kaum Eingang in die politische Kultur der Jusos gefunden... In dieser Situation hilft es nichts mehr, um des lieben Friedens willen im halblinken „mainstream“ mitzuschwimmen. Es bringt nichts, Verantwortung für Verhältnisse zu übernehmen, die man nicht mehr (er)tragen kann.“ Aufgerufen wird zur Entwicklung einer neuen Juso-Linken und „einer sozialistischen Plattform in der SPD“ - unter Bezugnahme auf kommende gesellschaftliche Kämpfe und Bewegungen und einen ohne Ausgrenzung zu führenden Dialog linker Kräfte. Ansatzpunkte und Aufgaben werden überall dort gesehen, wo versucht wird,

- soziale Bewegung gegen die Vereinigungsfolgen zu organisieren,
- linke Jugendverbände und -initiativen an einen Tisch zu holen und Interessenvertretungen neu zu formieren,
- verkrustete Strukturen der Partei frontal anzugreifen und eine demokratische Parteireform einzuleiten,
- am Projekt eines modernen Sozialismus weiterzuarbeiten.“

Als nächster Schritt soll eine offene linke Konferenz zur „Jugend im neuen Deutschland“ durchgeführt werden, wo wir uns zusammen mit anderen Jusos, aber auch Gästen aus anderen linken Jugendverbänden und Jugendstrukturen treffen wollen. Es wäre übertrieben, wenn man - mit Blick auf unser zurückliegendes Forum - von „Aufbruchstimmung“ reden wollte. Die Stimmung war zunächst eher nachdenklich, später eher entschlossen - in der Erkenntnis, daß wir eine große Chance haben und daß wir sie - auch im Interesse der übrigen Linken - nutzen müssen.

Sönke Klages  
(Juso-Landesverband Hamburg)

JUGENDPOLITIK UND PARTEIREFORM IN NRW

Kinder- und Jugendpolitik war der Schwerpunkt des SPD-Bezirksparteitags Westliches Westfalen am 25./26. August 1990, der stürmisch verlief wie seit vielen Jahren nicht mehr. Denn schließlich ging es auch um ein zeitgemäßes jugendpolitisches Profil sozialdemokratischer Politik und die personelle Erneuerung der SPD.

Zum vorliegenden Leitungsantrag des Vorstands gab es zwar von Jusos und Falken inspirierte weitergehende Änderungsanträge und engagierte Debattenbeiträge, aber letztlich eine einmütige Beschlußfassung. Der verabschiedete Leitungsantrag stellt die eigenständigen Rechte und Interessen der Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt und entwickelt daraus fortschrittliche Forderungen, die in vielen Punkten über bisherige Beschlußlagen der Partei hinausgehen und an denen auch auf Landes- und Bundesebene angesetzt werden kann.

Genannt seien nur die Forderungen nach Frauenförderplänen mit Quotierungsregelungen bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen, nach Stärkung der Mitbestimmung der SchülerInnen und Ausbau der studentischen Selbstverwaltung mit politischem Mandat sowie die Bekräftigung der Forderung nach einer bundesweiten Umlagefinanzierung der beruflichen Bildung und einer gründlichen Reform des Berufsbildungsgesetzes.

Im Kapitel zu „Jugend und SPD“ werden Überlegungen aufgegriffen, die insbesondere von Jusos zur Parteireform angestellt worden sind (vgl. die Beiträge in den letzten Nummern dieser Zeitschrift). Gefordert wird, den Arbeitsgemeinschaften der Partei Antrags- sowie Vorschlagsrecht auf Parteitag zuzubilligen und die Beteiligungsmöglichkeiten junger

Nichtmitglieder der SPD bei den Jusos zu stärken. Weitergehende Konsequenzen bleiben vorerst vage und sollen weiter diskutiert werden.

Hektisch wurde es am Vorstandstisch das erste Mal, als im Rahmen der Diskussion über eine neue Satzung des Bezirks ein Antrag diskutiert wurde, daß im Sinne der Demokratisierung der Partei die Vorstandsmitglieder künftig nur noch beratende, aber nicht mehr automatisch stimmberechtigte Mitglieder des Parteitag sein sollten. Nach kontroverser Debatte wurde der Antrag mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Noch hektischer wurde es allerdings, als die Jusos den ebenfalls beschlossenen Anspruch, den Anteil jüngerer SozialdemokratInnen in Funktionen und Mandaten zu steigern, auf die praktische Probe stellten. In einem Initiativantrag forderten sie, auf der NRW-Landesliste für die Bundestagswahl 1990 zumindest eine Genossin und einen Genossen im Juso-Alter auf sicheren Plätzen zu berücksichtigen.

Die Tatsachen sprechen dazu eine deutliche Sprache: In der gegenwärtigen SPD-Bundestagsfraktion ist kein Mitglied unter 35 Jahren alt, in der neugewählten NRW-Landtagsfraktion eine von 122 GenossInnen, und trotz Bemühungen konnte kein Juso-Kandidat in NRW einen aussichtsreichen Wahlkreis für die bevorstehende Bundestagswahl erringen. Der Wahlkreis der einzigen Kandidatin im Juso-Alter (Heike Niggemeyer, Paderborn) ist nicht zu holen, auf dem Listenvorschlag des Landesvorstands steht sie auf Platz 30, was voraussichtlich nicht reichen dürfte.

Nach einer heftigen und emotional geführten Debatte wurde der Antrag knapp mit 121 zu 99 abgelehnt, nicht zuletzt Dank des beibehaltenen Vorstandsstimmrecht: Von dessen 23 Mitgliedern stimmte nur eines für den Antrag. In der Diskussion wurden auch erhebliche Kontroversen zwischen den Jusos und älteren „Parteilinken“ deutlich, die teils regionale Interessen vertraten, teils ihre eigenen Chancen durch den Juso-Vorstoß gefährdet sahen. Nur Christoph Zöpel, stellvertretender SPD-Landes-

# Juso-Jugend rebelliert gegen die Alte

## Reklagen Überalterung der Partei / Kaum sichere Listenplätze für Jung-G

Goebels Oberbürgermeister in ...  
(WP) Zum achten ...  
nun 76jährige SPD- ...  
tzende ...

**In Herne proben die „Jungtürken“ den Aufstand**  
SPD-Bezirksparteitag

vorsitzender, unterstützte den Juso-Antrag und zog sich ob dieses Bruchs der Vorstandsdisziplin massiven Unmut diverser mehr oder weniger wichtiger GenossInnen zu. Auch seitens einiger ASF-Funktionärinnen gab es statt solidarischer Unterstützung Gegenwind, als würde sich der bescheidene (und quotierte) Anspruch der Jusos gegen die (von ihnen schon vor der ASF vertretene) Frauenquote richten. Auf der Landesdelegiertenkonferenz der NRW-SPD am 8. September ging es dann in die zweite Runde. Nachdem zunächst mit einer Kampfabstimmung bei knapper Mehrheit das Recht zur Behandlung von Anträgen erkämpft werden mußte, wurde ein entsprechender Antrag, verbunden mit der Maßgabe, bei Wahl eines Juso sollten die folgenden ListenkandidatInnen jeweils nach hinten rücken, mit großer Mehrheit abgelehnt. Zu viele insbesondere ländliche Wahlkreise ohne Direktmandat fühlten sich davon betroffen. Blieb also nur die direkte Bewerbung auf einen sicheren Listenplatz. Der JUSO-Kandidat trat für den sicheren Listenplatz 22 gegen Hans Berger, den

am Vortag neugewählten Vorsitzenden der IG Bergbau, an. Ausschlaggebend für die Wahl dieses Listenplatzes war, daß hier ein Bewerber ohne Wahlkreis und ohne Anrechnung auf den Bezirksproporz berücksichtigt worden war. Genau das hatte der Juso-Landesvorstand bereits im Mai auch für die Juso-Vorschläge gefordert - im Unterschied zur IGBE allerdings erfolglos. Im Gegensatz zur schwachen Vorstellung des Genossen Berger machte die Vorstellungsrede des Juso-Kandidaten sichtlich Eindruck auf viele Delegierte. Johannes Rau höchstpersönlich sah sich daher gefordert, eindringlich vor einem „falschen Signal“ zu warnen, das von einer Nichtwahl Bergers ausgehen würde. Mit 107 gegen 177 Stimmen unterlag Karsten Rudolph bei der geheimen Wahl Hans Berger knapper als erwartet. Fazit: Der Verlauf dieser Parteitage, die knappen Ergebnisse der Abstimmungen und die gute öffentliche Resonanz auf unsere Vorstöße ermuntern und ermutigen, auch in Zukunft aktiv Widerstand gegen verknöcherte Parteistrukturen zu leisten, Ansprüche der Jusos und linke Forderungen

Belastungen für  
Heushalt an. D  
NRW die Komr  
ren Asyl-Proble  
lein lassen. Uri

gen offensiv zu vertreten, und die Debatte über eine gründliche Reform und Erneuerung der Partei weiter voranzutreiben. Die sehr positive Reaktion vieler Delegierter zeigt, daß viele GenossInnen an der Basis die Problemlage klarer sehen als die meisten „Cheffinnen“. Die offene Auseinandersetzung hat (hoffentlich) viele motiviert und ermutigt, selbst aktiv gegen die Erstarrung anzugehen. Auch die Kontroverse mit „Parteilinken“, die sich in diesen Strukturen allzu bequem eingerichtet haben, darf dabei nicht gescheut werden. Lieber trotz Crash-Gefahr auf die Überholspur ziehen, als auf der Kriechspur nie ankommen.

Ralf Krämer  
(Juso-Landesvorsitzender NRW),

Karsten Rudolph (Juso-Bezirksvorsitzender und Mitglied im SPD-Bezirksvorstand Westliches Westfalen)

BERICHT VOM  
BEZIRKSPARTEITAG MITTEL RheIN  
1.9.90

## SOZIALISTISCHE EINSPRENGSEL

Gefahren alter und neuer Nationalismen analysierte Peter Glotz in seinem einleitenden Referat in gewohnter Brillanz. So forderte er, im vereinigten Deutschland „den Staat im Dorf zu lassen“ - sprich die Hauptstadt in Bonn. Der anschließende Überraschungsgast Oskar Lafontaine konnte hier rethorisch aufsetzen. Daß er auch nach den „Wirren des Sommers“ (Zitat) unbeirrt an seiner Kritik am ersten Staatsvertrag festhält, daran ließ Lafontaine keine Zweifel aufkommen. Erst kommen die wirklichen Probleme - ökologische, ökonomische, soziale - und dann - wenn's denn sein muß - das Fähnchenschwingen und Hymnenabsingen, so ungefähr seine Reihenfolge. Nach diesen Darbietungen gekonnter Rhetorik hatte sich der Parteitag dann den Niederungen der Antragsberatung zuzuwenden. Denn angesetzt worden war der a.o. Parteitag ja ursprünglich zur Beratung des Fortschritt 90 Programms. Der Bezirksvorstand hat einen Leit Antrag zur Lage und zu Fortschritt 90 vorgelegt, Gliederung etwa so: 1. Mittelrhein begrüßt Fortschritt 90 2. gegen Nationalismus 3. die Kosten der Einheit 4. die übertriebene Hast, mit der DM-Einführung und staatlicher Zusammenschluß von der Bundesregierung betrieben wurden 5. offene Wünsche Mittelrhein für das Regierungsprogramm, u.a. Strukturprogramm für die DDR, Straffreiheit bei Schwangerschaftsabbruch, bedarfsorientierte soziale Grundsicherung, Wertschöpfungsbeitrag als 3. Standbein der Rentenversicherung, Reform der Unternehmensverfassung, Änderung §116 AFG und Verbot der Aussperrung, Wirtschafts- und Sozialausschüsse, Qualifizierungsoffensive.

Die unter 4. enthaltene, dezent verpackte Kritik an den sozialdemokratischen Crashkurs-Befürwortern ließ einige Delegierte um Ingrid Mathäus-Meier nicht ruhen. Sie wünschten, es sollen lediglich „schwere Fehler“ der Bundesregierung bei der Umsetzung der Währungsunion kritisiert werden, nicht aber der Crash-Kurs als solcher. Nach heftiger Debatte, in der auch die Bezirksvorsitzende Anke Brunn klar Stellung bezog, wurde der Vorstandsantrag dann sinngemäß mit übergroßer Mehrheit beschlossen.

Die nächste Auseinandersetzung ergab sich um einen Änderungsantrag des Kölner UB: „Um die ökologische und soziale Erneuerung voranzutreiben (...), müssen öffentliche Unternehmen auf den entscheidenden Investitionsfeldern vertreten sein. Dazu sollen der öffentlich-rechtliche Kreditsektor und staatliche Industriebeteiligungen gezielt eingesetzt und ausgewählte strukturbestimmende Unternehmen in Gemeineigentum überführt werden.“ Wie sich denken läßt, gab es Wortmeldungen. Der stellvertretende DGB-Bundesvorsitzende M. Geuenich, nicht eben als Exponent der Parteilinken bekannt, verblüffte allgemein mit dem Vorschlag, das letzte Wort zu ändern: „bleiben“ statt „werden“, mit Blick auf die DDR sei das jetzt Sache. Solcherart verwirrt konnte der Parteitag die gewohnten Rechts-Links-Koordinaten trotz weiterer Beiträge nicht so schnell wiederfinden und beschloß mit ca. 3/4 Mehrheit.

Ein Antrag pro Fristenlösung fand leider keine Mehrheit, statt dessen wurde nach kontroverser Diskussion beschlossen, an den Vorstand zu überweisen.

Alles in allem: Die große Mehrheit des Bezirks trägt den Kurs Lafontaines, mit sozialistischen Einsprengseln. Für Optionen rechts von Oskar wird der Spielraum enger. Auf diesem Kurs war die Parteilinke auf dem Parteitag klar in der Vorhand, eine gemeinsame Linie des rechten Flügels wurde nirgends sichtbar.

Fiete Saß, SPD-Bezirksvorstand Mittelrhein

## WAS BLEIBT VOM LINKEN LANDES-VERBAND?

Nichts charakterisiert derzeit die Unübersichtlichkeit im SPD-Landesverband Schleswig-Holstein besser als die Tatsache, daß die Parteiorganisation im gleichen Atemzug eine Jochen Steffen-Gedenkfeier und eine Vereinigungsfeier in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober durchführt.

Dabei hat die Erinnerung an die Vergangenheit, die hier bemüht wurde, keinen realen Bezug mehr. Längst sind die kantigen, antikapitalistischen Reformvorstellungen eines Jochen Steffen verschüttet. An die Stelle der Polarisierung ist die Umarmung getreten. Immer deutlicher wird dabei, daß der Ausgangspunkt, von dem die Entwicklung der Partei bestimmt ist, die gewonnene Landtagswahl von 1988 ist. Der früher durch Vergangenheitsbeschwörung vermittelte Konsens, der Landesverband Schleswig-Holstein sei links, war immer merkwürdig profillos und inhaltsleer. Jetzt entpuppt sich die mutmaßliche Linksausrichtung als Entpolitisierung der Mehrheit. Die Machterhaltungsstrategie der Enkelgeneration geht darin auf. Der unüber-trefflichen Landesvatermentalität eines Björn Engholm kann sich kein Parteitag in S-H mehr entziehen. Die Entwicklung von Positionen zur Frauenpolitik und damit die Entwicklung der AsF sowie ein notwendiger Zusammenschluß von Parteilinken sind Opfer des Kurses eben jener Enkelführergarde. In S-H wird spürbar: Das Erbe des 68er-Marsches ist ein populistisch-patriarchalisches.

Die Partei selber steht deshalb ohne Profil da. Die früheren programmatischen Innovationen, die über die Landesgrenzen hinauswirkten, sind verflo-gen. Was bleibt, sind Erinnerungen:

Der Atomausstieg wurde von S-H aus in der Gesamtpartei mehrheitsfähig gemacht, die Gratwanderung vom Nato-Doppelbeschluß zur neuen europäischen Sicherheitspolitik wurde auch vom Bezirk aus dem Norden maßgeblich getragen, ein entscheidender Anstoß zur neuen Ost- und Deutschlandpolitik kam 1966 aus Eutin.

1990, wo die Gesamtpartei erneut an einer Schnittstelle ihrer Entwicklung steht, ist nichts derartiges zu vermelden. In S-H findet eine Debatte über die Entwicklung im neuen Deutschland nicht statt. War im Oktober 1989 in einer Entschließung noch der europäische Charakter des Einheitsprozesses betont worden, so ist dieser Ansatz nicht im geringsten verfolgt und zuge-spitzt worden.

Heute wird alles dem zeitlichen Druck und der deutsch-deutschen Hektik geopfert. Der Landesvorsitzende kritisiert die Bundespartei mit den Worten „Kassandra wird nicht gewählt“ und wähnt die Partei im „mosernden Ab-seits“; was ihm lediglich ein Schulter-klopfen der FAZ einbringt. Auch in S-H wird seit dem Zusammenbruch der osteuropäischen Staaten die Konvergenz der großen Parteien im Weich-spülverfahren vorbereitet. Der Traum vom sozialdemokratischen Zeitalter ist zu Ende, ehe er begann.

Auch die Enkel basteln am Konsens mit den Konservativen. Mit dabei N. Gansel, Ex-Bundesvorstandsmitglied der Jusos und heute Spitzenkandidat für die Bundestagswahl. 1970 schrieb Norbert Gansel: „Sie (die SPD) hat Re-präsentanten, die bisweilen Reden halten und Aufsätze schreiben, in denen sie vor der Gefährdung des Er-reichten warnen. Sie (die SPD) ist ent-weder staatsverhaltend in der Opposi-tion oder staatsverwaltend in der Regie-rung.“ Gut zwanzig Jahre später kon-zediert Gansel, daß beim Einigungs-prozeß alle unter Druck standen, auch die Sozialdemokratie. Deshalb sei die schnelle Währungsunion nun nicht mehr zu kritisieren. Gansel wörtlich: „Wenn sich die Menschen bewegen, treiben sie die Regierenden vor sich her.“ Ganz nebenbei ist bei Gansel die

Sozialdemokratie zur mitregierenden Partei geworden. Gansel beweist seine eigenen Thesen von 1970, freilich von der anderen Seite, jener, die zuweilen Reden hält.

Die große Koalition, die faktisch besteht, wird von Schleswig-Holstein aus nicht ernsthaft gestört, allenfalls se-mantisch gerechtfertigt.

Silke Seemann, 2. Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Lübeck, Thomas Westphal, Mitglied im Vorstand des SPD-Unterbezirks Lübeck

## ZUM ZUSTAND DER JUSOS IN DER EX-DDR



Thomas Heppener auf der Republikkonferenz

Vom 7.-9. September fand in Magdeburg die erste und letzte Republikkonferenz der Jungen Sozialdemokraten der DDR statt. Sie vollzog praktisch den organisatorischen Zusammen-schluß mit den JungsozialistInnen der BRD. Mit der Verabschiedung des Leitanspruchs wurde beschlossen, den

Bild: Margit Zeller

Status einer Arbeitsgemeinschaft in der SPD anzunehmen - ab dem 27. September, dem Tag der Vereinigung von SPD Ost und West. Der SPD-Vorstand hatte im Vorfeld vorgeschlagen, daß zusätzlich zu den AG-Richtlinien bei den Ost-JUSOS weiterhin Nicht-Parteimitglieder bis Ende 1992 auch aktives und passives Wahlrecht bis zur Länderebene besitzen dürfen sollten. Die vier auf der Konferenz gewählten Vorstandsmitglieder sollen in den JUSO-Bundesvorstand integriert werden. Ärger herrschte bei den Ost-JUSOS vor allem darüber, daß schon erkämpfte Rechte gegenüber der Partei, wie Rede- und Antragsrecht bei den Vorständen der Partei oder die Möglichkeit der Entsendung von JUSO-Delegierten zu Parteitagen, bei der Vereinigung verloren gehen.

Neben der Vorbereitung der Vereinigung bot die Konferenz die Möglichkeit einer Bestandsaufnahme. Dabei zeigten sich weit auseinandergehende Positionen. Viel Kraft war bei den Jun-

gen Sozialdemokraten in den Aufbau der Organisation und in die Unterstützung der SPD-Wahlkämpfe geflossen. In der kurzen Geschichte der Organisation gab es kaum Möglichkeiten zur gemeinsamen Erarbeitung von inhaltlichen Aussagen. So sind viele Positionen nur durch individuelle persönliche Erfahrungen und Vorstellungen geprägt. Dies zeigt sich auch in dem durch die Konferenz beschlossenen „Magdeburger Programm“ deutlich. In allen Teilen des Programms, vor allem aber in den Teilen Wirtschaft, Frauen und Ökologie, ist die bisher kaum geführte Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Positionen sowie das Fehlen grundlegender Informationen erkennbar. Besonders in den „Gedanken zum demokratischen Sozialismus“, die als Diskussionsgrundlage beschlossen wurden, wird dies deutlich. Durch die Konferenz wurde die bei Gründung der DDR-JUSOS begonnene jugendpolitische Orientierung leider nicht fortgeführt. Konkrete jugend-

politische Aussagen fanden sich nur in den Grußworten von Falken und Gewerkschaftsjugend, die in der fehlenden Aufmerksamkeit vieler DDR-JUSOS ebenso untergingen wie einen Tag zuvor die interessanten Ausführungen von Wolfgang Thierse zum Sozialismusbegriff.

Trotz aller Mängel war die Konferenz vor allem ein Impuls für die weitere Arbeit. Schwerpunkt wird in den nächsten Monaten die Gründung bzw. Stärkung der Landesverbände sein. Dazu ist auch weiterhin die Unterstützung der West-JUSOS notwendig. Über Fraktionsschranken hinweg sollte dies der jetzt gesamtdeutsche Bundesvorstand koordinieren. Nur mit der Profilierung der JUSOS „vor Ort“ kann aus dem kleinen Verband „Junge Sozialdemokraten“ eine starke JUSO-Organisation werden.

Thomas Heppener, ehem. Geschäftsführer der DDR-JUSOS, Berlin



**Zeitungsmacher!**

Bei uns gibt's Vereins- & Verbandszeitungen in TOP-QUALITÄT: wir drucken ausschließlich über Film + Metallplatte.  
Außerdem: Negativ- und Mehrfarbdruck sind für uns ebenso Standard, wie beste, professionelle Weiterverarbeitung !!

Unsere Preise? SENSATIONELL!

0 23 04 / 2 17 55

DRUCKEREI Uwe Kohn - Karl-Gerharts-Str. 35 - 6640 Schwerte 1

# HABGIER

# KLEINE STUDIE ÜBER DIE LOGIK DER KAPITAL- VERWERTUNG

## I.

*Die Habgier heißt es  
wohnt uns Menschen inne.*

*Die das sagen wohnen gut  
wo die Habgier wohnt.*

*„Der Mensch hat die Habgier  
so gemacht wie er ist“ sagen sie  
„die wär nicht so  
wenn der Mensch nicht so wäre  
denn aus ihm kommt sie ja.“*

*Die Habgier ist eine Gier nach Haben  
eine Seinsgier ist nicht bekannt.*

## II.

*Der Planer der die Schneise legt für die Umgehung  
hat seinen Job vor Augen  
und den Autostau von dem  
man ihm sagt daß er weg soll  
aber ansonsten liebt er das Grüne.*

*Der SPD-Mann der erst leidenschaftlich wird  
wenn er nach links beißen darf  
hat nur die Fraktion vor Augen  
etwas anderes hat er nicht gelernt  
aber ansonsten sind ihm die Banken zu mächtig.*

*Der Journalist der die ungelenkten Gegner der Habgier  
ans Messer liefert  
hält die Glaubwürdigkeit der Habgier für erwiesen  
aber die Gegner des Markts  
sind auch auf ihm zu finden  
bald liefert er seine Recherche an solche  
bei denen der Kopf eines unglaubwürdigen Marktgeg-  
ners noch höher prämiert wird.*

*Der Entertainer sagt ewig zu den armen Menschen  
I love you  
heut' abend aber zählt die Pointe die laut  
klatschen und lachen macht  
so wie gestern.*

## III.

*Die Logik des vorgeschossenen Kapitals  
bewegt die Gemüter derer  
die es vorgeschossen haben  
wenn es in Gefahr ist  
und weil es nie ganz sicher ist  
sind sie auch nie gänzlich unbewegt  
den Planer Journalisten Entertainer  
den SPD-Mann  
nennen sie „ihre Pappenheimer“*

*und wer von denen nur seinen Job vor Augen hat  
wissen sie  
und wie das zu bewerten  
und in ihre Denkbewegungen mit einzubeziehen ist.*

*Das Roden der Regenwälder  
das lassen sie sich nicht anlasten  
das ist die Habgier der Mestizen  
die alles  
- und das wissen sie genauer -  
auch die Zinsen vertressen  
statt pünktlich zu zahlen (wie's deutsche Art ist).*

*Die Kinder hier  
spüren die Furcht, die abends in die Familien getragen wird  
hören das machtlose Zungenschnalzen für den Entertainer  
den Planer und das bange Wachen, ob bei der Post nicht doch  
der Empfang des SPD-Manns ist  
und schon immer sahen diese Kinder  
Spielfilme, die habgierige Menschen machen  
über die souveränen Charaktere der Habgier  
und uns sehen sie, wie wir  
die Teller aufgefüllt und gesagt kriegen:  
komm isß und trink DU sei froh daß DU hast  
und was wir da essen ist ihre Zukunft.*

## IV.

*Und alles nur  
weil die Habgier schon aus den Kindern kommt  
schaut nur mal hin  
wie sie im Menschen wohnt.*

*So unabänderlich ist die Habgier  
zu entfernen niemals  
aus den Apparaten  
die die Menschen prägen  
weil es die Menschen sind  
aus denen die Habgier kommt  
so wie die Wissenschaft  
die Religion  
und die gerade geschnittenen Hecken.*

## V.

*Das vorgeschossene Kapital  
- von wenigen verfügt für die wenigsten -  
ist nicht der Grund!  
Es ist die Habgier!!  
in den Menschen!!!  
die das Kapital!!!!  
so böse macht!!!!  
ansonsten wäre es  
(wie sagt man?)  
wertfrei!!!!  
und wertfrei betrat es die Welt  
aber dann übernahm es  
von den Menschen den Gedanken  
alles zu verwerten  
und die Logik der Verwertung  
kam über das Kapital.*

**Je nach Konzentration und körperlicher Gewöhnung an die Droge hält ein Schuß Heroin etwa vier Stunden lang seine Wirkung. Die müssen genutzt werden, um Geld für das nächste Viertelgramm zu beschaffen.**

... nicht immer handelt die Stadt gegen die Süchtigen so konsequent, wie die Öffentlichkeit es gerne hätte. Im Fall eines Spritzenautomaten mußte der Volkszorn zur Selbstjustiz greifen. ... Mit Hilfe von zwei Wagenhebern und weiterem Brechwerkzeug ging der Pöbel ans Werk: Angeführt von der CDU-Landtagsabgeordneten Brunhild Decking-Schwill rissen kräftige Kerls den Kasten aus dem Pflaster ...

**Methadon erzeugt keinen Rausch, sondern stellt die Entzugserscheinungen von Heroin ab. Ein fast normales Leben wird möglich ...**

Stefan Lennardt

## DAS SPIESSERTUM SCHLÄGT ZURÜCK

### DROGENSUCHT UND DROGENPOLITIK IN DORTMUND

**Wenn in der Stadt Dortmund ein Mensch irgendwo an einer Überdosis Heroin verreckt, dann meldet die Polizei außer seinem Alter möglichst auch den Herkunftsort des Toten. Eines soll klar sein: Dortmunds Heroinabhängige sind im wesentlichen Zugereiste!**

Das sozialdemokratische Dortmund hat sich in den letzten Jahren zu einem der größten Zentren der Heroinsucht entwickelt. Und Dortmund ist exemplarisch für eine hilflose Drogenpolitik, die auf Verdrängung des Drogenproblems und auf die Verfolgung der Suchtkranken zielt. SPD, Polizei, Geschäftsleute und Öffentlichkeit verbanden sich bisher zu einer unheiligen Allianz. Langsam setzt in der Partei das Umdenken ein. Etwa 1500 Junkies - so schätzt die Polizei - leben in Dortmund ihre Sucht.

Ein Großteil von ihnen taucht mehrmals täglich am Platz von Leeds in der Dortmunder Innenstadt auf, um bei einem der vielen Kleindealer ein Stanniobriefchen mit Backpulver und einem schwankenden, geringen Anteil von Heroin zu kaufen. Je nach „Saison“ - die Versorgungslage kann mal etwas besser, mal schlechter sein - kostet dieser Schuß mit einem Material- und Arbeitswert von wenigen Pfennigen 70 bis 90 DM. Die Profite auf allen Stufen des Zwischenhandels sind enorm. Auch Kokain und verschiedene Pharmaka, vor allem das Aufputzmittel Captagon, finden in Dortmund großen Absatz.

Je nach Konzentration und körperlicher Gewöhnung an die Droge hält ein Schuß Heroin etwa vier Stunden lang seine Wirkung. Die müssen genutzt werden, um Geld für das nächste Viertelgramm zu beschaffen. Aus diesem Kreislauf gibt es kein Entkommen. Mit längerer Sucht steigt auch der Bedarf -

manchmal auf zwei bis drei Gramm am Tag. Der Beschaffungsstreß ist ungeheuer. Die Droge ist wichtiger als Essen, als Schlafen, als Freunde sowieso. Nur mit der Droge, so meinen Dortmunder Junkies, könnte man notfalls 100 Jahre alt werden. Aber nicht mit dem Leben, das ein Junkie führt. Für die Geldbeschaffung stehen Dortmunder Junkies vor allem drei Wege zur Verfügung. Anja (18) verlegt sich aufs Dealen: „Entweder ich vermittel, oder ich mach' auch mal selber was. Bisher bin ich so über die Runden gekommen.“ Markus (30) klagt sich seinen Bedarf zusammen: „Ich hab 'nen guten Hehler. Manchmal mache ich in Computern. Bei Karstadt steht immer ein Haufen mit dreißig, vierzig Stück. Kein Mensch merkt, wenn Du Dir einen unter den Arm klemmst.“ Ilona (27) muß sich prostituieren: „Das ist das Schlimmste: Die Beschaffung. Und das die Freier echt noch um ohne Gummi schachern.“

**Viele verdienen mit**

Insgesamt hat die Dortmunder Drogenszene einen täglichen Umsatz von einer Viertel- bis einer halben Million Mark. Diese Größenordnung macht deutlich, wieviele nichtsüchtige Dortmunder daran beteiligt sein müssen. Bei den prostituierten Männern am Hauptbahnhof oder bei den - meist sehr jungen - Frauen auf dem Straßenstrich rund ums Fina-Parkhaus läßt sich manche Mark sparen; die Preise sind erheblich günstiger als in Dortmunds „offiziellen“ Puff.

Viel Heroin wird in Dortmund durch Diebstahl bezahlt. In den großen Kaufhäusern und den Geschäften rund um den Platz von Leeds machen Armeen von Verkäuferinnen und Hausdetektiven Jagd auf süchtige Ladendiebe. Viel nützt das nicht, zumal der Absatz der gestohlenen Waren in Dortmund nicht sehr schwierig ist.

„Parfum wirst Du immer im Puff los, und wenn ich mit 'ner Lederjacke für 500 Mark, wo das Preisschild noch dranhängt, in 'ne Kneipe gehe und biete die für 200 an - die nimmt jeder, im Notfall der Wirt,“ meint Markus. Ein Hehler sei zwar immer sinnvoll, aber nicht unbedingt notwendig. Sogar Geschäftsleute kauften Geklautes immer gern. Jetzt hat Markus keine Zeit mehr. Ein Jogginganzug ist bis sieben bestellt.

Dortmunder Firmen liefern zwar offenbar weder Anlagen noch Rohstoffe zur Drogenproduktion an Drogenkartelle in Kolumbien oder Südostasien, wo deutsche Wertarbeit sehr beliebt ist. Aber daß von deutschen Großbanken gewaschene Drogendollars auch ihren Beitrag zum Strukturwandel des Ruhrgebiets leisten, ist nur eine Sache der Logik. Nicht nur das illegale Drogenkapital, auch viele Dortmunder verdienen nicht schlecht an der Sucht.

**Die Volksseele kocht**

Die meisten Geschäftsleute am Platz von Leeds fühlen sich geschädigt. Es geht gar nicht mal um die Diebstähle,

sondern eher ums Image. Wenn die Junkies sich auf den Blumenkübeln am Rand des Platzes mitten am Tag Heroin spritzten, fühlten viele Passanten sich abgeschreckt. Der „Dortmunder City-Ring“, eine Einzelhandels-Vereinigung, hatte nichts gegen Heroinsüchtige, wenn sie nur endlich abhauten. Die Stadt handelte. Nach einem Beschluß der Dezentalkonferenz ließ Planungsdezernent Bernd Reiff (SPD) im Oktober das Grünflächenamt seine Blumenkübel und Parkbänke auf LKWs laden. Die Junkies sollten sich nicht mehr so sicher fühlen, der kahle Platz leichter von der Polizei kontrolliert werden können. Dann würde das Problem sich schon verlagern - irgendwohin. Die Rechnung ging nicht auf. Zwar treiben die Süchtigen ihre Geschäfte heimlicher und zum Teil in weiterer Umgebung, aber eine Verdrängung gelang nicht. Die Junkies waren entsetzt über die Geste. Probleme mit der Polizei gibt es jeden Tag - der offizielle Fußtritt von der Stadt war in dieser Form neu. Aber nicht immer handelt die Stadt gegen die Süchtigen so konsequent, wie die Öffentlichkeit es gerne hätte. Im Fall eines Spritzenautomaten mußte der Volkszorn zur Selbstjustiz greifen.

Außer der Sorge um den nächsten Schuß bewegt auch die Dortmunder Junkies vor allem die Angst vor einer HIV-Infektion. Neben Schwulen, die ungeschützten Geschlechtsverkehr haben, sind Junkies die Risikogruppe Nummer Eins. Oft sind die Entzugserscheinungen so stark, daß über das Spritzbesteck nicht lange nachgedacht wird. Dann macht dieselbe blutige Spritze mehrmals die Runde. Inzwischen gehen die Junkies bewußter mit den Einwegspritzen um und besorgen sich möglichst immer eine neue. Schon an den Werktagen sind Dortmunds Apotheker nicht unbedingt kooperativ. Abends und an den Wochenenden sind normalerweise gar keine neuen Spritzen erhältlich. Drogenberatungsstelle und Gesundheitsamt sorgten deshalb für die Aufstellung eines Automaten, aus dem Heroinabhängige für eine Mark eine Spritze ziehen und

dabei die alte entsorgen können. Über den Standort in einem Wohngebiet der Innenstadt war niemand recht glücklich. Die Junkies mußten „auf dem Präsentierteller“ ihre Spritzen ziehen, die Polizei hätte sie aus sicherer Distanz beobachten und bei Bedarf „einkassieren“ können. Besonders unglücklich waren die Anwohner: Erstens „diese Leute“ ständig vor der Haustür („Unser Frauen trauen sich nachts nicht auf die Straße!“ wettete ein Anwohner.), und zweitens deren mangelndes Verantwortungsbewußtsein. Viele Junkies benutzten den Entsorgungsschlitz am Automaten nicht, sondern ließen ihre Spritzen irgendwo liegen, wo sie zum Beispiel von spielenden Kindern gefunden und mit nach Hause gebracht wurden.

Mit Hilfe von zwei Wagenhebern und weiterem Brechwerkzeug ging der Pöbel ans Werk: Angeführt von der CDU-Landtagsabgeordneten Brunhild Decking-Schwill rissen kräftige Kerls den Kasten aus dem Pflaster, transportierten ihn in einer Prozession zum Rathaus und luden ihn dort ab. Die Staatsanwaltschaft nahm sofort Ermittlungen auf: Gegen Drogenberatung und Gesundheitsamt. Sie hätten mit der Aufstellung des Automaten einem Mißbrauch des Betäubungsmittelgesetzes Vorschub geleistet, so der Vorwurf. Es dauerte Monate, bis die Ermittlungen vom Oberverwaltungsgericht gestoppt wurden. Der lebenswichtige Automat liegt immer noch im Keller des Gesundheitsamtes, weil das Gerangel um einen neuen Standort nicht zu Ende geht.

**Wer helfen will, hat's schwer**

Nicht nur bei der Aufstellung des Spritzenautomaten hatte die Dortmunder Drogenberatungsstelle DROBS Schwierigkeiten. Während im Gesundheitsamt ein desillusionierter Drogenpädagoge und eine engagierte AIDS-Beraterin als Ansprechpartner ausreichen müssen, kümmert sich die DROBS mit einer Handvoll Personal um alle Dortmunder Heroinsüchtigen.

Neben Drogenkaffee und einem Junkie-Frühstück einmal die Woche (die Mittel für zwanzig Brötchen und ein paar Tassen Kaffee sollten von der Stadt gestrichen werden) versuchen die Drogenberater, möglichst vielen Junkies das persönliche Gespräch anzubieten. Eine hoffnungslose Überlastung.

Allein der Dienstweg vor einer Therapie, die Suche nach einem geeigneten Therapieplatz und vor allem nach dem Kostenträger sind ungeheuer zeitaufwendig. Nur wenige Therapieversuche führen gleich zum Erfolg, langfristig etwa vierzig Prozent. An eine dringend notwendige Betreuung nach der Therapie, an Wohnungs- oder Jobvermittlung, um vor dem Abgleiten in die alte Szene zu schützen, ist nicht zu denken. Die Räume der DROBS wurden gekündigt, der neue Standort liegt zwei Kilometer von der „Platte“ entfernt. Erst mit dem in jüngster Zeit gewachsenen Interesse an Drogenpolitik - vor allem wegen der vielen „Drogentoten“ - gelang es, den politischen Druck auf SPD und Stadtverwaltung wirksam zu verstärken.

Denn im März veränderte die Dortmunder SPD immerhin ihr drogenpolitisches Konzept. Im Rat der Stadt beschloß sie ein Maßnahmenpaket, das die bisherige „Unser Dorf soll schöner werden“-Politik etwas in den Hintergrund stellt und aus dem der deutliche Wille spricht, die Situation der Abhängigen zu verbessern. Damit folgte sie Forderungen, die innerhalb der Partei vor allem die Dortmunder Jungs vertreten hatten. Die Stadt will sich für verbesserte Therapiemöglichkeiten und eine verstärkte Anwendung des Prinzips „Therapie statt Strafe“ einsetzen. Bei der Stadtverwaltung und in der Drogenberatungsstelle wurden zusätzliche Stellen für die Arbeit mit Süchtigen eingerichtet - nicht viele, aber immerhin.

### Methadon als letzter Ausweg?

Wichtigster Punkt im Konzept der Dortmunder SPD ist der Antrag auf Aufnahme in das nordrhein-westfäli-

sche Methadonprogramm. NRW-Gesundheitsminister Heinemann hat inzwischen signalisiert, daß auch in Dortmund demnächst 25 der 1500 Heroinabhängigen unter Aufsicht einmal täglich die Ersatzdroge Methadon erhalten. Der Hersteller ziert sich noch - aus moralischen und juristischen Erwägungen, wie es heißt. Bisher bekommen in Dortmund nur solche Junkies Methadon, die im Endstadium an AIDS erkrankt sind. Dann und wann wird ihnen Geld für eine Spritze HIV-infiziertes Blut geboten. Manchen Junkies erscheint AIDS immerhin als Ausweg aus der Heroinsucht - wenn sie mit Methadon substituiert würden.

Methadon wurde in Nazideutschland als Schmerzmittel entwickelt und angeblich unter dem Namen „Adolfin“ bekannt. Seitdem verdienen die Farbwerke Hoechst sich an der Entzugsdroge eine goldene Nase. Methadon erzeugt keinen Rausch, sondern stellt die Entzugserscheinungen von Heroin ab. Ein fast normales Leben wird möglich, wenn jeden morgen pünktlich (und an 365 Tagen im Jahr) die Droge eingenommen wird. Der Beschaffungsstreß ist vorläufig vorbei. Methadon kann dann langsam herunterdosiert werden, um den Junkie langfristig „clean“ werden zu lassen.

Methadon ist umstritten. Auch die Dortmunder Drogenberatung hält nicht viel davon. Eine Sucht durch eine andere zu ersetzen - was hilft das? Dem Drill, den die tägliche Methadoneinnahme bedeutet, sind viele Junkies nicht gewachsen. Heroinsucht bedeutet heute meist gleichzeitig die Abhängigkeit von Tabletten, Kokain und anderen Giften, die mit Methadon nicht zu bekämpfen ist. Manche Junkies nehmen zusätzlich zu Methadon andere Drogen, was durch Urintests verhindert werden soll. Die Erfolgsquoten bei einer Methadontherapie sind bislang gering.

Noch ein anderes Problem spaltet die Drogenexperten in Befürworter und Gegner von Methadon: Die Motive der Hilfe für kranke Menschen oder vielmehr - wie in den Methadonprogrammen, die seit den sechziger Jahren in

den USA durchgeführt werden - um die Bekämpfung von AIDS und Kriminalität? Hat der Staat ein Recht, Drogen sozusagen zur Ruhigstellung der Betroffenen kostenlos auszugeben?

Dortmunds Junkies sind an diesen Argumenten nicht interessiert. Nur wenige haben noch irgendwie „Spaß“ an ihrer Sucht und wollen auch weiter süchtig sein. Fast alle würden jederzeit auf Methadon umsteigen, Hunderte werden sich bewerben. Aber Volljährigkeit und zwei erfolglose Therapieversuche sind Bedingung für eine Aufnahme ins Methadonprogramm - eine hohe Schwelle. Zu hoch für die meisten.

Auch wenn guter Wille erkennbar ist: Das Dortmunder Drogenkonzept ist fragmentarisch und reicht nicht aus, um die Situation der Abhängigen wirksam zu verändern. Das gilt analog für alle anderen deutschen Großstädte in der Bundesrepublik und bei steigender Kaufkraft demnächst auch in der Ex-DDR. Viel mehr müßte getan werden, um das gesellschaftliche Klima für Suchtkranke, vor allem um die Möglichkeit zur Therapie zu verbessern. Und selbst das kratzt nicht an den gesellschaftlichen Ursachen von Sucht. Heroin ist einfach nur die extremste und profitabelste Form von Verzweiflungsmedikation.

spw.

FRAUENFRAGEN

# Kapitalismus und Patriarchat

## Die doppelte Vergesellschaftung von Frauen

### Ein Gespräch mit Ursula Beer

Margret Steffen: Ursula Beer, nach der Lektüre deines Buches ist kaum noch daran zu zweifeln, daß Kapitalismus und Patriarchat in einem ursächlichen Zusammenhang stehen. Dieses Ergebnis ist für mich nicht neu. Warum hast Du dich noch einmal diesem Thema zugewendet?

Ulla Beer: Warum dieses Thema ... Zunächst aus einem ganz berufspraktischen Erfordernis. Ich lehre im Bereich Sozialstrukturanalyse, muß Studierenden Kenntnisse vermitteln über die Grundzüge vor allem der bundesdeutschen Sozialstruktur, deren

Institutionen, ihrer Funktionszusammenhänge. Aber buchstäblich alle Lehrbücher zu sozialer Ungleichheit sehen Ungleichheit als eine der von Klassen oder Schichten, beiläufig werden dann auch die Ausländer, Behinderten, Alten und Frauen erwähnt z.B. als Problemgruppen des Arbeitsmarktes. Dabei wird übersehen, daß Schichten oder Klassen auch aus Frauen bestehen. Die Geschlechtsblindheit der Soziologie gerade auch in Lehrbüchern bedeutet, daß ich entweder Inhalte vermitteln muß, die beim gegenwärtigen Forschungsstand als unzulänglich bezeichnet werden können. Oder daß ich, wie jahrelang praktiziert, ad-hoc-Erklärungen finden muß. Hierfür ein Beispiel: Wenn ich den Studierenden eine geschlechtsneutrale Arbeitsmarkttheorie vorstelle, wie kann ich dann empirische Forschungsergebnisse oder Statistiken interpretieren, die, um es vorsichtig auszudrücken, durchaus nahelegen, wir hätten es hier mit einer spezifischen Benachteiligung der Hälfte der Bevölkerung zu tun?



*Margret Steffen: Was unterscheidet deine Untersuchung von den bisherigen Ergebnissen der Frauenforschung?*

**Ulla Beer:** Zuallererst die Fragestellung selbst, die in der Frauenforschung relativ neu und bisher unbearbeitet ist: „Geschlecht als Strukturmerkmal“. Worin bestehen diese „Strukturen“, kann Patriarchat als Struktur verstanden werden? Die Frauenforschung spricht hier stattdessen von „System“, dasselbe gilt für Kapitalismus. Aber auch der Systembegriff ist bisher nicht präzisiert. Kapitalismus als Strukturbedingung moderner westlicher Industriegesellschaften ist von der Linken im Anschluß an Marx schon immer untersucht worden, allerdings ohne ausreichende Berücksichtigung seiner Geschlechtsspezifität; hieran versuche ich anzuknüpfen.

Den Unterschied meiner Sichtweise im Vergleich mit anderen Sichtweisen möchte ich am Entwurf der „doppel-

ten Vergesellschaftung“ von Regina Becker-Schmidt noch etwas deutlicher machen, da ich diesen Begriff ebenfalls verwende. Unter „doppelter Vergesellschaftung“ versteht sie die Einbindung von Frauen in zwei gesellschaftliche Arbeitsbereiche, d.h. die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Beruf und Familie. Mein Verständnis dieser „doppelten Vergesellschaftung“ unterscheidet zwischen Vergesellschaftung des **Arbeitsvermögens** in Erwerb und Familie, über eine marktvermittelte Ökonomie und eine familienvermittelte Versorgungsökonomie, und einer Vergesellschaftung des **Fortpflanzungsvermögens** der Geschlechter. Mit dieser Sichtweise suche ich aus einer ökonomistischen Tendenz der Frauenforschung herauszukommen, die m.E. auch dem Rekurs auf die geschlechtliche Arbeitsteilung innewohnt. Frauen werden nicht lediglich deshalb sozial benachteiligt, weil ihre Arbeitskraft umsonst der Familie zur Verfügung stehen soll, sondern eben auch deshalb, weil sie Kinder gebären und weil dieses zunächst rein biologische Vermögen in eine ganz spezifische Vergesellschaftung eingelassen wird: Staat und Kirche beanspruchen das Monopol, darüber zu entscheiden, ob eine Frau eine Schwangerschaft austragen will oder nicht. Die Sexualität einer Frau oder ihr Fortpflanzungsvermögen ist spezifisch patriarchalen Übergriffen ausgesetzt, die ihre persönliche Integrität verletzen und verletzen sollen, z.B. sexuelle Nötigung und Vergewaltigung. Und nicht zuletzt wird die **biologische Fähigkeit** zur Mutterschaft unter kapitalistischen und zugleich patriarchalen Bedingungen in einen **sozialen Zwang** zur Ableistung unentgeltlicher Versorgungsleistungen umgemünzt, die keineswegs nur dem Kind, sondern eben auch gesunden, erwachsenen und arbeitsfähigen Männern gelten sollen. Mit diesem Argument stelle ich die Verbindungslinie zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung her und spreche deshalb von einer „doppelten Vergesellschaftung“ des Arbeits- und Fortpflanzungsvermögens.



*Margret Steffen: Für Frauen, die politisch arbeiten, ist immer auch die Frage interessant, daß - wenn es Strukturmerkmale für die Diskriminierung von Frauen gibt - Strukturen aber auch verändert werden können. Wo ist dann anzusetzen und mit welchen Mitteln? Also, wo siehst du heute solche Strukturmerkmale für die Diskriminierung von Frauen?*

**Ulla Beer:** Das zentrale Strukturmerkmal für Frauendiskriminierung ist die Art und Weise, wie in einer industrialisierten Gesellschaft wie der unsrigen „Arbeit“ und „Fortpflanzung“ sozial geregelt sind. Eine (kapitalistische) Marktökonomie kann nur dann profitabel und rational arbeiten, wenn sie keinerlei Verantwortung für die gesellschaftlich-individuelle Reproduktion von Frauen und Männern zu übernehmen braucht, die über die Lohn- oder Gehaltszahlung hinausgeht. Patriarchat ist an diesem Arrangement, daß dem weiblichen Geschlecht all jene Arbeitsleistungen angeschlossen werden, die sich der Marktrationalität nicht unterordnen lassen und die gleichzeitig unabdingbar sind, um ein Sozialgebilde überhaupt am Leben zu erhalten. So gesehen „beutet“ eine kapitalistische Ökonomie das gesamte Sozialgebilde aus, von dem es „lebt“, und bedient sich zu diesem Zweck der Frauen. Aber nicht nur dieser - es beutet nicht nur menschliche Ressourcen aus, die gar nicht auf dem (Arbeits-) Markt erscheinen, sondern eben auch andere gesellschaftliche Ressourcen wie Umwelt, Ökologie als solche.



*Margret Steffen: Warum verhalten sich diese Strukturen so resistent gegenüber Veränderungsversuchen?*

**Ulla Beer:** Wir müssen die Dinge zunächst in ihrem Zusammenhang erkennen können. Mein Buch will zu dieser Erkenntnis einen Beitrag leisten.

Sofern die Grundlinien meiner Argumentation tragfähig sind, wird uns aber auch deutlich, wie festgefahren und eingespielt diese „Strukturen“ und „Funktionszusammenhänge“ sind. Die spezifische Vergesellschaftung von Frauen, besonders wenn sie Mütter werden oder sind, ist zum Beispiel rechtlich, insbesondere arbeits- und sozialrechtlich, regelrecht zementiert. Zementiert werden diese Verhältnisse aber auch durch die hartnäckige Weigerung von Männern, an dem Zustand, der sie privilegiert, etwas zu ändern. Hinzukommt, daß die strukturellen Bedingungen des Arbeitsmarktes, der Ökonomie insgesamt, dazu beitragen, Männer dort zu halten, wo sie sind, selbst wenn sie an diesem Zustand etwas ändern wollen. Gründet ein erwerbstätiges Paar eine Familie, ist es noch immer durchaus rational, daß die Frau und nicht der Mann zuhause bleibt oder die Erwerbsarbeit reduziert, weil sein Gehalt ca. 1/3 über dem ihrigen liegt. Mit der Gründung einer Familie verfügt ein Mann aber auch über eine überzeugende Begründung, sich seinem beruflichen Fortkommen voll zu widmen, denn er muß ja „eine Familie ernähren“.



*Margret Steffen: Wo siehst du Ansatzpunkte für eine Ausweitung der Handlungs- und Gestaltungsspielräume für Frauen?*

**Ulla Beer:** Die einzelnen Mechanismen der Diskriminierung von Frauen sind der Frauenforschung längst bekannt. Ich suche sie, wie gesagt, in einen inneren Zusammenhang zu bringen. Aus dieser Vorgehensweise resultieren sicherlich auch Überlegungen zu Gestaltungsspielräumen. Wenn es zutrifft, daß ein zentraler „Kitt“ unseres Sozialgefüges im bestehenden Geschlechterarrangement besteht, das Frauen ansinnigt, die mindere und von Männern verschmähte Erwerbsarbeit anzunehmen, sie auch hinnehmen läßt, daß ganze Branchen sich auf billige Frauenerwerbsarbeit einrichten, wenn dieser Kitt auch darin besteht,

daß Frauen sich für unentgeltliche Versorgungsleistungen zuständig halten und noch dazu physisch-psychische „Ausbeutung“ im Intimbereich hinnehmen, dann würde ich folgende Schlußfolgerungen ziehen: Frauen nehmen bereits 'Gestaltungsspielräume' in Anspruch, wenn sie sich durch Ehe- und Kinderlosigkeit diesem Arrangement weitgehend entziehen und stattdessen Erwerbsarbeit zur eigenen Existenzsicherung ausüben.

Diese 'Lösungen' sind aber sowohl individuell als auch gesellschaftlich unbefriedigend. Frauen, das belegen einschlägige Untersuchungen immer wieder auf neue, wollen Familie und Beruf miteinander vereinbaren können. Kinder und Lebensgefährte gehören nach wie vor für viele zur Lebensplanung. Damit laufen Frauen natürlich immer wieder in die Falle dessen, was die Gesellschaft nun mal für sie vorgesehen hat: Diskontinuierliche Berufsbiographie, Verzicht auf sozialen Aufstieg, Familienarbeit, ökonomische Unsicherheit, Armut im Alter.

Ansatzpunkte zu einer Veränderung der gegenwärtigen Geschlechtermiserie fänden sich sicherlich im staatlich-administrativen Bereich, etwa verstärkte Frauenförderung, Abbau sozialrechtlicher Benachteiligungen, Anhebung der Anzahl von Einrichtungen zur Kinder-, letztlich auch Altenbetreuung. Betriebliche Frauenförderung wäre eine weitere Möglichkeit, ebenso aber auch eine betriebliche Männerförderung durch Teilzeitarbeitsplätze, flexible Beschäftigungsmodelle. Auf gewerkschaftlicher Ebene sind die Strategien zur Durchsetzung einer Verkürzung der Tagesarbeitszeit zu begrüßen. **Aber:** All dies unterliegt starken strukturellen Verfestigungen, die allesamt darauf hinwirken, Frauen dort zu halten, wo sie sind. Sicherlich haben Frauenforschung und -bewegung hier bereits Erfolge erzielt, doch viel hat sich in den vergangenen Jahren nicht geändert. Möglicherweise - und das mag resignativ klingen - bleibt Frauen ohne eine schlagkräftige soziale Bewegung zunächst nichts anderes übrig, als individuelle Lösungen zu suchen: „seiner“ Gleichgültigkeit im Privat-

bereich den Krieg zu erklären oder ihn zu verlassen, mit Kindern, so vorhanden, ein Arrangement zu finden, das „sie“ entlastet, konsequent berufliche Ambitionen zu verfolgen. Wichtig scheint mir vor allem, daß Frauen es sich nicht nehmen lassen sollten, um ihre Position im Erwerbsleben und in der Politik **zu kämpfen** und vorzugsweise nicht in individueller Isolierung, sondern **kollektiv**. Sie haben die Gesellschaft, in der wir leben, nicht aktiv mitgestaltet. Sie müssen in die Lage versetzt werden, gesellschaftlichen Wandel nach ihren Bedürfnissen mitgestalten zu können, allein aus diesem Grund ist es unabdingbar für Frauen, in die Bereiche von Macht und Einfluß vorzudringen.



*Margret Steffen: Untersucht hast du bisher das Verhältnis von Kapitalismus und Patriarchat. Was bedeutet aus deiner Sicht das Hereinbrechen der sich auflösenden Strukturen und Mechanismen des „real existierenden Sozialismus“ für die Frauenpolitik in der bisherigen BRD einerseits und für die Frauenpolitik eines zukünftig geeinten Deutschlands?*

**Ulla Beer:** In feministischer Perspektive vereinigen sich mit Deutschland West und Deutschland Ost ein kapitalistisches und ein ehemals sozialistisches Patriarchat, wobei letzteres am Tropf des ersteren hängt. Noch anders formuliert: Das sozialistische Patriarchat drängt an die Geldtöpfe, Erwerbchancen und Einflußsphären der bisherigen Bundesrepublik. Der bundesdeutsche Kuchen, bisher schon sehr ungleich zwischen Frauen und Männern aufgeteilt, wird noch einmal aufgeteilt werden. Wir dürfen darüber spekulieren, auf wessen Kosten das geschehen wird. Bereits voll in Gang ist die Rückverwandlung der DDR-Frau, die bisher die Mehrheit der Erwerbstätigen dort stellte, zur Hausfrau mit vermutlich 'geringfügiger' Beschäftigung. Jedes dritte Kind eines Geburtsjahrgangs wurde in der DDR bisher von einer alleinerziehenden Mutter aufgezogen,

in der Bundesrepublik waren es ganze 11 %. Was geschieht mit diesen Frauen, die dringend auf Vollerwerbstätigkeit und Kinderversorgungseinrichtungen angewiesen sind? Dem Vernehmen nach ist der Pflege- notstand in der bisherigen DDR noch um einiges katastrophaler als bei uns. Was geschieht mit den Betroffenen? Sieht man das Ei des Kolumbus vielleicht darin, daß Pflegenotstand und Abbau von Kinderversorgungseinrichtungen ein hervorragendes Betätigungsfeld für die nunmehr nicht benötigten weiblichen Erwerbsarbeitskräfte darstellen?

Ich halte diese Entwicklung für möglich, sie könnte sich gewissermaßen naturwüchsig vollziehen, ohne jegliche staatlich-administrative Eingriffe. Man muß die Dinge nur laufen lassen. Dann würde sich das Heer der Sozialhilfeempfängerinnen gewaltig ausweiten, Frauenarmut im geeinten Deutschland noch ganz andere Dimensionen wie bisher annehmen.

Umgekehrt ist absehbar, daß Männer, die „schließlich eine Familie ernähren müssen“, eine beschäftigungspolitische Vorzugsbehandlung erfahren: durch berufliche Qualifizierungsmaßnahmen, bei der Vergabe von Jobs, bei der Gewährung von Aufstiegschancen, letztlich sogar bei der Vergabe von politischen Mandaten. Damit in Zusammenhang befürchte ich Rückschläge in der Institutionalisierung der Frauenforschung, in der Bereitschaft zu einer konsequenten Frauenförderung sowie Einschnitte bei vielen autonomen Projekten, denen öffentliche Mittel gestrichen werden. Mit der Einheit Deutschlands kann also der frauenpolitische Frühling, der sich gerade in kleinen Ansätzen andeutete, schon vorbei sein - nämlich dann, wenn nach der Bundestagswahl der nationale finanzielle Notstand ausgerufen wird. Analoges dürfte für die ehemalige DDR gelten, wengleich in anderer Konstellation. Schon seit Monaten ist zu hören, daß im dortigen Wissenschaftsbetrieb vorzugsweise Frauen ihre Anstellung verlieren, die sie im Zuge sozialistischer Frauenpolitik erworben haben. Meine Einschätzung noch einmal knapp zusammengefaßt: Die Frauen

in Ost und West werden aller Voraussicht nach die Verliererinnen der Einheit Deutschlands sein, das ostdeutsche Patriarchat muß schließlich untergebracht, letztlich auch finanziert werden. Wenn wir Frauen jetzt nicht aufpassen, werden wir von dieser Entwicklung überrollt werden: deshalb ist es dringlicher als je zuvor, gemeinsam politische Strategien zu entwickeln und durchzusetzen. Verglichen mit absehbaren geschlechtsspezifischen Verteilungskämpfen um Arbeitsplätze und Aufstiegschancen scheint mir die Debatte um den § 218 geradezu als Ablenkungsmanöver, so wichtig diese Diskussion als solche ist.



*Margret Steffen: Die Ansätze der Frauenförderung der BRD hatten eine lange Vorlaufzeit in der Frauenbewegung mit heftigen wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen um die Mechanismen und Strukturen der Geschlechterungleichheit im Kapitalismus. Meine Vermutung ist nun, daß diese Debatten in der ehemaligen DDR nicht angekommen sind und unsere Forderungen für die DDR-Frauen nicht ohne weiteres einsichtig sind.*

**Ulla Beer:** Dazu müssen wir bedenken, daß die DDR-Frauen unter völlig anderen Bedingungen lebten als wir: Erwerbstätigkeit als Selbstverständlichkeit, damit aber auch ökonomische - relative - Sicherheit, sicherlich verbunden mit hoher zusätzlicher Belastung durch Haushalt und Versorgungsprobleme, noch dazu vollkommen abgeschottet von unserer Frauenbewegungsliteratur und festgelegt auf die sozialistische Frauenemanzipationstheorie, deren Geltung wir schon seit zwanzig Jahren in Zweifel ziehen.

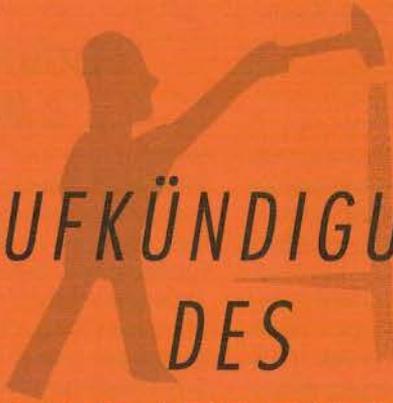
Von daher mögen den DDR-Frauen, so frauenpolitisch engagiert sie auch sind, viele unserer Debatten als aufgesetzt oder gar luxurierend erscheinen. Aus ihrer spezifischen Lebenssituation heraus dürfen sie das auch tatsächlich gewesen sein. Es wäre aber ein gravierender

Kurzschluß, ihnen deshalb ein „rückständiges Bewußtsein“ zu attestieren und ihnen gewissermaßen nahezulegen, erst einmal zwanzig Jahre Frauenliteratur nachzulesen, bevor sie mitreden dürfen. Was stattdessen frauenpolitisch gefordert ist: Verständnis für ihre spezifische Situation und die damit verbundenen neuen Probleme, die wir, eingübt in unsere Gesellschaft, schärfer sehen mögen als ihnen das bisher möglich ist. Wir wissen wiederum ja auch relativ wenig über den realsozialistischen Frauenalltag der Vergangenheit, denn auch uns erreichten letztlich nur diejenigen Informationen, die zensiert über die Mauer kamen. Und, das scheint mir am wichtigsten zu sein, wir müssen unsere Kampferfahrungen in eine solidarische Debatte einbringen, ohne uns als die Überlegenen zu gerieren. Als „überlegen“ erweist sich allenfalls unser Gesellschaftssystem, überlegen auch in seiner spezifischen Verflechtung von Marktwirtschaft und Patriarchat. Die DDR-Frauen werden ihm zunächst relativ ungeschützt ausgesetzt sein, weil sie die „Geschäftsbedingungen“ noch nicht kennen. Sich hier solidarisch zu verhalten, ist letztlich auch in unserem Interesse: Ein neues Sozialgebilde formiert (oder strukturiert) sich, und wenn die These zutrifft, daß Strukturen sich im Handeln von Individuen und Kollektiven erst konstituieren, dann sind wir **jetzt** gefordert.



MARGRET STEFFEN

# DER S T A N D DER DINGE -



## AUFKÜNDIGUNG DES GESCHLECHTERVERTRAGES

ANMERKUNGEN ZU URSULA BEERS BUCH:  
„GESCHLECHT, STRUKTUR, GESCHICHTE -  
SOZIALE KONSTITUIERUNG DES  
GESCHLECHTERVERHÄLTNISSES“,

FRANKFURT A.M./NEW YORK 1990, CAMPUS, 330 SEITEN

Der wohl wichtigste politische und wissenschaftliche Beitrag der Frauenbewegung war, Frauen als soziale und politische Gruppe kenntlich zu machen, die definiert ist durch männliche Überlegenheit und weibliche Unterdrückung.

Ein weiterer Beitrag der Frauenbewegung war immer auch der Versuch, die Mechanismen der Unterdrückung und Unterordnung zu erkennen sowie Überlegungen anzustellen, wie dieser unselige Zustand zu beenden ist.

Ging es in den 70er Jahren noch darum, insbesondere durch Anpassungsqualifizierung und Steigerung der Belastungsfähigkeit, Frauen an die vermeintlich besseren Männer anzupassen, stehen heute Handlungsstrategien wie eine systematische Frauenförderung, Qualifizierung in zukunfts- und technisch-orientierten Berufen, Quotierung und Wochenarbeitszeitverkürzung zur Diskussion, die auf die Beseitigung männlicher Domänen, Privilegien und Strukturen abzielen. Gerade zur rechten Zeit, wo Frauen auf verschiedensten Ebenen gegen diskriminierende Strukturen der Politik der Rechts-, Arbeits- und Sozialverfassung anzugehen versuchen, hat Ursula Beer ihr Buch „Geschlecht, Struktur, Geschichte“ auf den Markt gebracht.

Ausgehend von der Überlegung, daß die Strukturen der Unterdrückung erkannt sein müssen, um sie zu beseitigen, hat mich bereits der Titel „Geschlecht, Struktur, Geschichte“ in zweierlei Hinsicht gereizt: Einerseits signalisierte er, daß die heutigen vielschichtigen kulturellen und ökonomischen Diskriminierungstatbestände möglicherweise gemeinsame strukturierende Merkmale aufweisen, die sich historisch erklären lassen. Andererseits steht die Frage an, ob diese diskriminierenden Strukturmerkmale von der Frauenbewegung erkannt sind und ob es, darauf bezogen, politische Forderungen und Handlungsstrategien gibt bzw. inwieweit Ergänzungen und Korrekturen notwendig sind, damit diese in neuer Form strukturierend und verändernd wirksam werden können.

Diesem Spannungsbogen zwischen Theoriebildung und ihrer Bedeutung als handlungsleitende Instanz geht Ursula Beer

denn auch in ihrer Untersuchung nach. Sie fragt einerseits nach dem Verhältnis von Struktur und Handlung, von Gesellschaft und Individuum und andererseits nach dem Verhältnis von Struktur und Geschichte. Ihr Schwerpunkt sind die sozio-ökonomischen Dimensionen der Konstitution des Geschlechterverhältnisses und damit Fragen nach den strukturellen Bedingungen der Gesellschaft, die Geschlechterungleichheit konstituieren und reproduzieren.

## GESCHLECHTERUNGLEICHHEIT & MARKTÖKONOMIE

Im ersten Schritt versucht Ursula Beer, sich den Vergesellschaftungsprinzipien industriekapitalistischer und patriarchaler Vergesellschaftung von Arbeitskraft anzunähern. Sie untersucht vor dem Hintergrund feministischer Forschung und Theoriebildung ganz unterschiedliche Ansätze: das Modell der „New Home Economics“, Aspekte der Marxschen Klassentheorie und Arbeitswertlehre, Ansätzen der Neuen Linken, der kritischen Theorie der Frankfurter Schule auf ihren Gehalt für die Analyse von Arbeitsteilung, Existenzsicherung und Geschlechterungleichheit. In diesem Umfang und in dieser Breite bisher noch nicht so dargestellt und für die feministische Forschung aufbereitet, deckt sie sowohl die Verbindungslinien innerhalb und zwischen diesen Theorieansätzen und in der Frauenforschung, aber auch ihre „blinden Flecken“ und „Chiffren“ auf, hinter denen das Geschlechterverhältnis versteckt wird.

Würde das Buch an dieser Stelle enden, hätte Ursula Beer in einem zentralen Feld feministischer Forschung zumindest den Nachweis über eine Reihe von Defiziten in der soziologischen und feministischen Theoriebildung sowie das Ergebnis erbracht, daß die untersuchten Ansätze zwar von einer komplexen Strukturiertheit der bürgerlichen Gesellschaft ausgehen, die sie aber letztinstanzlich mehr oder weniger explizit auf die Ökonomie als Motor gesellschaftlicher Entwicklung reduzieren.

Solche Ergebnisse der Ausgrenzungs- und Nichtbeachtung



der „Frauenfrage“ oder richtiger, des Geschlechterverhältnisses sind bekannt. Ursula Beers Untersuchung geht jedoch weiter: Sie holt den Strukturbegriff aus der Enge des „Hauptwiderspruchs“ von Kapital und Arbeit. Sie greift hierbei auf Überlegungen des strukturalen Marxismus Althusser und Godeliers zurück und untersucht zum Beispiel deren Interpretationen der Begriffspaare Objektivität und Subjektivität, Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse auf deren „Brauchbarkeit“ für die feministische Forschung. Das Resultat ist eine Weiterentwicklung originär ökonomischer Begrifflichkeiten, ihre Transformation zu einem gesellschaftlichen Bezugsrahmen, der das Geschlechterverhältnis durch Arbeitsteilung und Fortpflanzung bestimmt sieht. Die in der Frauenforschung noch immer offene Frage des theoretischen und politischen Stellenwerts unentgeltlicher Frauenarbeit wird von ihr mit der Begründung beantwortet, die Industriegesellschaft habe das Erfordernis einer „Versorgungsökonomie“ hervorgebracht. In ihrer Verschränkung mit der „Marktökonomie“ von Arbeit und Kapital reproduziere sie auch gegenwärtig die sozio-ökonomische Ungleichheit der Geschlechter.

Auf dieser Grundlage geht sie in ihrem historisch-empirischen Teil der zunehmenden Ausdifferenzierung von Familie und Erwerb, sowie den damit in Zusammenhang stehenden Folgen für Frauen nach. Sie untersucht die Herausbildung des „Familien- und Arbeitsrechts als Garanten von Geschlechterungleichheit“, den „Historischen Wandel von Arbeitsteilung und Fortpflanzung“ und das „Geschlechterverhältnis in seiner Bindung an historisch-besondere Eigentumsformen.“

## AUFKÜNDIGUNG DES GESCHLECHTERVERTRAGES

Auf diese Weise kommt sie zu einigen überraschenden Konstitutionsbedingungen des Geschlechterverhältnisses, die in dieser Zusammenschau bisher noch nicht vorgestellt wurden. So z.B. die patriarchale Struktur des Rechts, das Frauen von Rechten an Eigentum ausschließt und gleichzeitig mittels Normierung ihrer Rechte an Person und Körper enteignet, oder die Schließungsprozesse des Arbeitsmarktes über Vergesellschaftung, Eigentum, technologische Entwicklung und über die Bewertung von Berufen. Ihr Ergebnis ist: daß der Kapitalismus eine hochentwickelte Form von Ge-



schlechterherrschaft darstellt, der durch sozialstrukturelle Mechanismen verfestigt und immer wieder reproduziert wird. Bemerkenswert ist zudem, daß das bundesdeutsche Geschlechterpatriarchat sich im Vergleich zu anderen

europäischen Ländern geschlechterpolitisch als ein Bollwerk von Kapitalismus und Patriarchat zeigt, weitgehend intakt auf der Basis von Wirtschaftsmacht und Gesellschaftsverfassung. Ein Faktum, das, wie ich meine, der hiesigen Frauenbewegung und Frauenpolitik Anlaß geben sollte, Einstellungen, Verhaltensweisen und Strategien zu überprüfen.

Was ansteht ist die Aufkündigung des Geschlechtervertrages, in Form der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, der Sozialverfassung bis hin zur Aufkündigung von Geschlechterarrangements auf der Beziehungs- bzw. Familienebene. Damit aber stehen Frauen vor der Frage, wie es gelingt, die Verfügung über gesellschaftliche Ressourcen wie Geldeinkommen, Zugang zu begehrten Erwerbs- und Einflußchancen in Wirtschaft, Politik, Recht und Kultur zu verbessern. Gefragt sind Handlungsstrategien, die sich auf die gesellschaftlich strukturierenden Prinzipien und zugleich ihre empirisch feststellbaren, jeweils spezifischen Phänomene beziehen.

In diesem Sinne läßt das Buch von Ursula Beer nicht nur den Zweifel aufkommen, ob das Kapitalverhältnis als primäres Vergesellschaftungsprinzip noch Gültigkeit hat - wie es im Klappentext heißt: „für mich ist es gleichzeitige Absage an Globaltheorien, die gesellschaftliche Verhältnisse nur bedingt erfassen, ein Plädoyer für Theorie- und Strategieansätze mittlerer Reichweite und nicht zuletzt eine Fundgrube für eine Neuinterpretation, für Ergänzungen und Korrekturen bisheriger Frauenforschung und deren politische Umsetzung im gesellschaftlichen Handlungszusammenhang. Insofern zeigt Ursula Beer nicht nur den Stand der Dinge, sondern ihr Buch kann als ein zukünftiges und weiter zu präzisierendes Forschungs- und Politikprogramm gelesen werden.

spw.

# VISION

URSULA BEER

## DER NEBENWIDERSPRUCH DER POSTMODERNE

Der Titel des Beitrags enthält gleich zwei Reizworte: Nebenwiderspruch und Postmoderne. Sich auf den Nebenwiderspruch zu berufen, erinnert an die Flügelkämpfe der Frauenbewegung vor zwanzig Jahren, ob nun „das Kapital“ die Frauen ausbeute, unterdrücke oder benachteilige oder ein ganz gewöhnliches Patriarchat, wobei weitgehend offenblieb, wie beide miteinander verbunden sind. Denn auch die hartgesotenste Marxistin bestritt nicht die Existenz des letzteren, wollte es jedoch im sogenannten „Überbau“ verortet wissen, der sich bekanntlich aus der „Basis ableitet“. Der Titel suggeriert Parteinahme in einem Streit, der mittlerweile weitgehend beigelegt ist, zumal der realverschwindende Sozialismus nahelegt, dort habe es auch nicht besser gestanden als „bei uns“. Wenn ich dennoch diesen Begriff verwende, will ich etwas ganz anderes zum Ausdruck bringen: daß die Berufung auf den Nebenwiderspruch auch im Sinne einer Metapher verstanden werden kann. Als Metapher lebt der Nebenwiderspruch in vielfältiger Gestalt fort und stellt auf diese Weise einen Beitrag zur Lösung dessen dar, was unter Sozialistinnen heute noch als „Frauenfrage“ diskutiert wird.

Damit komme ich zu meinem zweiten Reizwort: der Postmoderne. Dieser Begriff zeichnet sich nicht durch den Rekurs auf Allhergebrachtes aus, wie der Nebenwiderspruch zumindest nahelegt. Ganz im Gegenteil, seine Suggestivkraft bezieht er geradezu aus der Unterstellung, daß nichts mehr gilt, woran wir stets glaubten: die Klassen sind verschwunden und haben sich „individualisiert“, ein grundlegender Wertewandel hat stattgefunden und damit wird auch dem guten, alten Kapitalismus das Wasser abgegraben - nur Workaholics sind noch auf Erwerbsarbeit fixiert, die meisten sehen sie recht locker und wenden sich „informellen Tätigkeiten“ zu. Selbst das Patriarchat liegt in den letzten Zügen - man schaue sich nur an, was Frauen heute alles möglich ist. Auch die Berufung auf die Postmoderne kann infolgedessen als Metapher verstanden werden: die alten Gewißheiten sind verschwunden, wir befinden uns auf neuen Wegen. Es handelt sich um eine Metapher für den Bruch mit allem bisher Gedachten und letztlich auch Gelebtem, stellt letztlich sogar in Frage, daß es überhaupt noch so etwas wie eine „Frauenfrage“ gibt.

Was beide Begrifflichkeiten - Nebenwiderspruch und Postmoderne - in aller Gegensätzlichkeit eint, ist deren Funktion. Wer immer sie verwendet, übt Definitionsmacht aus oder versucht es zumindest. Was heißt das? Jemand - eine Person, ein Kollektiv - nimmt in Anspruch, vermittels höherer Einsicht, gestiftet über

**ERST DER ZUGANG ZU  
DEN „HÖHEREN“  
BILDUNGSEINRICHTUN-  
GEN GIBT FRAUEN DIE  
MÖGLICHKEIT, RELIGIÖSE  
UND WISSENSCHAFTLICHE  
DEUTUNGEN DER  
GESCHLECHTER ...  
IN FRAGE ZU STELLEN**

eine religiöse oder wissenschaftliche Überzeugung, müßte auch schlicht aus der Überzeugung einer widerfahrenden Ungerechtigkeit, zu "definieren", wie der zur Debatte stehende Sachverhalt beschaffen ist, welche Ursachen er besitzt und wie er, zumindest im letztgenannten Fall, behoben werden kann. Natürlich macht es einen Unterschied, ob ich diesen Sachverhalt als gerecht oder berechtigt legitimieren oder als ungerecht bzw. unberechtigt widerlegen oder anklagen will. Wer sich durchsetzt übt Macht, Definitionsmacht, letztlich auch Herrschaft aus. Maurice Godelier, ein französischer Anthropologe, untersucht diesen Sachverhalt sehr anschaulich am Beispiel der Geschlechterherrschaft einer australischen Stammesgesellschaft und dessen animistischem Weltbild. Es sind ausschließlich die Männer, die den Kosmos und ihre Welt erklären und bis ins kleinste Detail den Nachweis der Unterlegenheit der Frauen führen. Diese sind ungeachtet ihrer Ausgeschlossenheit vom Kultus der Männer voll in dieses Weltbild eingebunden und „glauben“ an es - wie ihnen, und deshalb funktioniert die Sache, vor allem auch die Möglichkeit genommen ist, ein eigenes Weltbild zu begründen, in dem sie nicht als die Besonderen-Anderen-Minderen (Klassen) dargestellt sind. Die Schlußfolgerung für uns: Man verweigere Frauen jegliche Möglichkeit, Definitionsmacht auszuüben, und ihnen wird nicht anderes übrig bleiben, als das „herrschende“ Weltbild zu übernehmen, wenn sie in ihre Gesellschaft integriert bleiben wollten. Eine Herrschende Gruppe legitimiert und stabilisiert auf diese Weise ihre Macht und Herrschaftsausübung und wird darauf bedacht sein, Frauen die Mittel vorzuenthalten, dieses Weltbild in Frage zu stellen.

Dr. Ursula Beer, Privatdozentin an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld

# ES HANDELT SICH UM EINE GESCHLECHTER- FRAGE; ALLEIN DIESER BEGRIFF KANN ZUM AUSDRUCK BRINGEN, DASS DIE GEWINNE DER EINEN DIE VERLUSTE DER ANDEREN SEITE SIND

## Die Definition des „Nebenwiderspruchs“

Wir sehen anhand dieses Beispiels, daß es durchaus Sinn machte, Frauen in unserem Sozialgebilde von Bildung und Politik fernzuhalten und, gehen wir in der Geschichte noch etwas weiter zurück, von Kirche und Religion als aktiv Gestaltende. Erst der Zugang zu den „höheren“ Bildungseinrichtungen gibt Frauen die Möglichkeit, religiöse und wissenschaftliche Deutungen der Geschlechter, von männlicher Über- und weiblicher Unterlegenheit, in Frage zu stellen. Und erst der Zugang zu politischer Macht und Herrschaft erlaubt es ihnen, gestaltend in das bestehende Geschlechterarrangement zu Ihren Gunsten einzugreifen. Denn industrialisierte Gegenwartsgesellschaften befinden sich heute in der Situation, daß das traditionelle Geschlechterverhältnis an Legitimation gewaltig verloren hat. Hierfür sind zunächst sozio-ökonomische und historische Gründe verantwortlich: Die Marktgesellschaft hat nahezu alle in ihre Abhängigkeit gebracht, auch Frauen sind heute zur Existenzsicherung von Erwerbsarbeit abhängig (und, nicht zu vergessen, wollen auch berufstätig sein). Ehe und Familie haben ihre Funktion als „Versorgungseinrichtung“ weitgehend eingebüßt, wenn sie das waren, das beweist die steigende Zahl von Singlehaushalten und Ehescheidungen. Hinzukommt, daß Frauen heute ihre Gebärfähigkeit zu steuern vermögen, auch aus diesem Grund sind sie nicht mehr unbedingt auf ein herkömmliches Arrangement mit Männern angewiesen. Ein weiterer Grund ist aber auch ein Bewußtseinswandel von Frauen selbst, nicht unbedingt von Männern. Frauen sind häufig nicht mehr bereit, allein für Hausarbeit und Kindererziehung zuständig zu sein, wenn ein Ehemann und Vater vorhanden ist, vor allem aber auch nicht für die „Erziehungsarbeit“. An „ihn“ werden heute Anforderungen gestellt, von denen er bisher verschont blieb. Der bisherige Konsens der Geschlechter, mehr schlecht als recht aufrechterhalten, schwindet zunehmend. Ein bekannter Soziologe diagnostizierte gar den „Jahrhundertkonflikt“; wir glauben es ihm gern und wollen uns damit befassen, ob und in welcher Weise dieser Konflikt des Jahrhunderts auch mit den Mitteln von Definitionsmacht ausgetragen wird.

Unser erster Fall von Definitionsmacht soll der Nebenwiderspruch sein. Erinnern wir uns: Das 19. Jahrhundert brachte bekanntlich nicht nur den Kapitalismus und die Industrialisierung hervor, sondern auch die „allgemeine soziale Frage“ und, als

deren Ableger, „die Frauenfrage“. Beide, so die Theoretiker der Arbeiterbewegung, stünden in einem inneren Zusammenhang und seien auch nur gemeinsam lösbar. Die Frauenfrage wurde auf diese Weise der Arbeiter- oder Klassenfrage untergeordnet - als ob Frauen eine besondere Spezies seien, die Klassen- nicht zugleich eine Geschlechterfrage sei, denn Klassen bestehen bekanntlich aus Frauen und Männern. Die Folge dieser Auffassung war, daß Frauen angesonnen wurde, sich zunächst im Klassenkampf politisch zu engagieren, wollten sie ihre spezifische Unterdrückung ursächlich bekämpfen. Sobald die Macht „des Kapitals“ einmal gebrochen sei, würden sich zwangsläufig auch egalitäre Beziehungen zwischen den Geschlechtern herstellen: in der besitzenden Klasse, einmal von Ihrem Eigentum befreit, entfallende ökonomische Kalkül der bürgerlichen Eheschließung und Familie; im Proletariat erübrigten sich wiederum die männlichen Gewalttätigkeiten gegenüber Frauen und Kindern, wenn der Mann nicht mehr durch „das Kapital“ geknechtet würde. So zumindest Engels, allein Bebel hegte gegenüber dieser Auffassung gewisse Vorbehalte und riet Frauen, lieber der eigenen Kraft als der Solidarität der Genossen zu vertrauen.

Ein klarer Fall von Definitionsmacht: Der Nebenwiderspruch war geboren und damit auch die Frauenfrage. Ersterer sann den Frauen an, sich bis zur Vollendung der Revolution zu gedulden und bis dahin die Ziele der „Arbeitermannschaft“ (Becker-Schmidt) tatkräftig zu unterstützen. Die Definition der „Frauenfrage“ erklärte wiederum all das, was die soziale Lage der Frauen von der der Männer unterschied - Verantwortung für Haus, Kinder, Familie, unterwertige und unterbezahlte Erwerbsarbeit - zur Sache der Frauen und damit zu deren Problem, an dem der Kapitalismus und nicht etwa auch die Geschlechtsgenossen „Schuld“ hatte. Nebenwiderspruch und Frauenfrage ergänzten sich auf diese Weise aufs schönste. Die Theorie und die auf sie gründende Politik reklamierten die gesellschaftsverändernde Kraft der Frauen für Ziele, an deren Bestimmung sie selbst nicht teilhatten, mit dem vagen Versprechen auf bessere Zeiten, und überließen Frauen im Alltag sich selbst und ihren „Fragen“.

Ohne nun den Theoretikern des Sozialismus zu unterstellen, sie hätten bewußt eine Weltsicht begründet, wissenschaftlich fundiert zumal, die Frauen unter ganz neuen Umständen auf ihre alte Rolle als das unterlegene Geschlecht festschrieb - faktisch war das der Fall. Heute hat der Nebenwiderspruch ausgedient, Frauenforschung und -bewegung beanspruchen selbst Definitionsmacht. Sie gründet sich beispielsweise auf den Nachweis, daß von einer Frauenfrage nur deshalb die Rede sein konnte, weil Männer sie gar nicht erst zu einer Geschlechterfrage werden ließen.

## Männer verweigern die Kooperation

Die Frauenfrage, verstanden als eine der Geschlechter, läßt sich heute in mindestens drei große Problembereiche unterteilen: 1. Partizipation der Frauen in der Öffentlichkeit von Beruf und Politik, 2. Beteiligung der Männer im sogenannten Reproduktionsbereich und 3. Beteiligung der Männer an der „Beziehungsarbeit“. Hierzu liegen mittlerweile umfängliche Forschungsarbeiten vor, deren Ergebnisse lassen sich auf einen gemeinsamen Nenner bringen: Männer verweigern die Kooperation.

So ist für den Bereich Öffentlichkeit, Beruf und Politik zu beobachten, daß Frauenfördermaßnahmen äußerst zögerlich umgesetzt, Quotierungsforderungen geradezu abgeblockt wer-

den. Ihnen wird dort Raum gegeben, wo es sich mit Rücksicht auf politische Kalküle, gelegentlich auch wirtschaftliche der Unternehmer, nicht umgehen läßt. Oder nehmen wir Familie und Haushalt: Der Mann „hilft“ heute, widerwillig zwar, verteidigt jedoch erbittert die Bastion, die die Frauenfrage als Geschlechterfrage ins allgemeine Bewußtsein heben würde: Er verweigert sich der Verantwortung für Reproduktionsleistungen, die erst den Bestandserhalt einer jeden Gesellschaft sichern. Und auch hier gibt es einen harten Kern, auf den sich „die Frauenfrage“ letztlich reduzieren läßt: die Versorgung von Kindern und alten Menschen. Der Mann (oder die Männer, sofern kollektiv geteilte Haltungen angesprochen sind) mag weibliche Berufstätigkeit begrüßen, die für viele Haushalte ohnehin unabdingbar ist; kann sich einen weiblichen Bundeskanzler vorstellen, der von seinem Alltag weit entfernt ist, aber: „Ein Kind braucht die Mutter ...“ (Müller/Metz-Göckel). Die Sorge um das Kind, besonders um das gemeinsame, hält auch heute „die Frauenfrage“ als Problem der Frauen (und nicht der Männer) am Leben.

Darüberhinaus können wir noch von einer weiteren Ausdifferenzierung der Frauenfrage sprechen, die eine Gemeinsamkeit mit der soeben dargestellten Problematik aufweist: Auch sie ein „Problem“ der Frauen und keineswegs der Männer. Die Rede ist von der sogenannten Beziehungsunfähigkeit der letzteren, viel beklagt in einer Flut von Ratgeberliteratur und jüngst widerlegt als hochgradige Beziehungskompetenz des „starken“ Geschlechts (Benard/Schlaffer). In Zeiten zunehmender Frauenerwerbstätigkeit und des Drangs zu ökonomischer Selbständigkeit vermindert sich die Verhandlungsposition von Männern. Ohne Begeisterung, aber immerhin, übernehmen sie ein Mindestmaß an Reproduktionsleistungen, wenn auch sie „arbeiten geht“. Ihre Sexualität können sie kaum als Verhandlungsmasse in den Geschlechterkampf einbringen - sie wird von Männern sowohl angeboten, als auch nachgefragt, per Saldo gleicht sich das aus. Benard/Schlaffer entdecken jedoch einen hochbrisanten Verhandlungsposten: Emotionalität, das Angebot an Umgangsqualität und Gefühl. „Mit einer Konsequenz und Solidarität, von der Lysistrata nur träumen konnte, blocken sie ab, verriegeln sie ihr Innenleben und erpressen die Frauen mit einer gezielten Strategie der Verweigerung und Entsaugung“. Und wozu das alles? „... den Männern“, so die Vermutung und auch Beleg, „ist sehr wohl bewußt, daß ihre sogenannte Beziehungsunfähigkeit eine durchaus erfolgreiche Methode ist, ihre unmittelbaren Interessen durchzusetzen“. Je mehr er sich verweigert, desto mehr bemüht sie sich und gibt sich letztlich selbst noch die Schuld für das Scheitern ihrer Anstrengungen - auch das eine reine „Frauenfrage“.

Fassen wir zusammen: Die Frauenfrage in Gestalt des Nebenwiderspruchs vertröstete Frauen auf bessere (nachrevolutionäre) Zeiten und überließ sie bis dahin ihrem Geschick der Allzuständigkeit für Reproduktionsleistungen im weitesten Sinne. In dem Augenblick nun, wo Frauen von Männern Reproduktionsleistungen in natura und Beziehungsqualitäten einzufordern beginnen, zeigt sich, daß wir es eigentlich schon immer mit einem Begriffspaar zu tun hatten: Weibliche Zuständigkeit/männliche Verweigerung. Allein aus diesem Grund halte ich es für höchst problematisch, von einer Frauenfrage sprechen zu wollen. Es handelt sich um eine Geschlechterfrage; allein dieser Begriff kann zum Ausdruck bringen, daß die Gewinne der einen die Verluste der anderen Seite sind.

Die Nebenwiderspruchsthese, eingebettet in „große“ Gesellschaftstheorie mit gesellschaftsveränderndem Anspruch, insofern auch mit den Weihen einer Emanzipationstheorie verbunden, besaß für Frauenforschung und -bewegung, denen sie unzulänglich schien, noch andere und schwer erkennbare

## **ES GIBT EINEN HARTEN KERN, AUF DEN SICH „DIE FRAUENFRAGE“ LETZTLICH REDUZIEREN LÄSST: DIE VERSORGUNG VON KINDERN UND ALTEN MENSCHEN.**

Tücken. So war diese These eingelassen in einen „objektiven“ Erklärungsrahmen: Sie traf Aussagen über ein überindividuelles (und damit vom Willen der oder des einzelnen unabhängiges) soziales Verhältnis, nämlich das der Klassen. Wir alle - als Frauen, als Männer - lassen uns, den Vorgaben der Theorie zufolge, einer der beiden Klassen zuordnen. Doch der Rahmen ist grob - die Differenzierungen unter „Lohnarbeiterinnen“ sind äußerst vielfältig; aus der Sicht des Kapitals (und damit der von der Theorie eingenommenen Perspektive) sind wir „produktiv“ oder „unproduktiv“ für die Kapitalverwertung, als „Kapitalistinnen“ sind wir noch schwieriger zu bestimmen, denken wir an Managementfunktionen, die zwar Verfügungsgewalt, aber kein Eigentum an Kapital beinhalten. Die Aussagen selbst sind geschlechtsneutral - von der Frauenforschung vielkritisiert, jedoch nicht ohne Berechtigung -, aber, wichtiger noch: der „Nebenwiderspruch“ des Geschlechtergegensatzes besitzt kein Fundament in Aussagen über die Geschlechter als Individuen. In der Theorie sind sie Kollektivsubjekt, eben Klassen, aber keine Individualsubjekte oder Geschlechterkollektive mit unterschiedlichen Interessenlagen oder Bewußtseinsformen, deren Untersuchung und Veränderung das Interesse von Frauenforschung und -bewegung gilt.

All dies (wir können auch sagen: all diese Defizite) hatte(n) zur Folge, daß die Frauenforschung bemüht sein mußte, die Nebenwiderspruchsthese ihrem „objektiven“ Erklärungsanspruch nach widerlegen bzw. korrigieren zu können: Können wir von einem Verhältnis der Geschlechter sprechen, analog einem Verhältnis der Klassen, das Frauen und Männer, unabhängig von ihrer individuellen Existenz, in bestimmte gesellschaftliche Gestaltungsprinzipien einbindet, die nicht unabhängig von einer kapitalistischen und damit klassengemäßen Verortung und Vernetzung existieren? Und wie gestalten sich auf dieser Grundlage einer „doppelten Vergesellschaftung“ die Lebenslagen und Bewußtseins- und Handlungsformen von Frauen und Männern? Wie läßt sich der Objektivismus der originären Theorie überwinden, indem der „subjektive“ - und definitiv geschlechtsspezifische - Faktor entsprechende Gewichtung erfährt? Mit diesen Fragen bereits die Problemstellungen skizziert, mit denen Frauenforschung und -bewegung sich seit mehr als zwanzig Jahren befassen - nur scheinbar in einer Gegensätzlichkeit von strukturaler und subjektbezogener Forschung, in Wirklichkeit jedoch (und am Ausgangsproblem gemessen) in einer sich gegenseitig ergänzenden Perspektive.

## Historische Zäsuren der feministischen Forschung

Bereits die Arbeiterbewegung und deren Theoretiker wußten, daß Gesellschaftsveränderung nicht ohne Bewußtsein dessen, was einer Veränderung zum Besseren bedarf, vonstatten geht. Die Frage des rechten Klassenbewußtseins - und wie es zu erlangen sei - war insofern ein Topos der marxistischen Theorie seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts bis hin zur Protestbewegung der 60er und 70er Jahre. Auch in der Frauenbewegung und -forschung gab es schon frühzeitig Bestrebungen, Frauen eine angemessene Einsicht in ihre besondere Unterdrückung zu vermitteln. Die marxistische Theorie gab hier wenig Hilfeleistung. Fixiert auf Klassenbewußtsein und dessen Entstehung, war stets schnell das Etikett des „falschen Bewußtseins“ zur Hand, wenn es um die Konfrontation der Geschlechter, um weibliches Aufbegehren ging. Mehr noch: die Rede war gar von einem notwendig falschen Bewußtsein, daß die Klassengesellschaft in den Individuen häufig erzeuge. Das Bewußtsein, von Männern unterdrückt, häufig auch ausgebeutet zu werden, erhielt auf diese Weise eine zwiespältige Legitimation: Frauen, die so denken, sind im Unrecht; aber letztlich können sie nichts dafür. Die Klassengesellschaft selbst bringt diese Wahrnehmung hervor. Die politische Avantgarde ist deshalb aufgerufen, diese fehlgeleiteten Wesen auf den rechten Weg zurückzubringen, damit sie dem Klassenkampf nicht verlorengehen.

Die Frauenforscherinnen der 60er und 70er Jahre wandten sich kritisiert von Marx ab und hoffnungsvoll Freud zu. Aber es nützte ihnen nicht viel. Auch dieser Klassiker versicherte ihnen durch sein Werk: Ihr seid fehlgeleitet, wenn ihr gegen eure traditionelle Bestimmung als Frau und Mutter aufbeahrt. Gisela Steppke formuliert es 1980 folgendermaßen: „... unsere Wünsche nach beruflicher Bestätigung und nach Identität außerhalb der traditionellen Ehefrauen- und Mutterrolle (mußten wir) als „Männlichkeitskomplex“, als „Ausdruck nicht überwundener weiblicher Kränkung durch die Penislosigkeit interpretieren“ (Steppke 1980, S. 3) und selbst „die Bedeutung des familialen Reproduktionsbereichs diskutierten wir ... nur in seiner Funktion für die objektive und subjektive Lage der Frau im Produktionsprozeß“ (aaO S. 7). Denn, auch das suggerierte die Theorie, „die Emanzipation der Frau (erschien) von der objektiven Seite her als quasi automatischer, durch die Produktivkraftentwicklung kontinuierlich vorangetriebener Prozeß, dessen systemsprengende Potenz lediglich durch die entsprechende Agitation ins Bewußtsein der Frauen gehoben werden muß“. Eine Hausfrau, tagenagelt auf Hausarbeit und Kindererziehung, konnte insofern aus „objektiven“ Gründen kein Bewußtsein „ihrer“ Klassenlage entwickeln. Und wenn das Bewußtsein dieser Frau mit Freud erklärt werden sollte, dann litt sie, siehe oben, an einem Männlichkeitskomplex, wenn ihr das alles nicht mehr paßte. Insofern war es ganz folgerichtig, daß die Frauenforschung, einmal aus dem Dunstkreis der sozialistischen „Frauenfrage“ herausgelangt, sich ganz neue und auch unorthodoxe Wege suchte.

Diese theoretischen Sackgassen, die als solche durchaus erkannt wurden, führten zu ganz unterschiedlichen Lösungen. Zum

einen hielten Frauenforscherinnen am objektiv-gesellschaftlichen Bezugsrahmen der Marxschen Theorie fest und suchten nach einer Erklärung des „Wertes von Hausarbeit“, später der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und in neuerer Zeit nach der „Strukturkategorie Geschlecht“. Zum anderen wandten sie sich psychoanalytischen und sozialisationstheoretischen Erklärungsmodellen zu und suchten über diese nach einer Begründung der Geschlechtsidentität von Frauen. Die Frauenforschung entwickelte sich insofern in zwei Richtungen, wobei die subjekttheoretische demgegenüber eher ein Schattendasein führte. Letztere blieb immer dem Verdacht ausgesetzt, dem von Frauenforscherinnen kritisierten Objektivismus und, schlimmer noch, Androzentrismus „männlicher“ Theorie aufzusitzen und damit unwillentlich das Geschäft des Patriarchats zu besorgen.

Die meisten dieser Theorieentwürfe basierten auf einer Mischung beider Komponenten, traten selten in „reiner“ Form auf. So würde ich sagen, daß die heute wegen ihrer „Ableitungs“-Orgien vielfach belächelte Hausarbeitsdebatte der 60er und 70er Jahre im Kern bereits die Fragen enthielt, die wir jetzt sehr viel klarer als seinerzeit stellen können: Welche gesellschaftliche Bedeutung besitzt weibliche Reproduktionstätigkeit? Und: Wie konstituiert sich weibliches Bewußtsein? Die Denkschemata selbst hatten sich noch nicht von der marxistischen Emanzipationstheorie abgelöst, deshalb auch das Schwelgen in Erörterungen um die Produktivität oder Unproduktivität von Hausarbeit, deshalb aber auch die zunächst kurzschlüssigen Verknüpfungen von „Arbeit“ und „Bewußtsein“, die feministische Variante der Marxschen Feststellung, das Sein bestimme das Bewußtsein.

Hier ist nicht der Ort, die verschlungenen <sup>111</sup> nachzuzeichnen, die die Frauenforschung in mehr als zwanzig Jahren verfolgt hat. An dieser Stelle jedoch so viel: Wir würden uns viel an Erkenntnisgewinn nehmen, spielten wir die subjektorientierte gegen die objektiv-gesellschaftstheoretische Forschung aus oder umgekehrt. Beide Forschungsrichtungen stellen sich im Grunde genommen den häufig auch heute noch uneingestandenen Defiziten sozialwissenschaftlicher „Male-stream“-Forschung; eben dem, was ich im folgenden als Nebenwiderspruch der Postmoderne bezeichnen möchte. Dennoch scheint Vorsicht angebracht. Die marxistische Nebenwiderspruchsthese samt Frauenfrage befand sich auch seinerzeit voll im Trend der übrigen wissenschaftlichen Marginalisierung all dessen, was die Geschlechter betraf und zur Frauensache stilisiert wurde; der Gefühls- und Reproduktionsbereich als das eigentlich Weibliche, die großen gesellschaftlichen Fragen von Wirtschaft, Politik und Recht als das im Grunde genommen Männliche. Frauenforschung und -bewegung scheinen sich von diesen Zuweisungen häufig nicht freigemacht zu haben bzw. ihnen aufzusitzen und damit erneut Männern das Feld der „großen Fragen“ freiwillig zu überlassen. Hierfür ein Beispiel.

In letzter Zeit wurde viel über den Ansatz der „Geschlechterdifferenz“ diskutiert - Frauen als das ganz Andere, mit einem von Männern grundsätzlich unterschiedenen Denken, Wahrnehmen und konsequenterweise auch Handeln. Ich würde an diesem Ansatz zunächst kritisieren, daß die soziale Verortung von Frauen gar nicht denkbar ist ohne die der Männer, würde den Begriff „Geschlechterverhältnis“ sehr ernst nehmen. Diese Auffassung bedeutet aber auch, daß es eine weibliche „Autonomie“, vollständig unabhängig von Männern, gar nicht geben kann. Selbst in Ablehnung männlicher Politiken oder Verhaltensweisen beziehen wir uns noch auf sie und stärker noch, wenn wir sie schlicht ignorieren. Denn auch dann wirken sie auf uns ein, wir begeben uns allerdings der Möglichkeit, von uns aus auf sie einzuwirken. Positiv an diesem Ansatz ist wiederum die Zentrierung auf weibliche Identität und Solidarität, wengleich be-

schränkt auf ein rein weibliches Umfeld. Setzen wir diesen Ansatz in Bezug zu den oben zitierten Befunden von Benard/Schlaffer, wird überdeutlich, wie dringend wir solcher Bestrebungen nach Solidarität bedürfen - aber eben gerade in der Auseinandersetzung mit dem anderen Geschlecht, nicht lediglich dem eigenen. Diese Aussage gilt nicht nur für den sogenannten Privatbereich und „Beziehungsprobleme“, sondern gilt gleichermaßen für Politik oder Wissenschaft. Am Beispiel der „Frauenfrage“ habe ich zu veranschaulichen gesucht, was „Definitionsmacht“ bewirkt: Eine gesellschaftliche Gruppe - Männer - definiert ein soziales Problem dergestalt, daß sie selbst, als unmittelbar Betroffene, davon unbehelligt bleiben und einer anderen Gruppe - Frauen - die Verantwortung für dessen Lösung aufbürden - nicht ohne Hoffnung auf spätere Besserung im Sozialismus zu artikulieren. Für die weltliche Unterwerfung versprach die Kirche die himmlische Seligkeit (und tut es auch heute noch); es lassen sich gewiß weitere Parallelen finden. Wird Männern, im Rahmen scheinbar autonomer Frauenpolitiken, auch weiterhin das Feld von Politik oder Wissenschaft überlassen, werden sie „definieren“ oder vorgeben, was Frauen „fragen“ sind und wie sie dazu werden. Es geht deshalb nicht ohne Einmischung ins Männergeschäft. Diese These will ich an zwei weiteren Beispielen illustrieren.

### Die postmoderne Existenz von Frauen

Mein erstes Beispiel entstammt der Politik, das zweite der Wissenschaft, genauer: der Soziologie. Vor nicht allzu langer Zeit erteilte Oskar Lafontaine vorsichtige Zustimmung auch unter Feministinnen zu seinem Vorschlag einer Neudefinition des Arbeitsbegriffs - nahm er doch immerhin ein ureigenes Anliegen von Frauenforschung und -bewegung auf. Bekanntlich sollte der neue Arbeitsbegriff die industriegesellschaftliche Fixierung auf Erwerbsarbeit ablösen und einer Auffassung den Weg bereiten, die die Arbeit außerhalb des Berufs und Marktes als genau so wertvoll erachtet wie diese selbst. Selbstverständlich war Lafontaine klar, daß er mit seinem Vorschlag die politisch mittlerweile hochbrisante geschlechtliche Arbeitsteilung angesprochen hatte. Doch wer geglaubt hatte, hier trete ein Befürworter der Quotierung und der massiven Frauenförderung ins Rampenlicht, sollte sich getäuscht haben. Lafontaine propagierte einen Bewußtseins- (oder, wie die Soziologen vornehm sagen, Werte-) Wandel. Beiden Geschlechtern wurde angetragen, die vornehmlich vom anderen Geschlecht freiwillig oder zwangsweise monopolisierte Arbeit hochzuschätzen und nach Lust, Laune und Möglichkeit wahlweise zu ergreifen - als ob Männer die Hausarbeit nicht außerordentlich schätzten, solange sie ihnen erspart bleibt, und Frauen die Erwerbsarbeit, solange sie ihnen zugänglich ist, gut bezahlt wird und Einfluß gewährleistet. Diesen Bewußtseins- bzw. Wertewandel hatte zu einem früheren Zeitpunkt bereits Bundeskanzler Kohl propagiert und sich selbst an vorderster Front für die Hochschätzung der Mütterarbeit in die Bresche geschlagen. Das Bewußtsein, Wertvolles für die Gesellschaft zu leisten, besitzen Mütter heute durchwegs - nur wollen sie dafür Gegenleistungen sehen, die mehr sind als widerwillig gewährte Almosen in Form von Erziehungsjahren bei der Rente. Hier hatten zwei einflußreiche Politiker Definitionsmacht in Anspruch genommen, die, wie sie sehr wohl wußten, alles beim alten belassen würde. Appelle an den guten Willen und die einfühlsame Einsicht ändern wenig oder nichts, solange es um Anteile am Kuchen geht. Er ist bereits verteilt, wer mehr davon bekommen will, wird um jeden Fingerbreit hart kämpfen müssen.

Wird im obigen Beispiel der Appell an den Bewußtseinswandel in die Funktion des Nebenwiderspruchs eingesetzt, ist in diesem Sinne dessen Metapher, trifft ähnliches für ein Beispiel aus der Soziologie zu, das sehr viel schwieriger zu lokalisieren ist. Ich beziehe mich auf den Entwurf von Ulrich Beck - es handelt sich um denjenigen, der im Geschlechterkonflikt das „Jahrhundertproblem“ ausmacht. Er hält es nicht mit Marx und damit auch nicht mit dem Nebenwiderspruch, sondern mit der Moderne, die bisher, auch wegen der Zumutungen an Frauen, erst in halbiertem Gestalt existiere. Frauen unterlägen einem „geschlechtsständischen“ Schicksal, aus dem sie heute „freigesetzt“ würden. Technischer Wandel und Veränderungen in der Verwertung von Arbeitskraft durch betriebliche Kalküle (Flexibilisierungsprozesse) brächten neue Anforderungen an Individuen mit sich: Das Individuum der durchgesetzten Marktgesellschaft sei die vollmobile, ehe- und familienlose Arbeitskraft. Genau aus diesem Grund sei es unrealistisch, die Ungleichstellung von Frauen und Männern beseitigen zu wollen: beide Geschlechter können der Norm der weder ehe-, noch familienbehinderten Arbeitskraft nicht entsprechen, können nicht als vollmobile Singles Vollzeit-Erwerbsarbeit ausüben. Seine Lösungsvorschläge lauten deshalb: Es bedarf der Etablierung von Arbeitsvermittlungsmustern für Ehepaare und Familien, eines Mehrs an Tagesmüttern, Nachbarschaftshilfe und eines Mindesteinkommens, um Erwerbsarbeit und soziale Sicherung zu entkoppeln.

Auch hier wird Definitionsmacht in Anspruch genommen: Die Industriegesellschaft beruht auf einer Einheitsnorm von Arbeitnehmer. Dieser Norm können nicht beide Geschlechter entsprechen, sondern allenfalls eines der beiden. Deshalb müssen Lösungen gefunden werden, damit diese Norm zumindest partiell erfüllt werden kann - d. h., die Frau wird auch weiterhin und trotz Berufstätigkeit zurückstecken müssen, denn auch dieser Autor definiert seine Problemsicht, ohne Zuständigkeiten für Männer zu reklamieren. Wenn die berufstätige Frau die Arbeit nicht mehr schafft, muß die Tagesmutter oder die Nachbarschaftshilfe her. Doch wer sagt uns, daß es diese Norm gibt, daß es sie jemals gab? Es handelt sich um die männliche Norm, die hier unzulässig verallgemeinert wird; Männer waren, trotz Ehe und Familie, noch niemals im Arbeitsleben durch sie behindert, weil es die Ehefrau und Mutter gab, die all das abging, was als berufliche Behinderung hätte wirken können. Umgekehrt hatten Arbeiter „geber“ noch nie Probleme mit den spezifischen Behinderungen von Frauen durch Ehe und Familie, benutzten sie sogar gern zur Begründung von minderer Bezahlung und schlechten Arbeitsplätzen. Auch in diesem Fall können wir bei der Artikulation eines spezifischen Definitionsanspruchs nicht ohne weiteres unterstellen, hier wolle jemand Frauen auf ihre traditionelle Rolle festnageln - aber er tut es faktisch, allein durch eine falsche Verallgemeinerung.

Mit diesen Ausführungen und Überlegungen möchte ich zum Ausdruck bringen, daß Frauenforschung und -bewegung es sich nicht leisten kann, männliche Sichtweisen der „Geschlechterfrage“ unbesehen zu akzeptieren. Vermutlich handelt es sich bereits um ein kulturelles Erbe, daß Männer nicht in der Lage sind, beide Geschlechter in ihrer prinzipiellen Gleichwertigkeit zu sehen. Wie soll es ihnen dann möglich sein, die Gründe und Ursachen einer sozialen Hierarchie zu erkennen, zumal sie diejenigen sind, deren Privilegien zur Disposition stehen? Für Frauenforschung und -bewegung heißt das aber auch: Um Definitionsmacht in allen gesellschaftlichen Bereichen kämpfen; gleichgültig, ob es sich um die „Beziehungsarbeit“ im Privaten oder politische Partizipation im Öffentlichen handelt.

SUSANNE SCHUNTER-KLEEMANN

## SOZIALSTAAT UND PATRIARCHAT

**„Der Sozialstaat der Bundesrepublik Deutschland hat sich bewährt“, „Die Netze der sozialen Sicherung sind dicht geknüpft“, „Die Akzeptanz der sozialen Sicherungssysteme in der BRD ist unbestritten“. Die veröffentlichte Meinung in Politik, Wissenschaft und Gewerkschaften ist sich bei diesen Einschätzungen weithin einig. Und mit der bruchlosen Übertragung der Strukturen der bundesrepublikanischen Sicherungssysteme auf die DDR erlebt die westdeutsche Variante der Sozialstaatlichkeit eine weitere Bestätigung.**

Aus feministischer Perspektive stoßen die Triumphe, die die „soziale Marktwirtschaft“ zu feiern anhebt, mehr als bitter auf: Nicht alles, was der realsozialistische Staat den Frauen - wenn auch akrobatisch - so doch gewährleistet hat, sollte im „Gully der deutschen Vereinigung“ (B. Ochs) ertränkt werden. Auch im europäischen Vergleich waren viele den Frauen gewährte sozialpolitischen Leistungen in der DDR beispielhaft.

Prof. Dr. Susanne Schunter-Kleemann, Hochschule Bremen, Frauenforschung und Frauenstudien

Dreierlei ist aus dem Niedergang der DDR frauenpolitisch zu lernen:

- Sozial-, familien- und frauenpolitische Errungenschaften können rasant zurückgeschraubt werden, wenn die „Marktfreiheit“ zur letzten Instanz erhoben wird.
- Ein Gleichstellungskonzept, das einerseits auf die formelle Gleichstellung der Frau mit dem Mann in der Produktionssphäre, andererseits auf die Beförderung der Mutterrolle in der Reproduktionssphäre setzt, wird sich historisch immer als Bumerang erweisen, weil es die ungleichen Geschlechterrollen zementiert und damit der Spaltung des Arbeitsmarktes Vorschub leistet.
- Frauen - und familienpolitische Leistungen, die an der Mutterrolle der Frau ansetzen und die Pflege und Erziehungsarbeit alleine der Frau honorieren statt „Elternschaft“ sozialstaatlich zu unterstützen, münden letztendlich in einer Stärkung und Befestigung patriarchalischer Denkmuster - und damit patriarchaler Macht.

Heute ist unübersehbar: das Zukurzgreifen des sozialistischen Emanzipationskonzeptes, das in praxi zu einer „Sozialpolitik nur für Frauen“ geführt hat, erfordert eine tiefgehende Neuorientierung und Überarbeitung der Frauene-

manzipationstheorie. Bisher sind überzeugende Orientierungen, wie ein Entkommen aus den „drei patriarchalen Abhängigkeiten“:

- der persönlichen Abhängigkeit vom Mann,
- der Abhängigkeit von einem paternalistisch-bevormundenden Sozialstaat und
- der Abhängigkeit von einem sexistisch konturierten und diskriminierenden Arbeitsmarkt

in der Frauenbewegung nicht in Sicht. Ost- wie westeuropäische Wohlfahrtsstaaten unterscheiden sich allerdings darin, welchem dieser die weibliche Existenz einengenden und einschnürenden Regulierungen und Regime größeres Gewicht und größerer Raum beigegeben wird.

Europatriarchat? - Einige Überlegungen zur „soziale Dimension“ des EG-Binnenmarktes aus feministischer Sicht:

Frauenpolitisch könnte sich die deutsche Einigung als markante historische Niederlage, als Einstieg in ein Sozialdumping und einen Sozialabbau bisher ungeahnten Umfangs erweisen.

Mit dem EG-Binnenmarkt werden die Sozialsysteme der BRDDR, deren Kostenbelastung durch den überhasteten Einigungsprozeß weit über die bisher diskutierten „Anschubkosten“ ansteigen wird, einer weiteren Gefährdung ausgesetzt.

Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß sich mittelfristig - selbst wenn die EG-Kommission gar nicht offen für eine Änderung der einzelstaatlichen Sicherungssysteme plädiert - über die Marktkräfte ein rasanter Sozialabbau vollziehen kann. Zumindest gehen die sogenannten marktradikalen Kräfte davon aus, daß auch in den Bereichen, die das Binnenmarkt-Konzept gar nicht ausdrücklich einbezieht - wie zum Beispiel die Sozialpolitik - ein Wettbewerbs- und Anpassungsdruck erzeugt wird, der zumindest längerfristig zu einer Angleichung der sozialen Sicherungsniveaus (nach unten) führen wird.

## Die „Sonderstellung“ von Frauen in den „sozialen“ Marktwirtschaften

Der nüchterne Blick auf die westeuropäischen Gesellschaften erhellt, daß, bei aller Unterschiedlichkeit in der konkreten Ausgestaltung, Frauen in allen EG-Ländern eine diskriminierte Mehrheit darstellen. Sowohl in der Erwerbssphäre wie in der Familiensphäre sind Frauen mit Mechanismen der Benachteiligung konfrontiert, in denen unternehmerische Interessen und patriarchalische Strukturen sehr erfinderisch zusammenwirken. Das äußert sich in der in allen Staaten gegebenen geschlechtlichen Arbeitsteilung, die zur Unterrepräsentanz von Frauen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens - insbesondere dort, wo Macht ausgeübt wird - geführt hat, in unterschiedlichen Mustern der Arbeitsmarktsplaltung, in der durchgängigen Entgeltdiskriminierung, die dem Gros der Frauen keine vom Mann unabhängige Existenz gestattet, in der Nichtbezahlung der Familienarbeit, in strukturellen und personalen Gewaltverhältnissen und schließlich in der systematischen Diskriminierung in fast allen Teilen der Sozialpolitik, besonders krass in den erwerbsarbeitsbezogenen Systemen der Arbeitslosen- und Alterssicherung. Die in allen westeuropäischen Staaten noch durchgängig anzutreffende gesellschaftliche Definition von Frauen als „Hausfrauen“ leistet unerbitlich der Tatsache Vorschub, daß Frauen zu schlechteren Konditionen als Männer beschäftigt werden. Zum einen erlaubt das Konstrukt der „Mitversorgung“ durch einen Mann die Bezahlung niedrigerer Löhne an Frauen, den Ausschluß aus einer eigenständigen sozialen Sicherung und die „Prekärisierung“ von Beschäftigungsverhältnissen, zum anderen bleiben Frauen durch die geringere Entlohnung ihrer Erwerbsarbeit, den fehlenden Schutz, wiederum auf die Mitversorgung angewiesen. (Vgl. Frederike Maier, 1990, S. 77)

Das in der Sozial- und Familienpolitik geltende Prinzip der „Familiensubsidarität“ benachteiligt immer auch nicht-verheiratete Frauen, insofern das Modell des familialen Unterhalts - wie skizziert - zur Verbilligung der Frauenarbeit und zur flexiblen Verfügbarkeit, notfalls dem Ausschluß der Frauen vom Arbeitsmarkt beiträgt. Alle Glieder in der Kette der Diskriminierungen von Frauen erweisen

sich als fest geschmiedet. Es scheint nahezu kein Entkommen aus dem staatlich legalisierten und sanktionierten Diskriminierungskreislauf zu geben. Wohlfeile Verwertung weiblicher Arbeits- und Gebärfähigkeit und Stabilisierung der Geschlechterbeziehungen als zwischen ökonomisch Ungleichen kennzeichnen die patriarchale Gesellschaftsstruktur.

### Unterschiedliche Varianten patriarchaler Herrschaft

In Westeuropa lassen sich vier Systemvarianten patriarchaler Gesellschaften unterscheiden:

a) Patriarchale Länder mit Ansätzen zu egalitären Arbeits- und Sozialstrukturen (Skandinavische Länder) Sozialstaatliche Leistungen und Dienste werden unabhängig von Familienstatus und gewählter Lebensform auf relativ hohem Niveau gewährt.

b) Länder mit sozialstaatlichem Patriarchalismus (Frankreich, Benelux-Länder, Norditalien, Bundesrepublik Deutschland)

Sozialstaatlich begünstigt werden nur Frauen, die sich dem traditionellen Verhaltensmuster der Ehefrau fügen. Frauen, die aus der Hausfrauenehe herausstreben oder herausfallen (alleinerziehende, geschiedene Frauen, erwerbstätige Frauen), werden steuer- und familienpolitisch bestraft.

c) Länder mit marktförmigen Patriarchalismus (Großbritannien, auch USA und Japan) Wohlfahrtsstaatliche Dienste und Leistungen, die Frauen eine Vereinbarkeit von Familientätigkeit und Erwerb erleichtern könnten, sind so gut wie nicht existent. Frauen werden dennoch aufgrund extrem niedriger Entlohnung der Ehemänner/Partner auf den Arbeitsmarkt gezwungen.

d) Länder mit ausgeprägten agrarisch-klerikalen Strukturen (Griechenland, Spanien, Portugal, Süditalien, Irland) Diese Länder sind durch eine ausgesprochen paternalistische, frauenbevorzugende Familiengesetzgebung und das Fehlen sozialer Leistungen gekennzeichnet (Schunter-Kleemann 1990, 27) Diese Varianten patriarchalisch-kapitalistischer Systeme differieren also unter anderem:

a) Nach dem Grad der sozialen Absicherung, die Frauen im Verhältnis zu Männern gewährt wird,

b) nach der Toleranz, die nicht- und außerehelichen Formen des Zusammenlebens der Geschlechter gewährt wird,

c) nach dem öffentlichen Versorgungsgrad mit Kinderbetreuungseinrichtungen und Pflegeeinrichtungen für Alte,

d) nach dem gesellschaftlich gewünschten und zugelassenen Maß der Vollzeit-erwerbstätigkeit von Frauen und damit der Möglichkeit einer vom Manne unabhängigen Existenz,

e) nach dem Grad der den Frauen eingeräumten Selbstbestimmung über ihren Körper.

### „Das soziale Risiko, Frau zu sein“

Im folgenden soll das in allen westeuropäischen Staaten fortexistierende „Risiko, Frau zu sein“ exemplarisch durch fünf Länderskizzen erhellt werden.

#### Dänemark

In Dänemark ist - wie in allen skandinavischen Ländern - eine relativ hohe Frauenerwerbsbeteiligung zu verzeichnen. Dieser Aspekt fügt sich ein in das Gesamtbild dieser Länder, das von entwickelter Sozialstaatlichkeit geprägt ist. Ein wesentlicher Grund für das hohe Maß der Berufstätigkeit dänischer Frauen scheinen die gut ausgebauten sozialen Kinderbetreuungseinrichtungen zu sein. So gibt es für 44 v. H. der Kinder von bis zu drei Jahren, sowie für 87 v. H. der Kinder von 3-6 Jahren, öffentlich finanzierte ganztägige Betreuungsmöglichkeiten in Kinderkrippen oder Tagesstätten. Ein weiterer Grund dürfte darin liegen, daß nicht die Kompensation der Folgen von Arbeitslosigkeit bis Mitte der 80er Jahre im Zentrum staatlicher Beschäftigungspolitik stand, sondern der Versuch der Förderung der Beschäftigung („Garantiejobs“ für Langzeitarbeitslose). Drastische Haushaltskürzungen im sozialen Bereich gefährden allerdings den erreichten Stand. Aktuell werden die Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen gekürzt, die Preise

erhöht und Arbeitslose aufgefordert, ihre Kinder aus diesen Einrichtungen herauszunehmen.

Die ansteigende hohe Arbeitslosigkeit von Frauen, insbesondere von jungen Frauen (1988: 10,6 v. H.), ist ein auffälliger Trend und verdeutlicht, daß das Recht auf Arbeit für Frauen auch hier keineswegs dauerhaft gesichert ist.

Mit Hilfe der von den Gewerkschaften und vom Staat getragenen solidarischen Lohnpolitik ist es gelungen, die vertikale Segmentierung des Arbeitsmarktes erheblich zu vermindern. Dänemark weist von den EG-Ländern die geringste Differenz zwischen Frauen- und Männerverdiensten auf (84% des Männerverdienstes). Die dennoch zu beobachtenden niedrigeren Entgeltrelationen gehen z. T. auf den hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigten zurück. (1987: Anteil an allen weiblichen Beschäftigten 41,9%) Diese haben bekanntlich geringere Möglichkeiten des beruflichen Aufstiegs, da die qualifizierteren Positionen eher von Vollzeitbeschäftigten besetzt werden. In Dänemark zeichnet sich der deutlichste Wandel der Familienstruktur ab. Die sozialen Leistungen sind nicht an die Ehe gebunden. So werden schon beinahe die Hälfte aller Kinder unehelich geboren. 82 v. H. der alleinerziehenden Mütter mit Kindern unter vier Jahren sind berufstätig, es gibt für diese Gruppe ein weit gefächertes Netz von beruflichen Wiedereingliederungsmaßnahmen. Die deutliche Verbesserung der sozialpolitischen Leistungen kann zwar den Lebensstandard vieler Frauen erhöhen, sie kann jedoch kein machtpolitisches Gleichgewicht zwischen Frauen und Männern schaffen.

#### Frankreich

Frankreich zeichnet eine im Verhältnis zur BRD relativ hohe Quote von vollzeiterwerbstätigen Frauen (55,7%). Für die Mehrheit der Frauen, selbst mit zwei und drei Kindern, ist Berufstätigkeit selbstverständlich.

Teilzeitbeschäftigung ist

nicht mit so hohen sozialen Risiken verbunden wie in vielen anderen EG-Ländern. Teilzeitbeschäftigte mit einer durchschnittlichen Arbeitszeit von mehr als 40 v. H. der allgemeinen Arbeitszeit sind in die sozialen Sicherungssysteme integriert. Zum Bezug von Arbeitslosengeld, Krankengeld und Mutterschaftsgeld reicht der Nachweis eines Beschäftigungsumfanges von 200 Stunden in den vergangenen 3 Monaten aus.

Der rasante Anstieg von Teilzeitbeschäftigten unter den jungen Frauen in der Altersgruppe von 15 - 19 Jahren (37,3 v. H.; BRD 3,6 v. H.) verweist darauf, daß das Recht auf existenzsichernde Beschäftigung auch in Frankreich zunehmend unterhöhlt wird. Kennzeichnend für die französische Familienpolitik ist ihre extrem pro-nationalistische Ausrichtung mit hohen Subventionen. Wie in der BRD gibt es aber für das erste Kind keine angemessene Unterstützung. Das System der steuerlichen Entlastung der Familien, gestaffelt nach Familieneinkommen, begünstigt auch hier besser verdienende Familien krass und verstärkt somit gegebene soziale Ungleichheiten. Die Zahl sozial schwacher Familien, vor allem von Gastarbeitern, von Immigranten und von verarmten Frauen, vor allem alleinerziehenden, alleinstehenden und geschiedenen Müttern, nimmt auch in Frankreich dramatisch zu. Aufgrund der massiven Deregulierung von Arbeitsverhältnissen stehen für viele dieser Frauen keine sozial geschützten Arbeitsverhältnisse zur Verfügung und sie haben kaum eine Chance, aus dem Teufelskreis von ungeschützter Beschäftigung und Verarmung im Alter auszubrechen.

Krippen- und Ganztagskindergartenplätze sind in Frankreich in viel höherem Maße vorhanden als zum Beispiel in der BRD. Allerdings wurde der ursprüngliche Plan, den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen zu beschleunigen, um noch mehr Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, von der sozialistischen Regierung Mitterand - begründet mit Haushaltszwängen - zurückgenommen. So wird aktuell im-

noch von einem Fehlbestand von 400.000

Kindergartenplätzen ausgegangen. Der Elternurlaub in Frankreich kann in Form von Teilzeitarbeitsangeboten genommen werden. Das Kinderurlaubsgeld wird allerdings erst für das 3. Kind gezahlt. Folge: Elternurlaub wird beinahe nur durch Mütter in Anspruch genommen.

#### Großbritannien

Der von der konservativen Regierung herbeigeführte Zusammenbruch des Wohlfahrtsstaates hat in Großbritannien die Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen dramatisch verschlechtert. Durch die Privatisierung von Schulen und staatlichen Ausbildungszentren und die Aufkündigung der bisherigen paritätischen Arbeitsverwaltung ist die unzureichende Ausbildung einer ganzen Generation von Jugendlichen vorprogrammiert. Der Arbeitsmarkt ist bereits jetzt nach Branchen, Positionen, Arbeitszeiten und Geschlecht stark segmentiert.

Wegen extrem langer Arbeitszeiten der Männer (im industriellen Bereich) und eines völlig unzureichenden Dienstleistungsangebots für Kindererziehung und Pflege ist die Frauenerwerbstätigkeit zeitlich begrenzt und sozial ungesichert, erreicht aber dennoch aufgrund äußerst niedriger Reallohne und dem damit verbundenen Zwang zum Zuverdienst überdurchschnittliche Dimensionen (62,2 v. H.). Teilzeitarbeit ist in Großbritannien von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau rasch expandiert. Da heute nahezu jede zweite Engländerin einer Teilzeitbeschäftigung nachgeht und davon ca. 30 v. H. nicht der Sozialversicherungspflicht unterliegen, ergeben sich sehr hohe Verarmungsrisiken für Frauen. Viele Frauen arbeiten dann, wenn ihre Partner zu Hause sind, d. h. zu ungünstigen Arbeitszeitalagen, weibliche Nachtarbeit dehnt sich aus. Mit Hilfe des traditionellen Systems von Ganztags-Schulen wird die flexible Verfügbarkeit von Frauen für marginale Beschäftigungen ausgenutzt.

Die Erosion der traditionellen Familie ist - wie bei diesen Rahmenbedingungen nicht anders zu erwarten - ein unübersehbarer Prozeß. Die hohe Zahl unehelicher Geburten, die dramatische Zahl

der Scheidungen (44,6 v.H.) und der hohe Anteil Alleinerziehender (13 v.H.) signalisieren, daß die in England erzwungene rigorose „Gleichstellung über den Markt“ mit extremen Doppelbelastungen und massiven Einbrüchen hinsichtlich der sozialen Absicherung von Frauen verbunden ist. Das Steuersystem und das System der sozialen Sicherung (bei Arbeitslosigkeit, Rente) ist extrem sexistisch ausgestaltet. Großbritannien steht für einen „marktförmigen Patriarchalismus“.

### Irland

Irland nimmt in vielfacher Hinsicht eine Sonderrolle in Westeuropa ein. Irland ist ein sehr armes Land mit insgesamt rückläufiger Beschäftigung und stark ansteigender Arbeitslosigkeit. Die Frauenerwerbsbeteiligung (1987: 38,5 v.H.) ist extrem niedrig und anders als in allen EG-Ländern sogar leicht rückläufig. Entsprechend ist auch kein Anstieg der weiblichen Teilzeitbeschäftigung zu verzeichnen.

Die Dominanz von Kirche und Staat über die biologische Reproduktion der Gesellschaft ist ungebrochen. Der unerbittliche Kampf dieser patriarchalischen Instanzen gegen Verhütung und Abtreibung, die strikte Brandmarkung außerehelicher Sexualität sowie das apodiktische Scheidungsverbot führen gegenwärtig zu einer Zuspitzung der Auseinandersetzungen an der „generativen Front“.

Der starke Einfluß des Katholizismus zeigt sich in der (erzwungenen) Stabilität traditioneller Ehe- und Familienformen. Irland ist das einzige Land in der EG, das sich noch selber regeneriert. Allerdings ist selbst hier ein Rückgang der Geburtenhäufigkeit zu verzeichnen. (Fruchtbarkeitsziffer: 2,4) Die Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen ist außerordentlich schlecht. Krippen stehen so gut wie nicht zur Verfügung, weniger als ein Prozent der Kinder bis zu zwei Jahren finden Platz in Krippen. Auch das Angebot an Einrichtungen für 3-5jährige Kinder ist quantitativ völlig unzureichend. Kindergärten sind in der Regel nur vormittags geöffnet. Ein Erziehungsurlaub wird nicht gewährt. Nach dem sehr kurzen, maximal zehnwöchigen Mutterschaftsurlaub (mit nur 70 % Lohnersatz), kann die Mutter weitere vier Wochen unbezahlten Urlaub beantragen.

### Bundesrepublik Deutschland

Auffallend ist die im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern niedrige Erwerbsbeteiligung von Frauen von nur knapp über 50 v.H. Während sich in anderen Ländern die Frauenerwerbsquote während der letzten zwanzig Jahre sprunghaft erhöhte, fiel in der BRD der Zuwachs eher bescheiden aus. Dabei ist noch in Rechnung zu stellen, daß von den seit 1970 in der BRD neu entstandenen Beschäftigungsverhältnissen 95 v.H. auf Teilzeitplätze entfielen. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten expandierte von 1970 bis 1987 um 130 v.H. auf fast 4,4 Millionen. Auch die Zahl der sozialversicherungsfreien Beschäftigungen ist weit höher als bisher angenommen wurde. Etwa 2,3 Mio. Menschen, davon ca. 60 v.H. Frauen, arbeiteten (1987) in solchen ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen. Das entsprach etwa 10 v.H. der abhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik.

Auch hinsichtlich der Lohndiskrepanzen zwischen Frauen- und Männerlöhnen befindet sich die BRD im Ländervergleich am unteren Ende der Skala. In den letzten zehn Jahren gab es keinerlei nennenswerte Verbesserung in der relativen Lohnposition der Frauen (72 v.H. des durchschnittlichen Männerverdienstes).

Der außerordentlich schlechte Versorgungsgrad mit öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen, der die Bundesrepublik in Europa - zumindest in diesem Punkt - als soziales Entwicklungsland ausweist, ist eine zentrale Barriere für verbesserte Erwerbsmöglichkeiten von Frauen. Nur für 1,5 v.H. der Kinder von bis zu drei Jahren gibt es staatlich finanzierte Krippen. Die deutlich höhere Versorgung der Kinder von 3-6 Jahren wird wieder dadurch relativiert, daß es sich nur bei einem Bruchteil um ganztägige Einrichtungen handelt (Ganztagschulen sind seltene Ausnahmen). Mit der weiteren Verlängerung des Erziehungsurlaubs (18 Monate) ab 1990 - anstelle einer deutlichen Aufstockung des Erziehungsgeldes - wird eine Rückkehr von berufstätigen Müttern in die häusliche Kindererziehung subventioniert. Damit einher geht ganz offensichtlich die Absicht, die öffentlichen Angebote an Krippenplätzen noch weiter reduzieren zu können.

Frauenerwerbsarbeit wird in der Bundesrepublik keineswegs als gesichertes

Recht garantiert, nachwievor gilt sie als Zuarbeit im Rahmen eines unverändert patriarchalischen Familien- und Gesellschaftsmodells. Auch in der BRD ist ein deutlicher Wandel der Lebensformen festzustellen. Erheblich gestiegen ist die Zahl der Kinder (2,5 Mio.), die von alleinstehenden Müttern oder Vätern erzogen werden. Die Zahl der alleinstehenden Mütter ist in den vergangenen zehn Jahren von 1,3 auf 1,6 Mio., die der alleinstehenden Väter auf über 300.000 (1988) angestiegen.

### Resümee

**Angesichts dieser Entwicklungen ist zu fragen, in welche Richtung patriarchaler Herrschaft sich das Binnenmarktprojekt bewegen wird. Wenn sich auch mancher Text aus sozialdemokratischer oder neoliberaler Feder so liest, als ob wir mit dem Binnenmarkt die gesellschaftliche Gleichstellung der Frau gleichsam hinterücks - als Trick der Geschichte - geschenkt bekommen, so gehe ich doch davon aus, daß solche Hoffnungen genauer Prüfung nicht standhalten.**

**Dennoch bedarf es gründlicher Untersuchung, welche der gegebenen Formen der Geschlechterhierarchie historisch überholt sind, welche Besonderheiten der Geschlechterkonkurrenz sich mit dem Europäischen Binnenmarkt herausbilden und wie weit die Tendenz des Marktes gehen wird, die Geschlechterdifferenz auszugleichen.**

### Literatur:

Frederike Maier, Arbeitsmarktsegregation und patriarchale Gesellschaftsstruktur - Thesen zu einem gesellschaftssystem-übergreifenden Zusammenhang, in: Arbeitskreis sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF), (Hrsg.), Arbeitspapier 1990-1

Susanne Schunter-Kleemann, EG-Binnenmarkt - Euro-Patriarchat oder Aufbruch der Frauen? Schriftenreihe der wissenschaftlichen Einheit Frauen-Studien und Frauenforschung, Bd. 2., Bremen 1990



Niedererschlag der Postmoderne in der Zigarettenreklame?

## SABINE KEBIR IDENTITÄT UND LEBENSWEISE

„Identität zeigen“, „Identität bewahren“ oder gar „Identität zurückgewinnen“ ist ein Schlagwort geworden. Die Schwachen dieser Welt sind es, die um Identität ringen: marginalisierte Völker, marginalisierte Volksgruppen und das marginalisierte Geschlecht: die Frauen. Meistens geht es um die Rekonstruktion gesellschaftlicher Werte, die die Industriegesellschaft zerstört hat. Oder um Werte, deren Zerstörung historisch viel älter ist: die wahre Frau. Unangetastet von den lauten und leisen Deformationen, die ihr das Patriarchat angetan hat.

Die Identitätssuche begann mit dem Ruf „No integration“ der schwarzen Bürgerrechtler in den USA. Die Schwarzen hatten ein Jahrhundert auf Integration gehofft und sie nicht bekommen. Sie wollten nun einen anderen Weg gehen. Zurück nach Afrika wollten die einen, einen eigenen US-Staat die anderen. Die meisten aber wollten sich mit dem Aufbau eigener Kulturinseln begnügen, dort, wo man gerade war.

Dr. phil. Sabine Kebir, Privatdozentin, z.Zt. Univ. Limoges, Frankreich

Nicht mehr das Aufgehen in der weißen Kultur, sondern das aktive Schaffen einer eigenen Kultur, sollte den gedemütigten Menschen ihre Würde zurückgeben. Nicht weiße Farbige die herausbekommen hatten, daß Ihre Vorfahren aus dem islamischen Afrika stammen, traten damals zum Islam über.

Nach ähnlichem Muster formieren sich seitdem alle möglichen Identitätsbewegungen in der ganzen Welt. Auch die der Frauen. Sie wollen wieder Frauen werden. Notfalls auch auf Inseln.

Dabei ist es noch gar nicht so lange her, daß alle Welt nach derselben Identität gierte, nämlich nach der des modernen Industriemenschen (manns). Die Entwicklungsländer kauften eine Zeitlang nicht nur Waffen, sondern auch ganze Industrieanlagen auf dem Weltmarkt, die ihnen in wenigen Jahren den Sprung in die Moderne ermöglichen sollten. Schulprogramme ganzer Kontinente bezogen sich auf die Identität des Industriemenschen. Und Frauen wollten wie Männer werden, moderne Industriemenschen.

Es soll nicht unterschlagen werden, daß ein wenig „Integration“ in verschiedenen Bereichen durchaus erreicht wurde. Manche Farbige bringen es in den USA mittlerweile zum Bürgermeister, Gouverneur und fast auch schon zum Präsidentschaftskandidaten. Eine hauchdünne Schicht in beinahe allen Entwicklungsländern hat sich einen „Way of life“ im Stil der europäisch-amerikanischen Mittel- oder gar Oberklassen zu legen können.

Und manche Frauen sind tatsächlich auch Männer geworden. Ich denke hier nicht nur an die Scharen sowjetischer Straßenbauerinnen oder Waldarbeiterinnen, sondern auch an Menschen wie Golda Meir, Margret Thatcher oder Benasir Bhutto.

Identität ist erst zum Problem avanciert, seit klar geworden ist, daß die Milliarden und Abermilliarden der explodierenden Weltbevölkerung unmöglich alle Industriemenschen werden können. Oft fehlt in den Drittweltmetropolen schlichtweg der Platz: der Arbeitsplatz, der Wohnplatz. Der Platz fürs Auto auf den überfüllten Straßen erst recht. In den Industriemetropolen sieht es vermeintlich noch etwas besser aus. Aber jeder weiß, daß auch hier der schnelle Zusammenbruch möglich ist, sei es durch einen Sauerstoffkollaps oder auch durch ein Leck im Atomkraftwerk. Schon jetzt gäbe es für die Weltbevölkerung - wollte man ein einziges Mal gerecht aufteilen - gerade noch genug Nahrung. Aber es gibt schon nicht mehr genügend Bäume, um für alle Kinder die Bücher und Schulhefte herzustellen, die sie brauchen, um ihre Umwelt auch nur onnähernd verstehen zu lernen. Wir fühlen, daß wir in der Falle stecken. Unsere Identitätssuche ist die Suche nach einer Nische. Es kann verwundern, daß der Diskurs der Identitätssuchenden offensichtlich Anerkennung durch diejenigen findet, die mit ihrer „Industriemenschen-Identität“ die Welt beherrschen. In der Tat, die Identitätssuche der Schwachen macht dem Industriemensch nur selten Sorge - wie etwa im Falle der islamischen Fundamentalisten, zu deren Identität eben auch der „Heilig Krieg“ gehört. Froh ist der Industriemensch darüber, daß der identitätssuchende Schwarze von vornherein bereit ist, in seinem Ghetto zu bleiben. Mit „Frieden den Hütten“ kann jeder einverstanden sein. Wichtig ist, daß der Krieg gegen die Paläste eingestellt wird.

Viel Freude bereiten dem Industriemenschen die folkloristischen und kulinarischen Identitäten der Völker, die er bereist. In seinem Reisedrang steckt im Grunde sogar Hunger nach den noch nicht verlorengegangenen oder recht und schlecht wiedergewonnenen Identitäten der anderen. Er würde jedenfalls nicht mehr unbedingt nach Italien fahren, wenn sich dort die Salzkartoffel als Grundnahrungsmittel durchsetzen sollte.

## Es ist noch gar nicht so lange her, daß alle Welt nach derselben Identität gierte, ... der des modernen Industriemenschen (-manns)

Und was gibt es schließlich angenehmeres als eine Frau im Haus, die wieder Frau werden will, selbst, wenn sie zur Mondanbeterin wird oder ihre Zeit darauf verwendet, das Urrauschen ihres Monatszyklus zu erforschen? Zurück zur Natur - diesen Luxus sollten sich wenigstens die Frauen leisten - wo doch unsere Welt immer mehr dem Gesetz der Maschine und der Chemie folgen muß. Männer sollen nach wie vor hart wie Kruppstahl sein. Weshalb Frauen besonders weich sein können. Und auf keinen Fall sollten sie so etwas wie Lebensplanung unternehmen - wo doch sonst alles geplant ist. Irgendwo im Haus soll das Muttertier stecken. Das Urtier.

Aber die paar Mannweiber, die es trotzdem gibt, stören im Grund auch nicht. Um sie auszuhalten, hat Industriemensch den Liberalismus. Obwohl er das manchmal selber glaubt, ist es ein Irrtum anzunehmen, daß der Industriemensch keine Identität hat. Er

hat nur weniger Probleme damit. Er hat seine Ordnung, sein Geld, seine nette Wohnung und seine Mobilität. Wenn er reist und die Bereisten scheinbar um ihre hübschen Identitäten beneidet, so entspringt dieser - im übrigen flüchtige - Neid eigentlich nur dem Bedauern, daß es Dinge gibt, die sich seiner Kaufkraft entziehen. Denn zu seiner Identität gehört es nun mal, alles haben zu müssen. Aber, wie gesagt, es ist ein flüchtiger Neid. Eigentlich weiß der Industriemensch, daß er seine Ordnung, seine knackigen Frühstückbrötchen und seine Mobilität quer über den Erdball um nichts auf der Welt aufgeben möchte. Diese Annehmlichkeiten machen seine Identität aus und - abstrakt gesehen - entspringen sie nichts anderem als seiner Weltherrschaft. Er hat also eine Identität wie alle anderen auch. Aber sie unterscheidet sich in einem Punkt grundsätzlich von der Identitätssuche der Schwachen: Sie ist sich ihrer Historizität bewußt und ist aufgrund technischer Innovationen beständig im Fluß. Ihr wichtigstes Gesellschaftsspiel ist die Mode. In dieser Aufteilung zwischen Ernst und Spiel sind durchaus geschlechtsspezifische Prioritäten zu erkennen - die freilich keine Ausschließlichkeiten sind. Was den Männern die technische Invention ist, ist den Frauen der Kleiderwechsel im Rhythmus der Saisons. Das eine wie das andere verkauft sich unter dem Etikett des Fortschritts. Während alle anderen Identitäten auf eine Festschreibung vergangener, für idyllisch gehaltener Zustände zielen, folgt der Industriemensch dem Urgebot der Materie, dem „panta rei“ des Heraklit. Er folgt ihm freilich weitaus mehr schlecht als recht. Und doch liegt in seinem Historizitätsbewußtsein der Grund für seine Hegemoniefähigkeit. Für seine Herrschaft.

Nicht selten erweisen sich behauptete Identitäten als Schimären. Wir wissen heute, daß die Einteilung der Menschen in Männer und Frauen als eine relative angesehen werden muß. In jedem von uns schlägt ein hormonales Pendel, das uns nur im Normalfall und womöglich nur zeitweise eine einigermaßen sichere geschlechtliche Identität verleiht. Mittlerweile kennt man nicht nur im physischen Sinne die fließenden Übergänge vom Männlichen zum Weiblichen und umgekehrt. Nicht nur das Mannweib, sondern auch der „Softie“ stellt einen Versuch dar, im psychischen

Bereich fließende Übergänge zwischen Weiblichem und Männlichem zu schaffen. Auch der Blick auf vergangene oder fremde Kulturen offenbart keinesfalls immer die uns bekannte Einteilung in patriarchalische Männer- und unterworfenen Frauenpsychen. Ein Tuareg im südlichen Algerien antwortete auf meine harmlos gemeinte Frage, ob er Frau und Kinder habe, mit seltsamer Ziererei, die in unserem Kulturkreis früher einer sogenannten alten Jungfer zugeschrieben worden wäre. Er schämte sich unsäglich, daß ihn keine Frau seines - in Partnerschaftsfragen noch matriarchalisch organisierten - Kulturkreises zum Manne gewählt hatte.

Fällt es uns nicht sonderlich schwer, zwischen Tuareg und Deutschem verschiedene Identitäten festzustellen, so wird die Identitätsfrage zwischen uns und unseren Nachbarvölkern schon oft absurd. Ich möchte hier auf die zunächst ganz plausibel scheinenden Identitäten von Polen und Deutschen zu sprechen kommen. Und doch fällt es nicht so leicht, sie zu definieren. Mir fallen zunächst nur die Polenschlangen vor meinem Aldi ein. Dann kommt das Gefühl, daß sich Deutsche wohl doch nicht so weit erniedrigen würden. Aber da sind nun auch die Heuschreckenschwärme von ehem.-DDR-Bürgern, die mit ihrer neuerworbenen harten Währung die Märkte jenseits ihrer „Oder-Neisse-Friedensgrenze“ kahl fegen! Und wenn ich mir erst die Geschichte vor Augen halte, komme ich eher auf eine Vermischung als auf eine Abgrenzung von Identitäten. Wieviele meiner Bekannten sagen mal

so nebenbei, daß ihre Oma Polin war. Sie selbst fühlen sich aber ganz und gar nicht mehr als Polen oder als Polenabkömmlinge. Man sieht es an einer Vielzahl von deutschen Familiennamen, die eindeutig slawischen Ursprungs sind: wir haben über Jahrhunderte Polen assimiliert, die allesamt nostalgiefrei Deutsche geworden sind. Und machen wir uns nichts vor: der Assimilationsprozess war, wenn vielleicht auch schwächer, auch in Polen vorhanden. Die Deutschen

zu denken geben, daß sich mancher Pole erst in den letzten Jahren wieder seiner deutschen Großmutter erinnert. In früheren Zeiten war die nationale Identität zuweilen wurscht. Für das blaue Blut waren nationale Identitäten ziemlich egal. Ihre Völker konnten einander noch so gram sein, die Fürsten heirateten quer durch den Kontinent. Es wurde behauptet, daß derlei Verbindungen Frieden stiften könnten. Wenn es dann aber sein mußte, führte man aber auch Krieg „en famille“.

Die neue Sucht nach Identität zeigt an, daß wir es aufgegeben haben, alle gleich werden zu wollen. Daß wir Lebensweisen suchen, die jenseits der Sphäre jener Industriekultur liegen, die wir als zerstörerisch für Mensch und Natur erkannt haben.

Aber taugt hier der Identitätsbegriff? Hat es - außer in Vorzeiten - jemals irgendwo ein Jahrhundert gegeben, das dem vorangegangenen wirklich ganz gleich war? Und kann irgendeine Menschengruppe auf dem Planeten wirklich zurück ins Mittelalter oder gar in die Vorzeit? Hat der Indische Mensch nicht mit unerbittlicher Konsequenz zum Beispiel die altindischen Bewässerungssysteme und die traditionelle afrikanische Landwirtschaft zerstört, auf denen alle eine bislang fiktive indische oder afrikanische Identität traditioneller ~~Aus~~ wiedererstanden könnte? Und selbst wenn man diese Bewässerungssysteme und Agrarstrukturen rekonstruieren könnte, würden sie die explodierende Bevölkerung ernähren können? Nischenidentitäten gibt es nicht und

## Die neue Sucht nach Identität zeigt an, daß wir es aufgegeben haben, alle gleich werden zu wollen

dort haben Ihren deutschen Sinn wohl nur deshalb bewahrt, weil sie etwas davon hatten (und haben), der reichen Nation anzugehören. Es sollte jedoch

## PRAKTIKANT/IN GESUCHT.

DER SPW-VERLAG SUCHT EINE/N PRAKTIKANT/IN IM VERLAGSWESEN.  
MINDESTDAUER DES PRAKTIKUMS IST 3 MONATE.

BEWERBUNGEN UND NACHFRAGEN RICHTEN AN:

SPW-VERLAG • KIELERSTR. 13 • 5000 KÖLN 80

wird es nicht geben. Wenigsten der saure Regen wird sie erreichen. Der Schrei nach Identität ist oft die Festbeschreibung von Subalternität. Die endgültige Aufgabe des Kampfes um Hegemonie.

Sozialismus und Frauenbewegung haben schwere Niederlagen erlitten und das natürlich nicht erst seit dem Zusammenbruch der Systeme, die sich „realer Sozialismus“ nannten. Aber nur bei Strafe des endgültigen Untergangs können sie sich die Flucht in historische Identitäten, das heißt den Rückzug aus der geschichtlichen Bewegung, erlauben, anstatt diese mitzugestalten. Freilich hat der weltweite Schrei nach Identitäten zumindest bewußt gemacht, daß die Uhren doch nicht auf der ganzen Welt gleich schlagen und daß es legitime partikuläre Interessen gibt. Daß es niemals mehr einen wirklichen Menschheitsfortschritt geben kann, wenn mit dieser Vielfalt nicht gerechnet wird. Aber „Vielfalt“ und „multikulturell“ kann nicht heißen, daß manche Völker ihre Bodenschätze oder auch ihre Arbeitskraft dem Modernismus zur Verfügung stellen, während sie sich selbst mit Lebensweisen vergangener Jahrhunderte zufriedener geben sollen.

Auch an der „Partikularität“ von Frauen und Männern besteht kein Zweifel. Der gebärende Mann steht noch nicht auf dem Programm der Genetiker und der verantwortungsvoll erziehende Mann wird nur äußerst selten gesichtet. Frauen werden auch weiterhin andere Lebensweisen als Männer haben und von dort her ihre Forderungen definieren müssen. Bislang hat die europäisch-amerikanische Frauenbewegung angenommen, daß sie unter die Frauen der Erde ein Pneuma gebracht hat, das überall für einen weltweiten Frauenkampf gegen das Patriarchat wirkt. Beredtes Anzeichen für diese naive eurozentristische Haltung ist die noch immer typische Reaktion auf schlimme Nachrichten über Frauunterdrückung aus der Dritten Welt: „Aber gibt es denn dort keine Frauenbewegung?“ Oder etwa das Staunen darüber, daß viele Frauen in der islamischen Welt den ihnen dort immer nachdrücklicher vorgeschriebenen Rückzug in Mittelalter tatsächlich anzutreten scheinen. Selbst gebildete Frauen: Studentinnen, Wissenschaftlerinnen und Filmregisseurinnen legen mittlerweile den Tschador an. Es handelt sich hier in der Tat um einen

Rückzug, der seinen Grund freilich darin hat, daß es für die Frauen dieser Länder mittlerweile nur noch um das blanke Überleben geht. Schuld daran ist keineswegs nur das beinahe ungebrochene Patriarchat, sondern vor allem auch die allgemeinen Lebensbedingungen, die der von uns beherrschte Weltmarkt dort geschaffen hat: totale Zerstörung traditioneller Produktionsstrukturen in Stadt und Land, Bevölkerungsexplosion, Arbeitsplatzmangel. Die immer größer werdende Kluft zwischen demographischer Explosion und stagnierendem oder gar rückläufigem Arbeitsplatzangebot wird in absehbarer Zeit der großen Mehrzahl der Frauen dort keine Chancen zur Selbstbestimmung geben.

Aber lassen wir uns nicht vom äußeren Schein trügen. Der Tschador sagt noch weniger über den Geist seiner Trägerin aus als der Minirock. Nicht selten wird er allein zur Tarnung getragen. In arabischen Ländern sind mir immer wieder traditionell verummte Studentinnen begegnet, die plötzlich Zigaretten aus ihren Handtaschen zogen. Oder den Tschador trugen, um gefahrlos trampeln zu können. Oder um noch Unbotmäßigeres zu kaschieren. Auch in den islamischen Kulturen sind die so nachdrücklich geforderten Identitäten keineswegs wirklich im Stillstand.

Erneuerung des Sozialismus, Erneuerung der Frauenbewegung. Beide Bewegungen müssen sich darüber im klaren sein, daß ein einheitlicher Weltdiskurs keine Früchte mehr tragen kann. Was für die Frauen einer Weltgegend eine realistische Zielstellung sein kann, wird für Frauen in einer anderen Region lebensgefährlich. Kampf um soziale Gerechtigkeit und Kampf um Frauenrechte werden in verschiedenen Weltgegenden verschiedene Inhalte haben. Solidarität und Aktionseinheit wird nur um den Preis der Anerkennung dieser Verschiedenheiten zu haben sein. Um den Preis der Toleranz.

Dennoch scheint es einige Grundfragen zu geben, die die Frauenbewegungen überall angehen. Freilich ist nicht davon auszugehen, daß sie überall sofort als solche anerkannt werden. Es handelt sich um Grundfragen, die sich vor allem aus der ökologischen, aber auch aus der politischen Lage der Welt ergeben. Ich meine hier nicht nur die weltweite Durchsetzung gleichen juristischen und politischen Rechts für beide Geschlech-

ter, sondern vor allem auch das gleiche Recht auf Information. Der Kampf um das „Recht auf Selbstbestimmung“ für Frauen bleibt solange eine liberale Phrase, wie Frauen das Recht auf Bildung, das heißt auf umfassende Kenntnis ihres Lebensraumes und seiner Perspektiven, versagt bleibt. In der Annahme, dadurch ihre Ehe oder ihre Altersversorgung abzusichern, wünschen sich noch immer die meisten Frauen der Erde viele Kinder. Sie wissen nicht, daß sie vor allem Konsumenten, nicht aber die Produzenten gebären, die ihnen später beim Überleben helfen könnten und daß die technische und politische Entwicklung für viele dieser Kinder keine Arbeit mehr übriglassen wird. Sie wissen nicht, daß sie weniger Kindern womöglich eine bessere Ausbildung und damit auch eher Arbeitschancen geben könnten. So wird die demographische Explosion zur eigentlichen Ursache der Entwertung des Alters. Ein Teufelskreis. Der Industrie freilich kann das weltweit lohndrückende Arbeitslosenheer nie groß genug sein. Vor allem Frauen würden davon profitieren, wenn die demographische Explosion gestoppt würde.

Die gesellschaftlichen und ökologischen Aussichten für den Planeten stehen denkbar schlecht. Sozialismus und Frauenbewegung müssen ihr Ideal, das Paradies auf Erden errichten zu wollen, wohl relativieren. Aber auch ein Nischendasein hat wenig wirkliche Perspektive. Es ist unrealistisch geworden, zu fragen, welche gerechte Lebensweise wir wollen. Wir müssen fragen: wieviel und welche Gerechtigkeit können wir überhaupt noch erreichen? Hegemonie wird der erringen, der die Katastrophen, die unweigerlich auf und zukommen, einzudämmen weiß.

spw.



**Gero Gemballa**  
**Geheimgefährlich**  
Dienste in Deutschland  
200 S., DM 20,- 3-89438-008-X

**Arthur Heinrich/  
Klaus Naumann (Hg.)**  
**Alles Banane -**  
**Ausblicke auf das endgültige**  
**Deutschland**  
200 S., DM 20,- 3-89438-007-1

**Rainer Falk (Hg.)**  
**Nelson Mandela -**  
**Unser Weg in die Freiheit**  
250 S., DM 20,- 3-89438-009-8

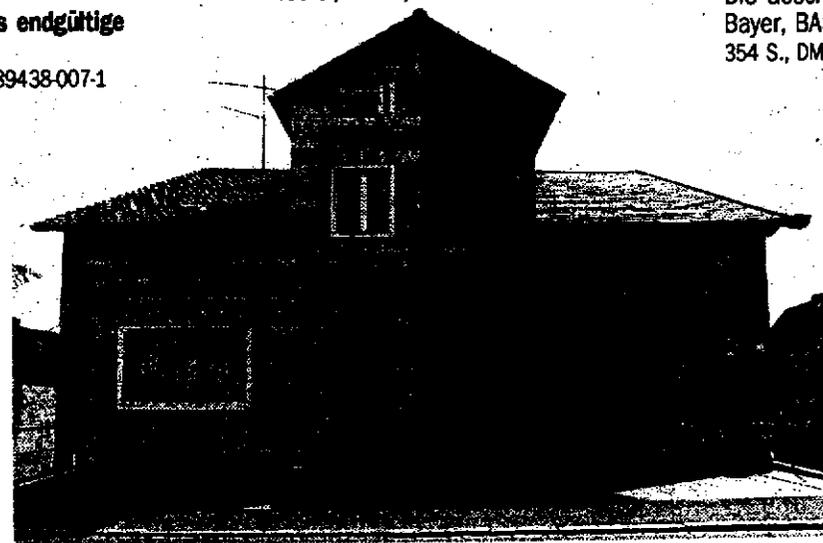
**Arno Klönne**  
**Rechts-Nachfolge**  
Risiken des deutschen  
Wesens nach 1945  
186 S., DM 20,- 3-89438-001-2

**Gisela Preuschhoff**  
**Guter Hoffnung**  
Ganzheitliche Anregungen  
für Körper und Seele während  
der Schwangerschaft  
176 S., DM 18,- 3-89438-011-X

**Otto Köhler**  
**... und heute die ganze Welt**  
Die Geschichte der IG Farben  
Bayer, BASF und Hoechst  
354 S., DM 28,- 3-89438-010-1



Taschenkalender im 13. Jahr  
288 S., DM 11,80 3-89438-006-3



PapyRossa Verlag Gottesweg 52 5000 Köln 51 0221/36 16 77/36 04 14

Lasers halbe Welt  
**EIN GESPRÄCH:**

# EIN EINZIGARTIGES EINERLEI FESTHALTEN AN DEN TRÜMMERN

Individuum ein einziges, das macht es so schwer, etwas Besonderes zu  
 über Indivi-Duelle und andere Probleme der Serienproduktion.

**Die Ereignisse von 1989 haben die marxistische Geschichtskonzeption erschüttert. Stuart Hall und Frederic Jameson tragen die Stücke der postmodernen Epoche zusammen.**

Frederic Jameson ist Professor für Vergleichende Literaturwissenschaft an der Duke Universität, North Carolina. Er wird international als der wichtigste marxistische Intellektuelle Amerikas und als führender Schriftsteller auf dem Gebiet der Literaturkritik angesehen; zu seinen Werken gehören „The Political Unconscious“, „The Prison House Of Language“ und „Marxism And Form“. Mit seinem inzwischen klassischen Essay „Postmodernism Or The Cultural Logic Of Late Capitalism“ hat er außerdem eine markante Position in die Diskussionen um die Postmoderne eingebracht. Sein Buch „Late Marxism“, in dem er auf die Bedeutung des Werkes von Adorno für die gegenwärtige Situation verweist, wird im September bei Verso erscheinen.

**Hall:** In „The Cultural Logic Of Capital“ (New Left Review, 146, Juli/August 1984) beschreiben Sie das, was man jetzt postmoderne Kultur nennt. Sie setzen eine direkte Entsprechung zwischen Kapitalismus und Kultur voraus: „Die bürgerliche Kultur entsprach der Ara des organisierten Kapitalismus - dem, was Lenin 'Imperialismus' nannte.“ Sie behaupten, daß wir uns auf dem Weg in eine neue Epoche befinden, in der der „Spätkapitalismus“ seine Entsprechung in dem findet, was als „postmoderne Kultur“ bezeichnet worden ist. Sind Sie immer noch dieser Ansicht?

**Jameson:** Wenn man über „bürgerliche Kultur“ spricht, taucht das Problem auf, daß eines der Postulate, die man mit diesem epochalen Wandel verbinden möchte, ist, daß die Kultur des Bürgertums selbst durch ihn zerstört worden ist. Was wir jetzt vor uns haben, ist eine relativ anonyme systemartige Kultur, in der es genauso problematisch wird, in traditioneller Weise über herrschende Klassen zu sprechen wie über so manch andere Fragen. Es könnte zwar noch sinnvoll sein, diese Begriffe zu benutzen, aber vorher muß man auf alle Einwände eingehen.

Wenn man über die Postmoderne spricht, ist es wichtiger, zu fragen, was denn „klassische Moderne“ und „Hochmoderne“ eigentlich genau waren. Ich fand es sinnvoll, dem Gedanken zu folgen, daß die Moderne eine Antwort auf eine Modernisierung im Westen war, sagen wir: zwischen dem mittleren und späten 19. Jahrhundert und dem zweiten Weltkrieg. Sie war eine Antwort auf eine Modernisierung, die unvollständig war und in der die modernisierten Enklaven selbst noch gegen einen Hintergrund älterer Klassenlagen, älterer Formen der Landbewirtschaftung und, in einigen Teilen von Europa, sogar noch älterer aristokratischer Formationen antraten, die schließlich der zweite Weltkrieg beseitigte.

So ist der wirkliche Unterschied zwischen Postmoderne und Moderne, daß die Postmoderne eine Situation tendenziell vollständiger Modernisierung ist, in der jene älteren Überreste entfernt worden sind.

**Hall:** Ist ein Anzeichen für das, was Sie „tendenziell vollständige Modernisierung“ nennen, das Eindringen vieler Elemente in den Alltag, in die populäre

Kultur, in die Konsumtion, die man früher mit einer ziemlich exklusiven „Hochmoderne“ in Zusammenhang brachte?

**Jameson:** Absolut. Ich würde das die Plebeisierung der Kultur nennen: die Tatsache, daß weitaus größere Teile der Öffentlichkeit inzwischen Kultur auf einer geregelten Basis konsumieren und sie auf eine Weise an der Kultur teilhaben, zu der sie zuvor keinen Zugang hatten. Das ist ein entscheidender Teilaspekt der Postmoderne, der ihre Zwiespältigkeit unterstreicht: Man kann nicht gegen die Demokratisierung der Kultur sein, aber man muß sich gegen andere ihrer Grundzüge zur Wehr setzen. Diese gemischten Gefühle müssen in jede Analyse der Postmoderne aufgenommen werden.

**Hall:** Sie haben gesagt, die Postmoderne sei eher systemartig. Können wir dabei noch von einer „Klassenkultur“ im alten Sinne sprechen?

**Jameson:** Es handelt sich um eine Klassenkultur im älteren Sinne wirklich nur, wenn man sie von außen betrachtet, aus der Perspektive des Nicht-We-

stens. Wenn das so ist, denke ich, daß die Begriffe, die wir gewöhnlich gebrauchten - wie „Kulturimperialismus“ - absolut angemessen sind, und in der Tat wäre die „Postmoderne“ nur ein Synonym dafür. Es ist im wesentlichen eine nordamerikanische Kultur, die durch Medientechnologie und so weiter exportiert und eingepflanzt wird. Wenn Sie die Sache von dieser anderen Perspektive betrachten, dann handelt es sich ganz eindeutig mindestens um ein Herrschaftsverhältnis, wenn nicht um ein unmittelbares Klassenverhältnis. Aber von innen betrachtet wäre diese Herrschaft nicht so sichtbar. Zum Teil, weil das, was an ihr systemartig ist, nicht irgendjemandes Tätigkeit zuzuschreiben ist. Wir haben keine vorherrschende Klasse mehr, die da oben sitzen, konspirieren und es uns so richtig geben würde. Mit denen ist es auch vorbei. Und offensichtlich gibt es eine gewisse Art, durch die es für viele Leute nicht unangenehm ist, daß die Postmoderne ihnen zustößt. Sie ist eine sehr elegante Sache. Man kann über sie nicht auf alte Art in den Kategorien ideologischer Kontrolle denken.

**Hall:** Sie haben von der Moderne als Reaktion auf eine bestimmte Restrukturierung, eine Neuformierung des Kapitals in der Periode des Imperialismus bis zum zweiten Weltkrieg gesprochen. Aber es fällt schwer, die Postmoderne als Reaktion anzusehen, denn das setzt kritische Distanz voraus, die Fähigkeit, über die Herausforderung zu reflektieren. Der Modernismus war Widerspruch. Er schockte, er sorgte für Skandale, er forderte den Geschmack des viktorianischen und edwardianischen Bürgertums heraus. Der Postmodernismus heutzutage tut das nicht. Er hat nicht jene nachdenkliche, kritische Distanz zu dem, was im ökonomischen und politischen System vorgeht. Er erscheint als völlig in das System integriert, als ein wesentlicher Bestandteil davon. Ist das der Fall?

**Jameson:** Das ist absolut richtig. Der Modernismus - mit seiner Forderung nach der Freiheit der Künste und seiner Ideologie der Schöpferkraft und so weiter - spiegelte noch eine Situation wider, in der es gewisse unternehmerische Möglichkeiten gab. Bestimmte Formen der

Opposition oder der Kulturkritik entstehen nur, wenn die Ökonomie noch nicht allzu standardisiert ist und es noch Spielraum gibt, sowohl für individuelle Unternehmer als auch für dieselbe Art von Triebkräften auf der kulturellen Ebene.

Das ist heutzutage viel weniger der Fall. Es handelt sich hier um eine Periode, in der eine echte Kollektivierung der Lebenslagen an beiden Enden des ökonomischen und sozialen Spektrums stattfindet: bei den großen multinationalen Konzernen einerseits und andererseits in der Kollektivierung all der oppositionellen Gruppen. Beispielsweise gibt es nicht mehr jenes großartige nordamerikanische Ideal vom „einsamen Rebellen“, der die Gesellschaft herausfordert. Es gibt keine einsamen Rebellen mehr, denn diese sind alle auf die eine oder andere Art organisiert. Sie haben Adressenlisten, sie haben ihre Vereinigungen der einsamen Rebellen. Diese Tatsache ändert die Umstände in Bezug auf die Art, wie die kulturelle Produktion erlebt wird und in Bezug auf die relative Anonymität und systematische Kontrolle dieser Methode, über das Ökonomische in Unkenntnis gelassen zu werden, anstatt zur Opposition dagegen getrieben zu werden.

**Hall:** Ich denke, daß es hier einen Unterschied zwischen Amerikanern und Nicht-Amerikanern in der Schwerpunktsetzung gibt. Sie sprechen von diesen sichtbaren Formen der Kollektivierung und Vereinnahmung - dem korporativen Charakter der postmodernen Kultur. Wogegen sich - vielleicht, weil wir da an der Peripherie sind - in Großbritannien der Übergang etwas anders anfühlt. Natürlich kann man die Tatsache nicht leugnen, daß das gesamte ökonomische und kulturelle System viel organisierter, viel gelenkter, viel geregelter und rationalisierter ist. Auf einem bestimmten Niveau ist jeder an jene Strukturen angebunden, die nur die korporative Kultur des Spätkapitalismus hervorbringen kann.

Aber dies scheint paradoxerweise eine neue Form von Individualismus hervorgerufen zu haben. In Bezug auf Stil zum Beispiel scheint es, daß das gewöhnliche „unternehmerische Individuum“ sich zum ersten Mal herausdifferenzieren kann. Die Korporationen müssen

**Auf einem bestimmten Niveau ist jeder an jene Strukturen angebunden, die nur die korporative Kultur des Spätkapitalismus hervorbringen kann. F.J.**

ihn/sie in der Tat sehr sorgfältig im Auge behalten, weil sie gewissermaßen zu groß und schwerfällig sind, um die fließenden Rhythmen moderner Konsumtionsstilrichtungen einzufangen. Sie müssen schnell auf das reagieren, was die Straße entlangkommt.

**Jameson:** Sie sprechen über Musik...

**Hall:** Musik und Stil und Kleidung. Genau das, wo normale Leute, ohne das unbedingt so ausdrücken zu können, postmodern leben. Vielleicht haben sie nicht viel Gespür dafür, was an dem System es ist, das diese Möglichkeiten eröffnet oder wie begrenzt sie sind. Zweifellos ist es möglich, daß das, was als Freiheit erfahren und ideologisch konstruiert wird, nicht notwendigerweise überhaupt Freiheit ist. Aber das führt zu einem Sinn für Differenzierung. Die Ära der Massenproduktion hat damit nicht Standardisierung, sondern ein Auswuchern von Differenzierung, von Besonderheit hervorgebracht. Konzerne werben nicht mehr gegenüber einem Massenpublikum. Sie betreiben jetzt Nischenwerbung - sie beziehen sich auf die subtile Unterscheidung zwischen einer Konsumentenöffentlichkeit und einer anderen; sie beuten die kulturelle Zersplitterung aus. Offensichtlich muß erst ein gewisses Niveau der Vermassung erreicht werden, bevor dies möglich ist. Es handelt sich hier um Ausdifferenzierung nach der Vermassung, anders als der alte Stil des Individualismus im 19. Jahrhundert. Aber es ist genauso sehr diese Wiederkehr des Individualismus und der Ausdifferenzierung, wie ihre Kollektivierung, Anonymität und systemartige Qualität, mit der die Postmoderne die Leute hier trifft.

**Jameson:** Das ist eindeutig ein Teilaspekt dieses Überganges. Aber wir müssen uns an die Vermassung erinnern; der „Fordismus“ und die standardisierten Produkte gingen genauso mit dem individuellen Rebellen einher. Das ist es, was die Revolte ermöglichte, genauso wie all die anderen Ideologien, wie Authentizität und so weiter, was wir in einem positiven Sinne mit der Moderne verbinden. Was Sie beschreiben ist die Art, auf die das ökonomische System selbst, auf eine post-fordistische Weise, nun eine Maschine für Differenzierung geworden ist. Nordamerika war gewissermaßen der Ort, wo sich dieses Moment in Reinkultur entwickelte, weil es dort weniger Kräfte der Tradition und des Widerstandes gab und weniger Vergangenheit, die es zu zerstören galt. Ich glaube, daß Sie nach 1992 dahin kommen werden.

Es gibt ein linguistisches Problem mit diesem Konzept der Besonderheit. Die

**Wir haben keine vorherrschende Klasse mehr, die da oben sitzen, konspirieren und es uns so richtig geben würde. F.J.**

Konzeptionalisierung der Besonderheit wäre in Situationen einer realen Besonderheit nicht möglich gewesen. In einem imperialen System, wo kolonisierte Völker sich wirklich radikal von ihren Oberherren in der Metropole unterscheiden, ist es kein großartiges politisches Verdienst, diese Besonderheiten zu untermauern. Das politische und kulturelle Konzept der Besonderheit basiert paradoxerweise auf dem Sieg einer gewissen Gleichheit und Identität zwischen den sozialen Sub-Gruppen. Es wäre vor Erreichung eines Zustands, in dem es weniger Besonderheit gab, gar nicht möglich gewesen.

**Hall:** Meinen Sie, daß die Sprache der Besonderheit viel gemeinsamer wird,

wenn wir uns alle auf derselben Ebene bewegen, selbst wenn wir das sehr unähnlich und ungleich tun? Das Kräftegleichgewicht ist nicht dasselbe in der sogenannten Dritten Welt wie es das in London oder Paris, Bonn oder New York ist. Aber es handelt sich hier nicht länger - wenn sie es jemals waren - um voneinander getrennte Welten. Sie gehören immer mehr zur gleichen „globalen Kultur“.

**Jameson:** Ja, obwohl es sinnvoll ist, die Frage der globalen Unterschiede von dem zu trennen, was in einer politischen Einheit wie einem Nationalstaat vor sich geht, lediglich zu dem Zweck, die Dinge klarer zu haben. Ich habe es sehr interessant gefunden, daß im Kulturbetrieb und im universitären Bereich die Postmoderne praktisch gleichzeitig mit einem völlig neuen Interesse daran entstand, was wir gewöhnlich Dritte-Welt-Literatur nannten, post-koloniale Literatur.

Es gibt in der Tat einen Zusammenhang zwischen all den Dingen, die mit einer gewissen Art globaler Standardisierung zu tun haben. Standardisierung wiederum ist sowohl eine gute als auch eine schlechte Sache. Und es erstaunt mich, wie viele Illusionen es in dieser Berufung auf die Besonderheit gibt, selbst wenn die Differenzierung die Logik des Systems ist, das dadurch, daß es Differenzierung produziert, eine neue Form der Standardisierung produziert. Wirklich, die ganze Logik der Postmoderne ist folgende: Eine neue Art, Gleichheit als Besonderheit zu betrachten, über welche wir in früheren Zeiten nicht so gut hätten nachdenken oder sprechen können.

**Hall:** Sie haben am Anfang gesagt, daß die kulturelle Demokratisierung, die wir mit der Postmoderne verbinden, sowohl positiv als auch negativ zu sehen ist. Jetzt sagen Sie dasselbe über globale Standardisierung. Aber ist das nicht genau das Problem bei einer „postmodernen Politik“: der Versuch, herauszubekommen, ob ihre negativen ihre positiven Seiten überwiegen? Sie müssen eine Wette abschließen, ob das, was in der Postmoderne vor sich geht, lediglich ein Herrschaftssystem ist, das Differenzierung als Teil seiner eigenen Herrschaftslogik hervorbringt: oder ob es wirklich einen Wechsel gegeben hat,

der die Macht der marginalisierten oder unterdrückten Kulturen und Leute repräsentiert, der dann das ausmacht, was Sie am Anfang eine wirkliche Besonderheit genannt haben. Wenn das System diese Differenzierung als Bestandteil seiner eigenen Logik hervorbringt, dann arbeitet die „Logik der Geschichte“ in einem klassischen marxistischen Sinne

**Eine Politik, die es mit dem Korporativen aufnehmen wollte, müßte es dazu mit der Postmoderne selbst und ihrer korporativen Kultur aufnehmen. F.J.**

noch weiter, während sie gerade einen ihrer vielen epochalen Umbrüche durchmacht. Andererseits - wie Sie wissen - halten viele Leute diese Umbrüche für den Ausdruck der Aushebelung der „Logik der Geschichte“ - für das Ende der Meta-Geschichtstheorie des klassischen Marxismus. Befinden wir uns noch im selben Spiel?

**Jameson:** Einige Probleme, die ich dabei habe, wenn ich hierüber spreche, ergeben sich aus dem Begriff der Entwicklungsstufe, den ich unbedingt aufrechterhalten möchte. Aber ich glaube, die Probleme haben ebenso etwas mit dem zu tun, was wir Dialektik nennen, und sie waren so vorhanden, wie Marx das Kapital von Beginn an - ab dem Kommunistischen Manifest - beschrieben hat. Es ist zugleich absolut positiv und absolut negativ, und um es verstehen zu können, sollten wir diese beiden Dinge zusammen denken können oder sie irgendwie zusammen aussprechen, in einem einzigen Satz. Aber das können wir nicht, so daß wir hin- und herquasseln zwischen der Beschreibung der positiven Seiten und dann der Erinnerung an die negativen. Der politisch positive Aspekt dessen, was Sie beschrieben haben, ist die Tatsache, daß Sub-Gruppen es nun geschafft haben, eine gewisse kollektive Existenz zu erreichen, die sie vorher nicht so recht hatten. Das paßt eindeutig zu einer Art

kultureller Verdinglichung auf Seiten der Industrie, die jetzt einen neuen Sub-Markt hat und neue Produkte für ihn hervorbringt. Aber das Entscheidende wären nicht diese Merkmale der kulturellen Besonderheit, sondern die Tatsache der Kollektivität.

**Hall:** Aber wirken diese beiden Dinge - kulturelle Besonderheit und soziale Solidarität - nicht gegeneinander? Betrachten Sie den Feminismus, der im Namen einer kollektiven Kategorie - Frauen - hervorkam und aus ihrer kollektiven Erfahrung der Marginalisierung und Zweitrangigkeit. Aber die Frauenbewegung wurde sehr schnell gespalten: durch Unterschiede zwischen einer weiblichen Erfahrung und einer anderen, einer Kategorie von Frauen und einer anderen.

Genau dasselbe ist bezüglich der Minderheiten geschehen. Es gab eine Zeit in Großbritannien, als die Bezeichnung „schwarz“ sie jenseits ihrer kulturellen Unterschiede einte. Aber jetzt fangen die kulturellen Unterschiede von neuem an, sich zu entfalten, und das macht schwarze Politik sehr kompliziert. Unser Politikverständnis auf der Linken hing immer an der Vorstellung, zusammenzukommen: Solidarität - eben nicht nur das einsame Rebellen-Individuum. Aber es ist genau dieser Sinn für Totalität, für kollektives Handeln und Solidarität, der unterminiert worden ist durch die neue Logik der „Besonderheit“, die die Ära der Postmoderne dominiert.

**Jameson:** Mein Politikverständnis, das vielleicht altmodisch ist, ist, daß schließlich und endlich nichts ohne die Rekonstruktion einer gewissen Basis-Einigkeit unter Gruppen geschieht. Mein eigener Sinn dafür mag zu pessimistisch sein, aber aus der Perspektive einer Politik der Solidarität kann Kultur kein Ersatz für Politik sein. Sie würde eher mit ihr ins Gehege kommen. Wenn die verschiedenen Sub-Gruppen machtvolle kulturelle Symbole ihrer Besonderheit erfinden, dann ist es ungleich schwerer für sie, wieder zusammenzukommen. Ich bin, was eine rein kulturelle Politik betrifft, pessimistischer als ich es offensichtlich gerne wäre.

**Hall:** Aber gibt es da nicht heutzutage ein Problem: das gemeinsame Programm auszumachen, über das jene Solidarität organisiert werden könnte? Was wir beschrieben haben ist ein Bereich, in dem eine Menge an aktiver Politik in der Gesellschaft passiert; aber es gibt eine Diskrepanz oder Lücke zwischen den alten politischen Parteien und ihren Programmen, die in einem früheren politischen und kulturellen Bereich steckengeblieben sind. Diese Programme reflektieren nicht die Lebensführung, die Kulturen und die Widerspruchspunkte der sich entwickelnden sozialen Kräfte. Und die sozialen Kräfte selbst sind so geteilt und unterteilt - um verschiedene Projekte herum -, daß es nicht möglich ist, irgend ein einzelnes übergreifendes Programm auszumachen, das sie vereinigen könnte. Dies ist das Problem der Hegemonie im Zeitalter der Postmoderne. Außerdem gibt es unter diesen neuen sozialen Subjekten eine echte Angst davor, die Dinge zu unterdrücken, die sie mobilisieren und aktivieren, wenn sie sie in irgend ein größeres Programm stecken, das womöglich diese Dinge überschwemmen und vergessen machen könnte.

**Jameson:** Niemand könnte damit anfangen, ein ganzes Programm zu erfinden, aber der erste Schritt hin zu irgend einer Solidarität zwischen Gruppen ist das Gespür dafür, daß - wie unterschiedlich sie auch sind und auf wie unterschiedliche Weise sie auch zu Opfern gemacht werden - sie sich alle einer gemeinsamen Situation gegenübersehen, die von dem diktiert wird, was gewöhnlich die herrschende Klasse genannt wurde. Es ist richtig, dies nicht mehr Staat zu nennen. Ich glaube, „das Korporative“ wäre ein gutes Wort dafür, im multinationalen und geschäftlichen Sinne, denn so oder so ist das Korporative keine herrschende Klasse alten Typs - aufgrund dessen, was mit der individuellen Interessenbindung geschehen ist. Auf diese Weise beginnt man, eine Allianz von Gruppen zu schaffen.

**Hall:** Das Verschwinden einer einheitlichen Vertretung wie „die herrschende Klasse“ oder „der Staat“ als Instrument der Unterdrückung weist seine eigenen Schwierigkeiten auf. Es erfordert von uns, uns ein viel reichhaltigeres

res Bild davon zu machen, wie diese „korporative“ Kraft arbeitet. Das, was Leute zu Opfern macht, scheint zufällig geworden zu sein, der Zusammenbruch irgendeines Feindes oder irgendeiner Kraftquelle, eine Vervielfältigung der Kraftzentren. Die Diffusion dessen, was gewöhnlich „der Feind“ genannt wurde, hinüber in ein vollständiges System, führt zu der Schwierigkeit, irgendeine Art gemeinsamer oppositioneller Politik zusammenzuführen.

**Man kann nicht gegen die Demokratisierung der Kultur sein, aber man muß sich gegen andere ihrer Grundzüge zur Wehr setzen. Diese gemischten Gefühle müssen in jede Analyse der Postmoderne aufgenommen werden. F.J.**

**Jameson:** Der zweite große Stolperstein ist die Tatsache, daß das Korporative jetzt mit der Kultur zusammenfällt, so daß es in der Tat erfordern würde, durch die Vermittlung der Kultur selbst hindurchzuschreiten, um dieses Werkzeug, das scheinbar nicht vorhanden ist, zu identifizieren. Das dramatisiert für mich so richtig, was auf dem Spiel steht bei dieser ganzen Frage der Postmoderne und ihrer kritischen Analyse. Die Postmoderne als einheitliche Logik zu begreifen, ist ein Teil des Prozesses, in dem versucht wird, diese treibende Kraft zu lokalisieren, welche unsichtbar und irgendwo innerhalb „des Korporativen“ verstreut erscheint. Eine Politik, die es mit dem Korporativen aufnehmen wollte, müßte es dazu mit der Postmoderne selbst und ihrer korporativen Kultur aufnehmen. Dies durchzuführen, ist eine sehr komplizierte Sache und es ist etwas, das Leute oft als puritanisch oder schlicht versimpelt abstempelt, denn sie sehen scheinbar die ganze Postmoderne als eine Form der Dekadenz und als Kultur der herrschenden Klasse an, während sie eine viel ambivalenter Sache ist, mit einer ganzen Menge neuer Dinge, die in ihr geschaffen werden.

**Hall:** Ich möchte all dies in den

Kontext dessen stellen, was in Osteuropa geschieht. Sie mögen sagen, daß 1992 eine Vollendung des Systems darstellt, das Sie zu beschreiben versuchen. Und voraussichtlich eröffnet 1989 für jedermann den Weg, an dieses System angeschlossen zu werden. Die Zweite Welt wird angeschlossen werden, die Dritte Welt ist schon angeschlossen; die Postmoderne Kultur wird überall sein. Es wird eine neue Phase der kulturellen Globalisierung des Kapitals geben.

Das mag in Osteuropa so geschehen. Aber wie ist das überhaupt mit der Explosion in Osteuropa? Sie hat ihre eigene lokale, historische Spezifität, und innerhalb dieser Geschichte gibt es eine gewisse Paradoxie hinsichtlich der Tatsache, daß es „Demokratisierung“ ist, die ihr den mächtigsten Anstoß zum Wechsel gegeben zu haben scheint: eine Idee von Demokratie, die im Westen fast verloren war. Demokratie ist im Westen so sehr mit liberaler Demokratie und liberalem Kapitalismus gleichgesetzt worden, daß es uns schwerfällt, uns für sie sehr zu begeistern. Sie scheint die Dinge eher zu bewahren als sie besonders zu verändern. Aber im Osten waren sie über die Demokratie richtig begeistert. Im Moment ist es die einzige Möglichkeit, die Revolutionen von 1989 zu beschreiben, indem man Begriffe wie „Demokratisierung der Zivilgesellschaft“ oder eine ähnliche Terminologie verwendet. So scheint in beidem, in der Postmoderne und in den Explosionen in Osteuropa, sich eine zugrundeliegende Tendenz zur „Demokratisierung der Gesellschaft“ auszudrücken. Haben Sie irgendwie in diese Richtung gedacht in Bezug auf die Explosionen von 1989?

**Jameson:** Ich zögere, das Wort „Demokratisierung“ zu benutzen, weil es einen Sieg impliziert, der noch nicht gekommen ist. Er genauso wenig im Westen gekommen. Demokratie muß mehr als politische Konsultation umfassen. Es muß Formen der ökonomischen Demokratie und der Volkskontrolle auf andere Weise geben, einige davon sind sehr problematisch, wie Selbstverwaltung durch die Arbeiter. Das ist nicht erreicht worden, und daher ist es wichtig, die Demokratisierung der Kultur vom Erreichen wirklicher Kontrolle durch das Volk zu unterscheiden. Es gibt einige permanente politische Dilemmata, die

mit den Veränderungen an der Oberfläche nicht verschwinden. Was jetzt den Osten betrifft, halte ich es für sehr plausibel, einen Vergleich mit der Revolution von 1848 anzustellen, in welcher es weniger das Ökonomische war, um das es ging, sondern das Nationale.

Mein anderes Gefühl ist, daß 1989 in der Tat das Ergebnis der Passage der östlichen Länder in ein ganzes neues Weltssystem war, das sich den letzten 10 bis 15 Jahren herausgebildet hat. Es ist falsch zu sagen, daß der Sozialismus ein Fehlschlag war. Er war in diesen Ländern ein Erfolg. Sie hätten diese Situation gar nicht erreicht ohne die annähernde Vervollständigung des Modernisierungsprozesses, die immer das letzte Motiv des Leninismus war. Man kann sehr verschiedener Ansicht darüber sein, ob dieses leninistische Moment der Modernisierung dasselbe ist wie der Marxismus überhaupt. Aber eine neue Entwicklungsstufe wäre nicht zustande gekommen, wenn der Sozialismus nicht erfolgreich gewesen wäre.

Unter solchen Bedingungen, wo eine Gruppe von Ländern eigentlich gegenüber dem Weltfinanzmarkt abgeschotet ist gegenüber Handel und so weiter, sind Fragen nach der Effizienz fast ausschließlich politische Fragen. Aber in dem Augenblick, in dem der Weltkapitalismus seine ältere Hülle abwirft

**Die Konzeptionalisierung der Besonderheit wäre in Situationen einer realen Besonderheit nicht möglich gewesen. ... Das politische und kulturelle Konzept der Besonderheit basiert paradoxerweise auf dem Sieg einer gewissen Gleichheit und Identität zwischen den sozialen Sub-Gruppen. F.J.**

und sich auf eine viel machtvollere und systemartige globale Art und Weise organisiert, werden diese Länder und ihr Nationalplan und ihre Lebensweisen, die im alten System ziemlich gut funktionieren, radikal verändert. Wenn sie ein Teil des Weltmarktes sein wollen, sind ihre Fabriken und ihre Währung

plötzlich wertlos geworden. Die Dialektik darin ist, daß sie zum Teil wegen ihres eigenen Erfolges plötzlich hinweggefegt wurden, und zum Teil, weil sie jetzt ein Bestandteil eines viel ausgedehnteren System sind, mit dem jene relativ altmodischen Formen des Sozialismus oder Kommunismus einfach nicht mithalten konnten.

**Hall:** Die Analyse, die Sie anbieten, sowohl von dem, was im Westen geschieht, im Spätkapitalismus, wie Sie es bezeichnen, als auch von den gegenteiligen Entwicklungen in Osteuropa, ist sehr herausfordernd; sie fügt viele verwirrende Elemente auf eine neue Art zusammen. Sie beantworten die Postmoderne auf eine sehr flexible, komplexe Weise. Und doch ist darunter ein absolut unbezweifelnder Glaube an die Logik des klassischen Marxismus. Wie halten Sie diese beiden Dinge harmonisch beieinander? Das Vertrauen in diese bestimmte Geschichtskonzeption ist unzweifelhaft geschwächt worden durch all das, das wir beschrieben haben. Die Tatsache, daß so viele Dinge anders gekommen sind als jene Logik sie in der Vergangenheit einmal projizierte, hat viele Leute dazu geführt, zu sagen: Daran können wir einfach nicht länger festhalten.

Wie schaffen Sie es, über neue Situationen weiter auf eine fruchtbare und neuartige Weise nachzudenken, während die Ihrer Argumentation zugrundeliegende Logik genau auf den Texten gegründet hat, die eine derartig unterschiedliche Geschichte erzählten - von der revolutionären Natur des Kapitalismus, seiner dialektischen Qualität - wegen seiner Produktion seiner eigenen Negation, des Proletariats - im Kommunistischen Manifest und in den Grundrissen?

**Jameson:** Das ist eine Frage, die offensichtlich auf der Basis von individuellem Glauben oder Überzeugung schwer zu beantworten ist, weil es sich dabei auch einfach um irgendeine irri-ge persönliche Religion handeln könnte. Aber ihre Komponenten haben mit der absoluten Überzeugung zu tun, daß dies hier noch Kapitalismus im klassischen Sinne ist. Die Postmoderne hat diese seltsame Doppelzüngigkeit, bei

**Andererseits ... halten viele Leute diese Umbrüche für den Ausdruck der Aushebelung der „Logik der Geschichte“ - für das Ende der Meta-Geschichtstheorie des klassischen Marxismus. Befinden wir uns noch im selben Spiel? S.H.**

der Sie überzeugt sind, daß der Kapitalismus triumphiert hat: Da ist der Markt auf der einen Seite, und jedem geht es besser und jeder spielt seine andersartige Musik, aber auf der anderen Seite sind wir genauso gemeinsam überzeugt, daß es unglaubliches Elend in diesen Gesellschaften gibt, es wird eher schlimmer als besser, die Leute werden nicht wohlhabender. Und wir wissen, daß beide Ansichten wahr sind, und ebenso, daß sie beide unvereinbar sind.

**Hall:** Das Sozialgefüge hat sich aufgelöst.

**Jameson:** Ganz genau, und der neue globale Reichtum und die neue globale Verelendung sind beide zugleich wahr, aber irgendwie können wir sie nicht zusammenfügen. Als große Konzeption liefert der Marxismus die Kompensation für die Tatsache, daß unsere Lebensspannen als biologische Individuen historischen Rhythmen nicht entsprechen. Größere historische Bewegungen sind immer erstaunlich und unerwartet und erscheinen doch, von einer größer angelegten systemartigen Perspektive nach dem Ereignis aus, wiederum plausibel, entsprechend dem, was wir darüber wissen, wie die Geschichte des Kapitalismus funktioniert.

Ich bin der Überzeugung, daß diese neue postmoderne globale Form des Kapitalismus eine neue Klassenlogik in sich tragen wird, aber sie ist noch nicht vollständig entwickelt, weil die Arbeiterbewegung sich noch nicht im globalen Maßstab rekonstituiert hat und es daher eine Krise gibt bezüglich dessen, was Klassen und Klassenbewußtsein sind. Es ist völlig klar, daß die treibende Kraft auf

der Linken nicht in den älteren Formen enthalten ist, aber die marxistische Konzeption gibt uns in die Gewißheit, daß sich eine Form der treibenden Kraft rekonstituieren wird, und in diesem Sinne sehe ich mich immer noch an die marxistische Logik gebunden.

**Es ist falsch zu sagen, daß der Sozialismus ein Fehlschlag war. Er war in diesen Ländern ein Erfolg. Sie hätten diese Situation gar nicht erreicht ohne die annähernde Vervollständigung des Modernisierungsprozesses ... F.J.**

Das Interview ist, mit freundlicher Genehmigung, der Septemberausgabe von MARXISM TODAY erschienen.  
Übersetzung: Christoph Meyer, Köln.

## INTERVIEW: MIT RUDOLF MEIDNER

# „MODELL SCHWEDEN“ IN DER KRISE

■ *Frage: Das „Modell Schweden“ ist heute viel aktueller in seiner politischen Bedeutung als noch vor einigen Jahren, einfach aufgrund der Umgruppierungen innerhalb und zwischen den Blöcken und der daran anschließenden Frage: Was ist heute eigentlich Sozialismus, was ist sozialistische Politik? Wenn bei uns über das „schwedische Modell“ gesprochen wird, heißt es im gleichen Atemzug immer: „Das schwedische Modell ist in der Krise!“ Ist das „Folkheim für alle“ gefährdet?*

**Rudolf Meidner:** Nun, das ist eine Frage der Definition. Wie wir das Volkheim verstehen - wir haben diesen Ausdruck benutzt, der ja ursprünglich von dem schwedischen Ministerpräsidenten Per Albin Hansson in den dreißiger Jahren stammt. Er hatte dieses Wort 1928 in einer Rede verwandt. Ob man das nun als Sozialismus deuten soll, oder als Form eines gezähmten sozialliberalen Kapitalismus, ist etwas zweifelhaft. Er sagte: Die Kernfrage ist die der Solidarität mit den schwachen Gruppen, der Wirtschaftsdemokratie und der Vollbeschäftigung.



Rudolf Meidner



Bilder: U. u. F. Saß

■ *Zwischenfrage: Das sind die beiden Grundpfeiler des schwedischen Modells: Vollbeschäftigung und Gleichheit?*

**Rudolf Meidner:** Ja, das sind die beiden Ziele und alles andere ist eigentlich nur Mittel dazu. Vollbeschäftigung ist ein ziemlich eindeutiger Begriff: Beschäftigung für jeden, der Arbeiten will, nicht jede Beschäftigung, sondern produktive Beschäftigung. Natürlich legt man heute mehr in das Wort Beschäftigung als vor 50 Jahren, wo es darum ging, überhaupt Arbeit zu haben: Heute will man die „gute“ Arbeit haben. Schwieriger ist die Definition von Gleichheit. Damit meint man nicht Gleichmacherei, sondern: gleiche Chancen der Ausbildung, der Entwicklung des Lebensstandards. Vielleicht ist da die solidarische Lohnpolitik der deutlichste Ausdruck auf der gewerkschaftlichen Seite. Auf der staatlichen und gesellschaftlichen Seite heißt dies: Eine sehr stark ausgebaute Sozialpolitik und ein großer öffentlicher Sektor.

■ *Frage: Und darüber hat es doch in den letzten Jahrzehnten in Schweden einen gesellschaftlichen Konsens gegeben, der alle Schichten und Klassen, auch die Arbeitgeber, einschloß. Ist dieser Konsens in Gefahr?*

**Rudolf Meidner:** Nun ja, Konsens ist vielleicht etwas zuviel gesagt. Die Arbeitgeber und die bürgerlichen Parteien, jedenfalls die Konservativen, haben dabei natürlich nie mitgemacht. Zur Vollbeschäftigung kann man sagen, daß die Arbeiterbewegung - die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei - stark genug war, die unterdrückende Minderheit der Bevölkerung davon zu überzeugen, daß das ein vorrangiges Ziel ist, an dem man nicht rütteln kann, ohne politische Schwierigkeiten zu haben. Insofern ist es sicher so, daß darüber in Schweden ein Konsens besteht - auch jetzt noch. Sogar die Arbeitgeber wagen es nicht, von der Vollbeschäftigung abzugehen. Es gibt vereinzelt liberale Volkswirtschaftler, die sagen: Wir müssen wählen zwischen Vollbeschäftigung und Inflation, wählen zwischen Vollbeschäftigung und Stabilisierung der Preise, die sagen, die Vollbeschäftigung erzeugt inflationäre

Folgen und deswegen müsse man drei bis vier Prozent Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen, um die Inflation zu begrenzen. Aber es gibt keine politische Partei oder Organisation, auch nicht die der Arbeitgeber, die das offen anstreben.

■ *Frage: Solidarische Lohnpolitik heißt doch, daß Beschäftigte in besonders rentablen Betrieben auf Teile von möglichen Lohnerhöhungen verzichten zugunsten von Beschäftigten in anderen Betrieben?*

**Rudolf Meidner:** Das ist ein Teil der solidarischen Lohnpolitik: Gleiche Arbeit muß gleich bezahlt werden soll, unabhängig davon, wie die Rentabilität der Unternehmen ist. In den rentablen Unternehmen, wo die Lohnverhältnisse bereits überdurchschnittlich sind, soll zugunsten der Beschäftigten in den anderen Unternehmen auf weitere Lohnerhöhungen verzichtet werden. Deshalb hat man in Schweden seit den 50er Jahren zentrale Lohnverhandlungen geführt, die ja die Voraussetzung für eine solidarische Lohnpolitik sind.

■ *Frage: „Gleichheit ist in Schweden wesentlich umstrittener“*

**Rudolf Meidner:** Mit der Gleichheit ist es sehr viel anders. Schon deswegen, weil sie schwerer zu definieren ist. Gleichheit ist ein weitgestecktes Ziel. Das schwedische Wort für Gleichheit hat dabei auch einen etwas anderen Beiklang als im deutschen. „Gleichheit“ hat in meinen Ohren einen etwas negativeren Klang als das schwedische Wort dafür: Es ist mehr der Weg zur Gleichheit als das eigentliche Ziel, auch zu einer Gleichheit der Chancen kommt man m.E. nie, aber ich sehe die solidarische Lohnpolitik als einen wirklichen Eckpfeiler dieser Gleichheitsvorstellung. Da ist es am deutlichsten, am klarsten und man kann auch schrittweise beobachten, wie man sich bis zum Anfang der 80er Jahre diesem Ziel genähert hat. Da hörten zwar nicht die Bestrebungen auf, aber die Erfolge blieben aus - ab 1982/83.

■ *Zwischenfrage: Das schwedische*

„Gleichheit“ schließt Individualität mit ein?

**Rudolf Meidner:** Ja, selbstverständlich.

**Frage:** Bei uns gibt es in der Sprache, aber vor allem in der von der neokonservativen Propaganda bestimmten politischen Auseinandersetzung, eine Entgegensetzung von Gleichheit und Individualität.

**Rudolf Meidner:** Wenn wir uns über die Einbeziehung der Individualität in die Gleichheit im klaren sind, so teilen sich Staat und Gewerkschaften die Verantwortung hierfür. Der Staat durch Steuer-, Sozial- und Wirtschaftspolitik, nicht zuletzt durch den großen öffentlichen Sektor, die Gewerkschaften durch die solidarische Lohnpolitik. Da gibt es an sich keine Konflikte, natürlich jedoch in der konkreten Ausführung, wenn es beispielsweise verschiedene Ansichten über die Steuerpolitik gibt.

**Frage:** Liegt darin auch die Begründung für die hohe Steuerquote in Schweden?

**Rudolf Meidner:** Die hohe Steuerquote hängt mit anderen Dingen zusammen, nicht mit der solidarischen Lohnpolitik. Denn die hohe Steuerquote ist die Voraussetzung dafür, daß der Staat und die Gemeinden eine ausgleichende Politik führen können: das ist der zweite Pfeiler. Die Verantwortung für die Vollbeschäftigung trägt der Staat und niemand anderes. Es ist Sache des Staates, die Verantwortung für die Vollbeschäftigung zu übernehmen. Da kann ihm kein anderer helfen, auch die Gewerkschaften nicht. Deswegen ist das Ansinnen an die Gewerkschaften, das auch die sozialdemokratischen Regierungen immer gestellt haben, daß sie durch niedrige Lohnforderungen die Vollbeschäftigung stützen sollen, nach unserer Auffassung abwegig. Der Arbeitsmarkt ist ein Teil des Marktes. Schweden ist eine marktorientierte Ökonomie. Der Arbeitsmarkt reagiert in der gleichen Weise wie die anderen Märkte. Das ist genau wie es im Lehrbuch steht: daß Angebot und Nachfrage auch für die Löhne entscheidend sind. Die sozialdemokratischen Regierungen gehen nicht soweit wie liberale Ökonomen,

die sagen: Es gibt immer Vollbeschäftigung, wenn nur die Gewerkschaften flexibel sind und nachgeben und sagen: „Ja, wir arbeiten für den halben Lohn“. Sogar gibt es hier nicht, denn dafür sind die Gewerkschaften hier, anders in den USA, wo die Gewerkschaften wirklich eine flexible Lohnpolitik machen, um Vollbeschäftigung zu erhalten, zu stark. Die Auffassung der Gewerkschaften ist eindeutig: Es ist Sache des Staates, durch geeignete Wirtschaftspolitik für Vollbeschäftigung zu sorgen und durch aktive Arbeitsmarktpolitik mitzuhelfen, daß niemand arbeitslos wird. Das ist die eine Seite, der eine Eckpfeiler. Der zweite Eckpfeiler ist die Gleichheit. Im schwedischen hat dieses Wort einen mehr präventiven Beisinn; es heißt nicht, daß Menschen gleich sind.

**Frage:** Kürzlich erst wurde der Spitzensteuersatz gesenkt, von ungefähr achtzig Prozent auf jetzt fünfzig - von einer sozialdemokratischen Regierung!

**Rudolf Meidner:** Ja, für die direkten Steuern wurde der Steuersatz gesenkt, für die indirekten erhöht und die Gesamtsteuerlast bleibt unverändert. Der von Ihnen erwähnte Steuersatz ist jedoch der Grenzsteuersatz, also der Steuersatz für die nächsten zusätzlich verdienten tausend Kronen.

**Zwischenfrage:** Hat es über diese Steuersenkung Auseinandersetzungen gegeben?

**Rudolf Meidner:** Schwere Auseinandersetzungen sogar, denn die Gewerkschaften waren der Ansicht, daß diese ihre schlecht verdienenden Mitglieder stark trifft. Denn wenn man die Progressivität der Steuern verringert, so bedeutet dies, daß Menschen mit hohem Einkommen begünstigt werden und Menschen mit niedrigem Einkommen relativ schlecht wegkommen. Wir haben keine gestaffelte Mehrwertbesteuerung wie andere Länder: niedrige Besteuerung für notwendige Artikel und hohe Besteuerung für Luxusartikel. Die Besteuerung von 25 Prozent dürfte die höchste indirekte Steuer in der westlichen Welt sein, was wiederum für die Angleichung

an die europäische Gemeinschaft Probleme gibt.

Die Gesamtsteuerlast in Schweden hat sich nicht verändert. Die sozialdemokratische Regierung hat ja nicht die Absicht, die Sozialleistungen zu verringern. Die Probleme, die wir haben, liegen nicht darin, daß man weniger Steuereinnahmen hat und deswegen sozial abrüsten muß, sondern daß die Ansprüche ständig steigen. So verändert sich beispielsweise die Altersstruktur. Statistisch ist zu beobachten, daß wir schon heute weit mehr Menschen über 80 Jahren haben als vor zehn Jahren, und daß sich deren Zahl bis ins Jahr 2000 erhöhen wird. Und in diesem Zusammenhang entstehen vermehrt Betreuungs- und Krankheitskosten, die die soziale Last ständig erhöhen. Es gibt gar keinen Zweifel daran, daß dies die aktive Bevölkerung tragen muß. Und wenn man die Steuerlast nicht erhöht, muß das irgendwo zum Vorschein kommen, zum Beispiel durch relativ verschlechterte Qualität. Unveränderte Steuerlast bedeutet deshalb auf Dauer eine Verschlechterung der sozialen Leistungen, schon deshalb, weil die Produktivitätssteigerung im öffentlichen Sektor der im privaten gar nicht folgen kann. Wie ein Ökonom sagte: Man kann nicht die 9. Symphonie in der halben Zeit spielen.

Die Gewerkschaften haben Modifizierungen durchgesetzt, so daß die allerschlimmsten Folgen gemildert werden konnten. Aber sie sagen immer noch, daß beispielsweise in der Gemeindearbeit 30.000-40.000 teilzeitarbeitende Frauen negativ betroffen sind. Und diese Teilzeitarbeit ist ja selten freiwillig. Teilzeitarbeit bedeutet oft Teilzeitarbeitslosigkeit. Und gerade diese Menschen mit ihren niedrigen Einkommen, das natürlich schwach besteuert ist durch direkte Steuern, haben alle Nachteile der Erhöhung der indirekten Steuern: Eine alleinstehende Frau mit einem Kind, die in Teilzeit arbeitet, kommt eindeutig schlecht weg.

**Frage:** Ist diese „Steuerreform“ die Ursache für das gegenwärtige Populartätstief der Regierung oder ist es nicht auch ein Ausdruck der fehlenden Perspektive für eine Politik, wie sie das schwedische Modell darstellt?

**Rudolf Meidner:** Es ist teils eine mehr

trendmäßige Entwicklung, teils sind es aktuelle Fragen - wie die Steuerpolitik - und zum dritten direktes Ungeschick. Es gibt einen schwedischen Wissenschaftler, Göran Therborn, der hat festgestellt, daß die Erfolge der Sozialdemokratie Ergebnis einer für Schweden günstigen internationalen Situation und einer geschickten Politik war. Es scheint, daß beides nicht mehr der Fall ist. Die internationalen Voraussetzungen haben sich verschlechtert und mit dem großen politischen Geschick ist es offensichtlich auch nicht mehr sehr weit her.

Es klingt vielleicht etwas zynisch, aber als Volkswirtschaftler kann ich es nicht anders sagen: Die günstige Entwicklung in den 30er Jahre in Schweden war nicht unabhängig von der internationalen Situation. Die schwedische Wirtschaft hat großen Nutzen aus der deutschen Aufrüstung gezogen. Eigentlich müssen die schwedischen Innovationen in der Wirtschaftspolitik zurücktreten hinter die damals günstigen Voraussetzungen der schwedischen Exportpolitik. Wenn man dann die Nachkriegszeit betrachtet, ist es ganz unzweifelhaft so, daß die schwedische Wirtschaft in die Nachkriegssituation mit einer intakten industriellen Kapazität eingestiegen ist. Es gab nach dem Krieg eine ungeheure Nachfrage nach schwedischen Waren, die nochmal verstärkt wurde durch die Valuta-Abwertung von 1949 um 30 Prozent, das hat zusätzlich einen Vorteil gegenüber anderen Ländern gebracht. Ziemlich grob, aber nicht falsch ausgedrückt: Die Aufrüstung der 30er Jahre und der Wiederaufbau Europas nach dem Krieg haben Schweden sehr geholfen. Die Ideologie ist nun, daß man diese günstigen Gegebenheiten positiv verwertet hat: daß man einen Sozialstaat aufgebaut hat, daß man Vollbeschäftigung verwirklicht hat, daß man eine Wohlfahrtsgesellschaft geschaffen hat. Denn man hätte es auch anders machen können, einen anderen Verteilungsweg wählen können. Man hat also Glück mit Geschick verbunden.

Heute dagegen liegen die Dinge sehr anders. Schweden hat seine Vorteile verloren, denn heute haben wir eine Internationalisierung der schwedischen Wirtschaft, die Schweden zu einem Teil eines internationalen Blocks macht, in dem Schweden kaum noch Sondervorteile hat.

**Frage:** Es ist also die Internationalisierung der schwedischen Wirtschaft, die die Grundlagen des schwedischen Modellw in Frage stellt?

**Rudolf Meidner:** Die auch im internationalen Maßstab großen schwedischen Konzerne haben teilweise außerhalb von Schweden ihr Schwergewicht. Früher hatten die schwedischen Großunternehmen ihre Muttergesellschaft in Schweden, sie hatten ihre Aktionäre in Schweden, sie hatten ihr Hauptinteresse und die Hauptbeschäftigungsanteile in Schweden. Heute verschiebt sich dies ständig zuungunsten Schweden und zugunsten des Auslandes. Das heißt, auch Unternehmen, die ihren Hauptsitz in Schweden haben, entwickeln sich im Ausland stärker als in Schweden: in der Beschäftigung, bei den Kapitalanlagen und den Investitionen. Und das ist eine neue Situation für Schweden. Schweden war immer exportorientiert, aber heute wird es „deindustrialisiert“. Wir sind eine Dienstleistungsgesellschaft geworden. Aber der Witz, daß man nicht davon leben kann, daß man sich gegenseitig die Wäsche wäscht, der ist nah an seiner Verwirklichung. Wir brauchen eine starke produktive Industrie als Grundlage für den Dienstleistungssektor. Das hatte auch die schwedische Regierung 1982 erkannt und deswegen war ihr erster Schritt die Abwertung der schwedischen Krone um 16 Prozent.

**Zwischenfrage:** Das läßt sich aber nicht so ohne weiteres wiederholen?

**Rudolf Meidner:** Schwerlich, ohne daß das sehr übelgenommen wird in anderen Ländern. Es ist deshalb allgemeine Auffassung, daß dies das letzte Mal war, aber auf der anderen Seite gibt es eine ständige reale Abwertung gegenüber der DM-Mark durch die laufende Zunahme der Stärke der DM-Mark. Das hat die schwedische Regierung gut erkannt. Und deswegen hat sie den Exportdrive ab 1982 zur Grundlage ihrer Politik gemacht. Was sie dabei sehr bewußt vernachlässigt hat, sind die Verteilungsprobleme. Da lebt der Konflikt fort zwischen Staatsinteresse, in diesem Fall also zwischen sozialdemokratischem Regierungsinteresse, und Gewerkschaftsinteresse. Es war richtig,

# Sozialist

- Zeitschrift marxistischer Sozialdemokraten/Innen
- erscheint 6 mal jährlich
- für Jusos, Partei und Gewerkschaften
- mit Beiträgen aus Politik, Wirtschaft und Kultur
- Einzelheft 3,50 DM,
- Jahresabo 21,00 DM

## Thema DDR

### Angebot zum Kennenlernen

Berichte, Meinungen und Hintergrundinformationen zur Situation in der DDR und zu den Problemen der Wirtschafts- und Währungsunion im Viererpack. Die ersten vier Hefen des Jahrgangs '90 mit dem Themenschwerpunkt **DDR** bieten wir Interessierten zum Sonderpreis von **DM 10,00** (Incl. Porto) an.

Bestellzettel ausfüllen, 10-Mark-Scheine (oder Briefmarken) beilegen und ab die Post an

**SOVEC**  
Im Körbchen 10  
3400 Göttingen

Schickt mir die 4 Hefte für 10,- DM.

Name	_____
Straße	_____
Ort	_____

Geld / Briefmarken beilegend.

# Sozialist

die schwedische Wirtschaft anzukurbeln und auf Exporte auszurichten, aber man hat mit den hohen Gewinnen und der hohen Liquidität Ungleichheit akzeptiert. Man hat das Ziel der Gleichheit wenn auch nicht aufgegeben, so doch vernachlässigt gegenüber dem Vorrang der schwedischen Wirtschaftsentwicklung.

■ **Frage:** Also ein Bruch mit dem Konsens, ein Faktor gegen den sozialen Frieden?

**Rudolf Meidner:** Das hat zu Konflikten geführt. Die Gewerkschaften waren sehr lange sehr loyal gegenüber der Regierung, wegen der engen Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokratie und LO ist das natürlich. Man hat die erste Abwertung 1982 akzeptiert, hat von einem Ausgleich dafür abgesehen, obwohl man dadurch Reallohn verloren hat. Das hat man aus Loyalität akzeptiert und aus der Einsicht, daß die schwedische Wirtschaft angekurbelt werden mußte nach der Krise der 70er, Anfang der 80er. Das geht ein Jahr, das geht zwei Jahre, das geht aber keine 10 Jahre. Es entstehen sonst Brüche zwischen der Führung, „den Bonzen“, und den einfachen Mitgliedern, für die diese Art von Wirtschaftspolitik unverständlich ist. Das ist also ein Grund der gegenwärtigen Unzufriedenheit. Für uns Gewerkschaftsökonom ist das kein überraschender Konflikt, er ist eine Selbstverständlichkeit, denn wenn die Menschen sehen, was möglich wäre an Lohnerhöhungen und sie im Namen der Solidarität davon Abstand nehmen, dann ist das ein Anspruch, den sie auf Dauer nicht ertragen können und der die Gewerkschaften schwächt.

■ **Frage:** Hat dies denn schon konkrete innergewerkschaftliche Auswirkungen, zum Beispiel was den Organisationsgrad angeht?

**Rudolf Meidner:** Der Grad an Organisiertheit ist noch sehr hoch. Entscheidend ist jedoch der Bruch im Trend. Wir sehen vor allem in den Städten, daß gewisse Gruppen sich nicht mehr so gewerkschaftlich organisieren wie bisher üblich. Das gilt für ganze Zweige, in der elektronischen Industrie, wo kleine

### Das schwedische Modell - was ist damit gemeint?

Seit den 30er Jahren hat sich in Schweden - das vorher sehr arm war - unter fast ausschließlich sozialdemokratischen Regierungen ein sehr spezifischer Entwicklungsweg herausgebildet.

1. In Schweden besteht allgemeiner Konsens, daß die Vollbeschäftigung das Hauptziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist. Mit staatlichen Qualifizierungsprogrammen, aktiver Strukturpolitik und den entsprechenden Prioritäten bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen ist es in Schweden gelungen, mit sehr geringer Arbeitslosigkeit durch die Krisen der letzten beiden Jahrzehnte zu kommen. 82% der erwerbsfähigen Bevölkerung sind in Schweden berufstätig, und dieser außerordentlich hohe Anteil kommt vor allem durch die Berufstätigkeit der Frauen zustande.

2. Sozialsstaatliche Absicherung und die Versorgung mit qualifizierten Dienstleistungen werden als Staatsaufgabe angesehen. Schweden hat den größten öffentlichen Sektor unter den bisherigen westlich-kapitalistischen Ländern, jeder dritte Erwerbstätige ist dort beschäftigt. Die Versorgung mit Kindergärten und Kitas sowie Ganztagschulen Voraussetzung des hohen weiblichen Erwerbstätigenanteils ist flächendeckend.

3. Die Einkommensunterschiede sind in Schweden geringer als irgendwo sonst in der kapitalistischen Welt. Dies ist zum einen Folge der hohen progressiven Einkommensteuer, zum anderen Ergebnis der „solidarischen Lohnpolitik“. Was ist darunter zu verstehen? Der Gewerkschaftsdachverband LO führt mit den Arbeitgebern zentrale Verhandlungen, in denen ein verbindlicher Rahmen für die dann im Detail dezentral ausgehandelten Tarif-

verträge festgelegt wird. Die zentrale Vergabe gilt wohlgernekt branchenübergreifend und wirkt so der Fragmentierung des Arbeitsmarktes entgegen. Für die zahlungskräftige schwedische Exportindustrie ist dies praktisch eine Art Dumping. Weniger profitable Unternehmen und Branchen werden unter Druck gesetzt, mit den erfolgreichsten Wettbewerbern bei den Löhnen Schritt zu halten. Entscheidende Faktoren für die Lebensfähigkeit des schwedischen Modells waren und sind der hohe gewerkschaftliche Organisationsgrad - auch hier ist Schweden Spitzenreiter in der westlichen Welt - sowie die Jahrzehnte fast ausschließlich sozialdemokratischer Regierungen.

### Das schwedische Modell - in der Krise?

In Schweden konnte der sozialdemokratische Reformismus erfolgreicher als irgendwo anders verwirklicht werden. Doch im Verlauf der 80er Jahre sind Probleme deutlich geworden. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist rückläufig, die Einkommensunterschiede nehmen wieder zu und der sozialdemokratischen Partei wird auch nichts mehr geschenkt. Es hat sogar bürgerliche Regierungen gegeben. Zuerst ist das schwedische Modell durch die unglückliche Wirtschaftspolitik und die Krisen der Carlson-Regierungen ins Gerede gekommen. Gründe genug, Rudolf Meidner nach den Problemen und Perspektiven zu befragen.

■ **Frage:** Die Hintergründe genauer kennen möchte, dem sei folgendes Standardwerk empfohlen:

Rudolf Meidner, Anna Hedborg, *Das schwedische Modell - Erfahrungen einer Wohlfahrtsgesellschaft*, Cambridge, 1984.

und mittlere Betriebe vielfach überhaupt nicht mehr organisiert sind

■ **Frage:** Es gibt in der BRD die Diskussion über die „modernen Arbeitnehmerschichten“, gemeint ist damit, daß es vor allem im Dienstleistungsbereich, aber auch in den moderneren, technisierteren Bereichen der Industrie, schwieriger wird, ArbeitnehmerInnen gewerkschaftlich zu organisieren. In diesem Zusammenhang wird die These vertreten, daß die Arbeitsweise und die Lebenserfahrung der dort Beschäftigten - gerade im Angestelltenbereich - sich bricht mit dem traditionellen Anspruch der Gewerkschaften auf Zentralität von Entscheidungen, auch mit dem Etatismus der Arbeiterbewegung in all ihren Facetten.

**Rudolf Meidner:** Die Tendenz haben wir selber und damit auch neue Unternehmerstrategien, die in diese Lücken eintreten, die sachlich und ideologisch entstanden sind. Die Gewerkschaften sind in ihren Bestrebungen schwächer geworden sind, ihr Hauptthema ist Zurückhaltung und dafür fordern sie Solidarität ein. Das entspricht nicht mehr den individuellen Willen der Menschen. Das machen sich die Arbeitgeber zunutze. Denn wenn die Arbeitnehmer in ihren gewerkschaftlichen Forderungen zurückhaltend sind, so versuchen die Arbeitgeber, in einer Situation mit hoher Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften, mit anderen Mitteln diese Arbeitskräfte an sich zu ziehen, vor allem die hochqualifizierten: durch Gewinnanteile, ertragsbezogene Beteiligungen und ähnliches. Eine besondere schwedische Spezialität ist die eigentlich unübersetzbare „Wandelanleihe“, die erst nach fünf Jahren in Aktien umgewandelt werden kann, also völlig risikofrei ist. Es ist also eigentlich ein Darlehen, das der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber gibt. Entscheidend ist, daß die Gewerkschaften hierauf keinerlei Einfluß haben. Hunderttausende haben diese Anleihen gekauft, einige sind Millionäre geworden, niemand hat dabei verloren, aber viele haben dadurch mehr gewonnen als durch Lohnerhöhungen in den letzten zehn Jahren. Es kümmert die Menschen deshalb natürlich nicht, wenn dies im Gegensatz zur solidarischen Lohnpolitik steht, wenn sie davon Vortei-

le haben, die ihre Kollegen in anderen Betrieben nicht haben. Sie bekommen damit Geld, das sie im Sinne der solidarischen Lohnpolitik nicht bekommen können. Ich habe lange darüber gegrübelt, wie eine Gegenstrategie aussehen müßte: Irgendwie müßten die Gewinne abgeschöpft werden. Und zwar nicht durch die die gerade zufällig bei VOLVO oder SKF arbeiten, denn es soll kollektives Einkommen werden. Dabei haben wir an Arbeitnehmerfonds wie in Westdeutschland gedacht. Doch wie in Holland, in Italien oder Westdeutschland ist nichts daraus geworden, weil dies an den Kern des kapitalistischen Systems ginge. Kapitalisten sind zu allem bereit: jedoch nicht dazu, den Galgen zu bauen, an dem sie aufgehängt werden. Die Arbeitnehmerfonds waren ein kleiner Angriff auf die kapitalistischen Produktionsmittel: Wenn jedes Jahr ein Teil des Gewinns an kollektive Arbeitnehmerfonds abgegeben werden soll, ist dies natürlich ein Angriff auf das Monopol der Kapitaleigentümer. Das hatten unsere Gegner sehr genau erkannt, und da unsere Partei sehr uninteressiert daran war - und da man diese Frage geschickt bis sehr ungeschickt behandeln kann, in diesem Fall sich außerordentlich ungeschickt verhalten hat - wurde dieser Vorschlag von unseren kapitalistischen Gegnern mit einer millionenschweren Kampagne im Reichstagswahlkampf 1976 zu Nichte gemacht.

■ **Frage:** Sie haben 1983 in ihrem Buch „Modell Schweden“ geschrieben, daß nun die dritte Phase des schwedischen Modells eingeleitet werden müsse: die Einführung der Wirtschaftsdemokratie. Kann man heute von praktischen Elementen der Wirtschaftsdemokratie in Schweden sprechen?

**Rudolf Meidner:** Zuerst einmal muß man unterscheiden zwischen Wirtschaftsdemokratie und industrieller Demokratie: Wirtschaftsdemokratie bedeutet Einfluß der Arbeitnehmer auf die Wirtschaftspolitik - nicht nur politisch, das ist selbstverständlich -, sondern bedeutet Arbeitnehmerfonds - das ist das einzige Element, das ich mir heute real vorstellen kann; nur dadurch könnten Arbeitnehmer wirtschaftliche Entscheidungen mittreffen, die über gewöhnliche Wirt-

FETE SAS

## RUDOLF MEIDNER UND DAS MODELL SCHWEDEN

Rudolf Meidner wurde 1914 in Breslau geboren. Seine ersten politischen Erfahrungen machte er dort in der sozialistischen Schülerarbeit. Während des Nazi-Faschismus emigrierte er nach Schweden. Lange Jahre war er Chefökonom des schwedischen Gewerkschaftsdachverbandes LO, dann Leiter des Instituts für Arbeitsmarktforschung und seit 1979 Professor am Arbeitswissenschaftszentrum in Stockholm. Im Auftrag der LO hat Meidner die Konzeption der Arbeitnehmerfonds ausgearbeitet, die ein zentraler Streitpunkt der schwedischen Innenpolitik in den 70er Jahren war. Zusammen mit Gösta Rehn gilt Meidner als geistiger Vater des schwedischen Modells.

schaftspolitik hinausgeht. Dies wäre ein neues, ein nichtstaatliches, gesellschaftliches Element in der Wirtschaftspolitik. Etwas ganz anderes ist die industrielle Demokratie, die Demokratisierung im Betrieb. Da haben wir in Schweden eine sehr viel schwächere Form der Mitbestimmung als in Westdeutschland, zumindest im Vergleich zur Montan-Mitbestimmung: Es gibt nur einen Anspruch auf Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften - allerdings über alle Belange. Verhandeln kann man jedoch über alles, die Entscheidung liegt woanders. Auf der anderen Seite kann man nicht durch Beschluß der Vollversammlung einer Belegschaft entscheiden, ob im nächsten Jahr für zweihundert Millionen eine neue Papiermaschine angeschafft werden soll. Eine denkbare Form der industriellen Demokratie wäre, daß die Gewerkschaften aufgrund ihres Eigentums - gebildet durch Arbeitnehmerfonds - mit über grundsätzliche unternehmenspolitische Fragen entscheiden könnten. Aber dieser Weg ist politisch blockiert und es verbleibt beim Mitspracherecht.

**Frage:** Gibt es irgendwelche Anzeichen dafür, daß die organisierte Arbeiterbewegung zukünftig aus ihrer Defensive herauskommen wird?

**Rudolf Meidner:** Nein, ich sehe wenig ... Der erste Weg, der funktioniert nicht mehr, und der zweite Weg, Mitbestimmung über das Arbeitsrecht, ist nicht so erfolgreich, wie man das erwartet hat, und der dritte Weg, der jetzt auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß diskutiert werden soll, der aus überindividuellen Einzahlungen in einen Pensionsfond bestehen soll, öffnet gewisse Perspektiven. Die Initiative liegt gegenwärtig weitgehend beim Arbeitgeber. Die Arbeitgeber bestimmen die neuen Strategien, die Arbeitgeber sind noch die Aktiven, die Militanten. Sie schwimmen momentan oben auf der Welle der globalen Individualisierung. Was haben die Gewerkschaften als Vertretung des kollektiven Interesses dem entgegenzusetzen? Mahnungen, gute Worte und Ideologie reichen nicht, das ist klar. Es ist natürlich ein starkes Argument, sagen zu können, daß nur die gewerkschaftliche Arbeit langfristig Arbeitsplätze für alle Arbeitnehmer erhält,

daß kurzfristige Erfolge nicht alles sind, sondern daß man es unter dem Gesichtspunkt der Vollbeschäftigung und Solidarität, der Grundwerte der Arbeiterbewegung, sehen muß. Ich glaube, daß es auch heute notwendig ist, an die „alten“ Ideen anzuknüpfen - das sind die Gedanken eines alten Menschen -, aber ich habe die „neuen“ Ideen noch nicht gesehen: ich warte auf sie mit größtem Interesse. Unsere alten Gedanken sind jedenfalls noch nicht von neuen überwältigt worden und es ist meine feste Überzeugung, daß wir die Vollbeschäftigung, die Solidarität und die traditionellen Gleichheitsbestrebungen der Arbeiterbewegung nicht aufgeben dürfen, denn es wäre eine furchtbare Tragik, wenn man erst durch die Katastrophe hindurch müßte, bevor man wieder vom Neuen zu den alten Ideen zurückfindet. Vielleicht wird Klarheit geschaffen werden auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß 1991. Bisher ist noch nicht deutlich geworden, was man meint, wenn man von einer Kollektivierung des Kapitals und von Wirtschaftsdemokratie spricht. Was tut man konkret: man hält fest an der solidarischen Lohnpolitik, man spricht von der „guten“, qualifizierten Arbeit, und man untersucht die 400.000 schlechtesten und gefährlichsten Arbeitsplätze, die zur Frührentierung führen. Man sagt das gleiche, was wir vor 20 Jahren zur solidarischen Lohnpolitik gesagt haben, „Wir akzeptieren keine schlechten Löhne, und wenn ein Unternehmen nicht in der Lage ist, gute Löhne zu zahlen, gut, dann weg damit!“ Das stößt natürlich auf den Widerstand der schwedischen Arbeitgeber, die sagen, die anderen sind nicht bereit, das gleiche zu tun, und dann verschlechtern sich für uns die Bedingungen der Konkurrenz, und das gilt natürlich auch für die „qualifizierten“ Arbeitsplätze, aber auch für die Immissionen, die Begrenzung des Schadstoffausstoßes. Das kann man nicht einfach beiseite schieben, denn man muß bedenken, daß Schweden nur ein winziger Teil eines internationalen Gemeinwesens ist, das in seiner Wettbewerbsfähigkeit getroffen werden kann.

**Frage:** Aber läßt sich dies nicht auch umkehren. In einer ähnlichen Logik, die von Ihnen angesprochen wurde: indem man die strukturpolitische Wirkung selektiver nationaler Großprojekte heraus-

arbeitet, um bestimmte ökonomische Strukturen mit staatlichen Projekten voranzutreiben. Im Grunde könnten doch die ökologischen Herausforderungen ähnliche Anknüpfungspunkte bieten, bis hin zu der Chance, daraus exportfähige Produktinnovation zu entwickeln.

**Rudolf Meidner:** Nun, womit wir es hier in Schweden haben zu tun haben ist eher die Privatisierung staatlicher Unternehmen, die Umwandlung in Aktiengesellschaften bei Post, Bahn und Telegrafengesellschaft mit rein betriebswirtschaftlichen Zielen. Man kann natürlich solche Gedanken, wie die eben zitierten, in einem Buch vortragen, aber die reale Entwicklung geht nicht in diese Richtung, der Staat zieht sich mehr und mehr zurück. Es gibt allerdings solche Gedanken - und sehr ermunternd war eine Erklärung des heutigen Industrieministers, der aus der Gewerkschaft kommt, und der gesagt hat: Wir müssen versuchen, dem Staat und der Gesellschaft eine größere Rolle zuzuteilen. Das geht aber gegen den Strom. Ich bin nicht so sicher, daß er das Gehör seiner eigenen Regierung, seiner eigenen Partei hat.

**Frage:** Hat denn der Industrieminister dies auch ökologisch begründet? Spielt dies überhaupt eine Rolle?

**Rudolf Meidner:** Nun, in diesem Zusammenhang hat er nicht direkt davon gesprochen, es ist jedoch sehr leicht, dies in seinen Gedanken einzubeziehen, obwohl er selbst eher ein Konservativer ist in dieser Beziehung, der z.B. die Kernkraftwerke noch länger behalten möchte. Ich habe eher den Eindruck, daß er als Privatmann spricht, denn als Regierungsvertreter, wenn er sich so äußert. Er hat auch über die Weiterentwicklung kollektiver Kapitalbildung gesprochen, recht aufsehenerregend für einen Industrieminister. Er hat gesagt: Wir sind am Ende der Arbeitnehmerfonds, wir müssen uns überlegen, was wir zukünftig machen. Die offizielle Linie dagegen ist, daß man nichts weiter machen soll: Punkt und Beschluß. Als Palme vor Jahren gefragt wurde, ob die regionalen Fonds ein Schritt in die Richtung seien, hat er geantwortet, daß dies nicht der Schritt hin zu irgendetwas anderem sei, sondern daß dies eben der Schritt sei.

**Frage:** Gibt es denn überhaupt ein Beispiel oder Überlegungen für ein nationales Großprojekt, das sinnvoll wäre?

**Rudolf Meidner:** Nun, es gibt ein Großprojekt in der Biochemie und Biotechnologie, größtenteils ein Teil der schwedischen Industrie, ein kleiner Teil in staatlicher Hand. Die schwedische Industriepolitik ist schwach, sie hat zwar eine Reihe von Instrumenten, aber sie wendet diese Instrumente nicht in großindustriellem Maßstab an. Man zieht sich eher zurück und überläßt die Steuerung den Marktkräften. Nur haben die Marktkräfte manchmal so daneben wie z.B. in der Autoindustrie, in der jeder zehnte beschäftigt ist: natürlich ein ungeheures Risiko, das man da eingeht, in einer weltweit so überdimensionierten Industrie!

**Frage:** Wie sieht es mit positiven Beispielen aus? Gibt es überhaupt eine ökologische Debatte in Schweden?

**Rudolf Meidner:** Ja, es gibt eine solche Debatte, Schweden gehört sicher zu den ökologiebewußten Völkern. Wir haben z.B. eine Grüne Partei mit immerhin 6-7% der Stimmen und 25 Mandaten im Parlament. Über eine fehlende Debatte kann man nicht klagen, vieles gerade an der Berichterstattung über die Ostblockländer ist mehr aus ökologischer Sicht geschrieben als unter politischen Gesichtspunkten.

**Frage:** Aber man diskutiert nicht über Investitionslenkung im Zusammenhang mit der Ökologie?

**Rudolf Meidner:** Nun ja, man verschärft die Bestimmungen und insofern kann man sagen, daß man die Unternehmen zwingt, Investitionen vorzunehmen, die normalerweise nicht durchgeführt werden würden - aber dies mit sehr weit in die Zukunft gefaßten Bestimmungen. Es ist bisher nur in sehr wenigen Fällen vorgekommen, daß man ein Unternehmen gezwungen hat, mit seiner Betätigung - oder Teilen davon - aufzuhören, obwohl man weiß, daß es immer noch weiter geht mit den Schädigungen der Umwelt. VOLVO hat z.B. eine Fabrik in Göteborg mit Schadstoffausstoß, wo

nur sehr langsam dieser Ausstoß begrenzt wird: es ist ein ständiges Balancieren zwischen Beschäftigung und Konkurrenzsituation.

**Frage:** Noch einmal nachgefragt: Welche Rolle wird der Staat zukünftig spielen, für gewerkschaftliche und sozialdemokratische Strategien? Unsere traditionellen Strategien sind ja sehr etatistisch, sie setzen auf starke Organisationen, während wir heute mit Bewegungen konfrontiert sind, die sehr anders, nämlich dezentral organisiert und bewußtseinsmäßig ganz anders strukturiert sind als die traditionelle Arbeiterbewegung. Die Frage ist dabei, ob wir nicht heute manchmal zu defensiv sind, was die Instrumente angeht, auf die wir traditionell gesetzt haben, und was ihre Anpassung an veränderte Bedingungen angeht.

**Rudolf Meidner:** Es gibt solche Bewegungen, solche Gruppen, die nicht-staatlich, nicht-politisch sind, hier in Schweden ganz traditionell, Bewegungen für Wohnkooperativen auf genossenschaftlicher Basis, als Konsumentenvertretungen, gegen den Alkohol. Im Grunde besteht das schwedische Volk aus einer großen Reihe von Volksbewegungen, von denen viele oder Teile davon ziemlich nahe an der Arbeiterbewegung sind, und es gibt sie auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei, etwa die Christen, die eine eigene Fraktion sind, manchmal im Gegensatz zur offiziellen Partei, die offener sind für ökologische Fragen, Probleme des Friedens, für Einwanderungsprobleme und andere Dinge als der Großteil der Partei, aber auch für die Frauen, die eine Rolle in der Anti-Atombewegung gespielt haben, wie für die Jungen, die oft weit entfernt sind von der „Kraftmitte“ der Partei - wie bei Ihnen ja auch. Ich bin nicht ganz sicher, ob es so ist, aber viele neue Ideen können viel leichter kanalisiert werden durch diese Bewegungen, als durch die alten festgefahrenen Parteien. Viele von den Genossenschaften sind zwar nicht mehr das, was sie einmal waren, denn viel von der alten Ideologie ist verloren gegangen, aber insgesamt denke ich, daß auch in dieser Beziehung Schweden etwas besonderes ist, weil es diese Bewegungen schon seit vielen Jahrzehnten gibt und sie eine

viel größere Rolle spielen als etwa in Westdeutschland. Sie sind immer noch eine starke Stütze der Arbeiterbewegung, auch wenn die Partei als solche sich in einer schwachen Lage befindet. Und auch die Gewerkschaften, bei allen fehlenden Konzepten: es gibt kein Land, in dem 85% der Arbeitnehmer organisiert sind. Es bröckelt zwar, aber die Basis ist noch da, es ist kein Zusammenbruch. Und wenn man von der Krise des schwedischen Modells spricht, muß man immer noch bedenken: die Ziele sind da, die Organisationen sind da, die Ideologie ist im wesentlichen noch intakt, doch wir sind in der Defensive. Ich will von einer schweren Krise des schwedischen Modells nicht sprechen, solange wir Vollbeschäftigung und ein intaktes Sozialsystem haben.

**Frage:** Wenn wir den Blick einmal nach Osten wenden, so sehen wir dort das Scheitern des Modells der Planwirtschaft. Sie haben deutlich gemacht, daß Sie dieses Modell ablehnen. Wird nun nicht Schweden - als das einzige Land, in dem die Frage der Gleichheit noch thematisiert wird - mehr in den Mittelpunkt des Interesses rücken?

**Rudolf Meidner:** Es gibt einige sozialdemokratische Politiker, die glauben, daß die Ostblockländer im schwedischen Modell nun einen Ersatz für ihr eigenes gescheitertes Modell sehen werden. Ich halte das für einen großen Irrtum. Für die Menschen im Ostblock gibt es keinen Unterschied zwischen kommunistischem und reformistisch-sozialistischem Weg, der ja auch ein etatistischer ist. Ihnen ist der demokratische Sozialismus genauso widerwärtig wie der Kommunismus. Mitgefangen, mitgegangen. Nur ein Beispiel: Kürzlich war ich auf einer Konferenz in Bratislava. Den stärksten Beifall erhielt dort ein Vertreter des schwedischen Arbeitgeberverbandes, der sich außer der Reihe zum Mikrofon vorge-drängelt hatte. Den Beifall erhielt er für den Satz: „Geht den Weg zur Marktwirtschaft ganz bis zum Ende und bleibt nicht auf halbem Wege stehen!“ Und das ist nach meinem Gefühl der allgemeine Trend.

Für spw führten das Gespräch Ulla und Fieta Saß

# WEITERHIN LIEFERBAR AUS UNSEREM VERLAGS- PROGRAMM:

## Josef Hindels MARXISMUS UND GEGENWART

2. Auflage 1985, 146 Seiten, Ladenpreis 9,- DM, für AbonnentInnen 6,- DM, bei Abnahme von min. 10 Expl. 5,- DM je Stück. Prof. Josef Hindels, einer der engagiertesten Vertreter der Weiterentwicklung austromarxistischer Vorstellungen in der Gegenwart, befaßt sich in dieser Broschüre aus der Sicht des unorthodoxen Marxismus mit jenen Fragen, die in der Gesellschaft von heute große ideologische Auseinandersetzungen auslösen: Die atomare Bedrohung und der Hunger in der Welt sowie das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie unter spätkapitalistischen Produktionsverhältnissen. Damit verbunden ist auch eine leicht verständliche Einführung in marxistische Denkweisen. Für die Schulungsarbeit erprobt und bestens geeignet!

## FRAUENBILDER: Die weibliche Wirklichkeit ist anders

(Hrsg. von den JungsozialistInnen Berlin), 80 Seiten mit Fotos, Ergebnisse des Fotowettbewerbs der Berliner JUSOS, Ladenpreis 19,80 DM, für AbonnentInnen 15,- DM

## KAPITALISTISCHE KRISE UND STRATEGIEN DER EUROLINKEN

Fragen einer sozialistischen Politik in Westeuropa, hrsg. von Detlev Albers, Josef Cap, Jean-Pierre Chevènement und Pietro Ingrao, mit Beiträgen von AutorInnen aus der gesamten westeuropäischen Linken, 160 Seiten, Ladenpreis 21,50 DM, für AbonnentInnen 12,- DM

## HERFORDER THESEN. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD

2. überarbeitete Ausgabe 1981, hrsg. vom Vorstand der JUSOS Ostwestfalen-Lippe, Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 5,- DM. Die Herforder Thesen waren Anfang der achtziger Jahre die grundlegende Positionsbestimmung marxistischer Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie, die dabei an die marxistischen Traditionen in der hiesigen wie der internationalen Sozialdemokratie anknüpfen.

## LINKE SOZIALDEMOKRATEN & BUNDESREPUBLIKANISCHE LINKE. Diskussion am Beispiel der Herforder Thesen

Hrsg. v. Detlev Albers u.a., mit Beiträgen von Wolfgang Abendroth, Rudolf Bahro, Joachim Bischoff u.a., Ladenpreis 10,80 DM, für AbonnentInnen 8,- DM.

"... alle diese kritischen Bemerkungen mindern in meinen Augen das außerordentliche Verdienst der Herforder Thesen nicht - und ich sage das ausdrücklich, obwohl ich in einer Reihe von ganz entscheidenden Punkten inhaltlich nicht mit ihnen übereinstimme -, weil nach langer, langer Zeit ... der Versuch gemacht wurde, ein umfassendes Konzept sozialistischer Politik auf

marxistischer Grundlage für Sozialisten in der SPD zu entwickeln." (Peter von Oertzen)

## SOZIALISMUS DER ZUKUNFT. Grundlagen für das neue Programm der SPD

Hrsg. v. D. Albers, F. Heidenreich, H. Lienker u. Kurt Neumann, mit Beiträgen von Dieter Dehm, Jürgen Egert, Katrin Fuchs u.a., 185 Seiten, Ladenpreis 17,50 DM, für AbonnentInnen 15,- DM. WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen, Ökonomen und Politologen, Abgeordnete aus Bundestag und Europäischem Parlament, skizzieren Ziele und Wege sozialdemokratischer Politik auf lange Frist. Grundelemente der SPD-Programmatik, die auf der Höhe der Probleme der Zeit steht und die antikapitalistische Perspektive nicht preisgibt.

## PROJEKT MODERNER SOZIALISMUS. 53 Thesen

Hrsg. v. Susi Möbbeck, Fiete Saß und Birgit Zoerner, Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 7,- DM. Marxistische Jusos in der SPD haben Bausteine für eine Analyse unserer Zeit und eine moderne sozialistische Strategie formuliert. Aus dem Inhalt: Welt im Umbruch; Ökonomische Regulierung; Veränderung von Arbeits- und Lebensweise; Entwicklung des politischen Systems; Reform und Revolution heute; Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur; Perspektiven des modernen Sozialismus.

## spw-Hefte 1 bis 51 sind sämtlich noch lieferbar:

- Hefte 1-29 für AbonnentInnen zu je 5,- DM
- Hefte 30-50 für AbonnentInnen zu je 7,50 DM

### Ich bestelle

- gegen Rechnung  
 durch Vorkasse  
 mit Verrechnungsscheck

- Expl. Josef Hindels, Marxismus und Gegenwart  
 Expl. Frauenbilder  
 Expl. Kapitalistische Krise  
 Expl. Herforder Thesen  
 Expl. Linke Sozialdemokraten & ...  
 Expl. Sozialismus der Zukunft  
 Expl. Projekt Moderner Sozialismus. 53 Thesen

spw Hefte Nr. \_\_\_\_\_

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße und Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ und Ort \_\_\_\_\_

Datum und Unterschrift \_\_\_\_\_

## Geschichte wird gemacht, spw war dabei.

### 10 Jahre spw

spw-1 bis spw-38 zum Sonderpreis von 100,- DM (incl. Versand).

### Ich bestelle "10 Jahre spw"

- Ich habe einen Verrechnungsscheck beigelegt  
 Ich wünsche eine Rechnung

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße und Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ und Ort \_\_\_\_\_

Datum und Unterschrift \_\_\_\_\_

# Volkszeitung

DIE LINKE WOCHENZEITUNG

## Die linke Alternative zur Einheits-Presse

# In Inhalt 1:1 und Preis

## Kritisch · Link Wöchentlich

Jeden Freitag  
an allen gutsortierten Verkaufsstellen  
in Ost und West

Ich möchte die Volkszeitung kennenlernen und bestelle 6 Ausgaben für 10,- DM (gegen Vorkasse: Geldschein, Scheck, Briefmarken) als Probeabonnement. Wird der Bezug nicht vor Erhalt der 5. Ausgabe gekündigt, wandelt sich das Probeabo in ein regelmäßiges Abonnement um.

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

**Vertrauensgarantie:** Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche beim Volkszeitung Verlag GmbH, Postfach 360 520, 1000 Berlin 36, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Obenstehende Bedingungen habe ich zur Kenntnis genommen.

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

Einsenden an: Volkszeitung Verlag GmbH, Postfach 360 520,  
1000 Berlin 36. Tel.: 030 / 614 90 33

# ABO

**SPW Verlag-Redaktion GmbH**  
**Kieler Str. 13**  
**5000 Köln 80**

(Tel. 0221/623271)

Ich abonniere **SPW** ab sofort/ab Heft ..... **SPW** erscheint in sechs Heften mit einem Gesamtumfang von ca. 360 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Jahresabo: Inland DM 51,-; Ausland DM 54,- (incl. Versand). **SPW** kann jahrgangsweise auch rückwirkend abonniert werden.

- zum Normalpreis DM 51,-  
 zum ermäßigten Preis DM 42,-  
 zum Auslandspreis DM 54,-

Hiermit erteile ich dem SPW-Verlag gleichzeitig eine Einzugsermächtigung für die Abbuchung des Abo-Betrags von meinem Konto.

Ich wünsche eine Rechnung

Konto-Nummer  Bankleitzahl

Bankverbindung

Name (in Druckbuchstaben)  Geburtsdatum

Straße und Hausnummer

PLZ  Wohnort

Datum/Unterschrift

Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden (Poststempel). Erfolgt innerhalb dieser Frist kein Widerruf, ist ein wirksamer Vertrag zustande gekommen. Ich bestätige hiermit, über mein Widerrufsrecht entsprechend dem Abzahlungsgesetz (§ 1 b, Abs. 1) in Kenntnis gesetzt worden zu sein.

Datum/Unterschrift

**(Achtung! Zwei Unterschriften bitte, damit wir die Bestellung zügig bearbeiten können!)**

Ich habe **spw** bereits abonniert und diese/n Abonnenten/in geworben. Dafür erhalte ich ein Expl. "Sozialismus der Zukunft"

Name (in Druckbuchstaben)

Straße und Hausnummer

PLZ  Wohnort

Datum/Unterschrift

Postvertriebsstück • Gebühr bezahlt • G 5361 F

## spw abonnieren! AbonentInnen werben!

Wer jetzt **spw** abonniert,  
oder ein neues **ABO** wirbt,  
erhält als Dankeschön  
"Sozialismus der Zukunft",  
herausgegeben von:  
**D. Albers, Frank Heidenreich,  
Heinrich Lienker, Kurt Neumann**

- 185 Seiten
- Buchhandelspreis 17,50 DM

## SPW

- das Magazin der sozialdemokratischen Linken,
- das Magazin für einen sozialistischen Dialog.

**SPW** wird herausgegeben von den Bundestagsabgeordneten **Katrin Fuchs** und **Jürgen Eger**, der Juso-Vorsitzenden **Susi Möbbeck**, den Mitgliedern der SPD-Programmkommission **Detlev Albers** und **Heinrich Lienker**, dem Gewerkschafter **Klaus-Peter Wolf** u.a.

**SPW** erscheint als Themenheft, mit aktuellen Kommentaren, Analysen und Berichten aus dem In- und Ausland.

**6 Ausgaben im Jahr** (Jahresumfang 360 Seiten) • Einzelheft 7,- DM • Jahresabo: 51,- DM (für Nichterwerbstätige: 42,- DM) incl. Versand (Ausland 54,- DM)